

**BERLINER GESELLSCHAFT FÜR
FASCHISMUS- UND
WELTKRIEGSFORSCHUNG e. V.**

**BULLETIN
Nr. 4**

**Thema:
Die Deutsche Arbeitsfront
in den okkupierten Ländern**

1995

Inhaltsverzeichnis

Thema

Fritz Petrick: die DAF und die Gewerkschaften in von Deutschland besetzten Ländern 1

Bibliographie

Margarete Piesche: NS-Okkupationspolitik in Nordeuropa. Eine Auswahlbibliographie 34

Projekt

Martin Moll: Editionsprojekt zu Hitlers
schriftlich ergangenen Befehlen ziviler Natur 1939-1945. Ein Zwischenbericht 56

Tagungsberichte

Martin Moll: Kriegsende im Norden. Vom heißen zum kalten Krieg 65

Günther Wieland: Möglichkeiten und Grenzen internationaler Strafgerichtsbarkeit 73

Gerhart Hass: Kolloquium: Zum deutschen Rußlandbild im 20. Jahrhundert 75

Gerhart Hass: Mitgliederversammlung des Komitees der Bundesrepublik Deutschland in der Internationalen Gesellschaft für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges 77

Berichte Ober Veranstaltungen der Gesellschaft

Werner Röhr: Der 20. Juli 1944 und die Legitimationsbedürfnisse der Politik im Wahljahr 1994.
Kurt Finker vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 79

Ute Ehrich: Die NSDAP in Österreich 84

Werner Röhr: 50. Jahre Befreiung Griechenlands von der deutschen Okkupationsherrschaft 87

Bericht des Vorstandes zur Jahreshauptversammlung am 4. Februar 1995 94

**Wissenschaftliche Konferenz der Gesellschaft: Kapitulation und Befreiung.
Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa** 104

Veranstaltungen der Gesellschaft 107

Informationen 108

[1:]

Thema

Fritz Petrick

DIE DAF UND DIE GEWERKSCHAFTEN IN VON DEUTSCHLAND BESETZTEN LÄNDERN*

Einleitung

Die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die am 10. Oktober 1945 vom Alliierten Kontrollrat für aufgelöst erklärt wurde, hatte Hitler selbst am 10. Mai 1933 in Berlin ins Leben gerufen. Und seiner „nationalsozialistischen Gewerkschaftsidee“ war sie weitestgehend gefolgt. Danach war sie „kein Organ des Klassenkampfes“ gewesen, und sie hatte keine „anderen Gewerkschaften“ neben sich geduldet. Der „nationalsozialistischen Gewerkschaft“ war von vornherein lediglich die etwas umständlich formulierte Aufgabe zugekommen, „durch die organisatorische Zusammenfassung bestimmter Gruppen von Teilnehmern am nationalen Wirtschaftsprozeß die Sicherheit der nationalen Wirtschaft selbst zu erhöhen und deren Kraft zu stärken durch korrigierende Beseitigung all jener Mißstände, die in ihren letzten Folgeerscheinungen auf den nationalen Volkskörper destruktiv einwirken, die lebendige Kraft der Volksgemeinschaft, damit aber auch die des Staates schädigen und nicht zuletzt der Wirtschaft selbst zum Unheil und Verderben gereichen.“¹ Und in der Tat hatte die pseudogewerkschaftliche DAF sehr schnell den Charakter einer Zwangsorganisation angenommen, die Arbeiter und Angestellte mit Unternehmern in „Reichsbetriebsgemeinschaften“ zusammenfaßte und in das Herrschaftssystem des Dritten Reiches integrierte. Für die Hitlerdiktatur war die DAF mit ihrem sozialen Gehabe nicht nur schmückendes Beiwerk, das seinen Eindruck [2:] vielfach nicht verfehlte, sondern ganz zweifellos auch einer ihrer konstitutiven Faktoren.

Obwohl die DAF als „angeschlossener Verband“ der NSDAP schnell Deutschlands größte zivile Organisation wurde – 1940 zählte sie ca. 23.000.000 Mitglieder, darunter 32.000 haupt- und 1.400.000 ehrenamtliche Funktionäre – und bis Kriegsende erstaunlich effektiv im Sinne Hitlers funktionierte, ist sie von der nachfolgenden Geschichtsschreibung relativ wenig beachtet und in ihrer Bedeutung unterschätzt worden. Häufig wurde sie auf eine Stufe mit der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt und dem Winterhilfswerk gestellt. In den fünfziger Jahren entstanden in Westberlin bzw. Westdeutschland zwei von Walther Hofer bzw. Wolfgang Abendroth betreute Dissertationen zur Geschichte der Mammutorganisation, von denen die erste wenig Beachtung gefunden hat, während die zweite immer noch als Standardwerk gilt.²

Eine neuere Gesamtdarstellung, die auch der in diesem Zusammenhang bisher fast völlig vernachlässigten Kriegszeit die erforderliche Beachtung schenkt, fehlt immer noch, obwohl unlängst abgeschlossene gründliche Untersuchungen, auf die hier zurückgegriffen wird, längst bestätigt haben, daß „der Ausbruch des Krieges ... eine abermalige Steigerung der Einflußchancen für die DAF“³ mit sich

* Dieser Forschungsbericht erscheint in dänischer Übersetzung im Årbog for arbejderbevægelsens historie 1995. Er stützt sich wesentlich auf Quellen, die Karl Heinz Roth erschlossen, gesammelt und ausgewertet hat. Ihm und der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts habe ich für großzügige Unterstützung zu danken.

¹ Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1930. S. 670 ff.: 12. Kapitel „Die Gewerkschaftsfrage“, hier S. 675 f.

² Hans Joachim Reichhardt, Die Deutsche Arbeitsfront. Ein Beitrag zur Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands und zur Struktur des totalitären Herrschaftssystems. Diss. Berlin 1956; Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront“, Hannover/Frankfurt a. M. 1958. – In Ostdeutschland war ich der erste Historiker, der die Einbindung der DAF in das System der nationalsozialistischen Herrschaft aufhellen konnte (Fritz Petrick., Zur sozialen Lage der Arbeiterjugend in Deutschland 1933 bis 1939. Berlin 1974, S. 38 ff.). Eine ebenso knappe wie informative Gesamtdarstellung verfaßte Reinhard Giersch, Deutsche Arbeitsfront (DAF) 1933-1945, in: Lexikon zur Parteigeschichte, Bd. I, Leipzig 1983, S. 548-569.

³ Gunther Mai, „Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler?“ Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront im Herrschaftssystem des Dritten Reiches, in: Geschichte und Gesellschaft, 12(1986), S. 230.

brachte. Heinrich August Winklers Mutmaßung, „daß im Falle eines deutschen Sieges die [3:] große Zeit der Arbeitsfront erst noch gekommen wäre“⁴ hat sehr viel an Wahrscheinlichkeit gewonnen.

An der Spitze der DAF stand Dr. Robert Ley, den Hitler bereits im November 1932 als Nachfolger Gregor Strassers zum Reichsorganisationsleiter der NSDAP ernannt und damit in den engsten Kreis der NS-Führer aufgenommen hatte. In Nürnberg als einer der deutschen Hauptkriegsverbrecher angeklagt nahm er sich noch vor Beginn der Verhandlungen am 25. Oktober 1945 das Leben. Auch er ist von der Geschichtsschreibung vernachlässigt worden. Einem Amerikaner blieb es vorbehalten, eine erste Biographie des „Reichsleiters der DAF“ vorzulegen.⁵

Die erwähnten Untersuchungen erhellen vor allem einzelne Tätigkeitsbereiche der DAF. Besondere Aussagekraft für die Beurteilung der gesamten Organisation haben die von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts vorgelegten Arbeiten über das 1935 geschaffene Arbeitswissenschaftliche Institut der DAF. Dieses Institut konzentrierte ein erhebliches intellektuelles Potential auf die Entwicklung von „Sozialstrategien“ für das „Dritte Reich“ und die „Neuordnung Europas“. Noch im März 1944 – ganz bewußt unmittelbar vor der Internationalen Arbeitskonferenz in Philadelphia – veranstaltete es im niederschlesischen Bad Salzbrunn (Szczawno Zdrój) eine „Sozialwissenschaftliche Aussprachetagung“ mit Vertretern aus immerhin noch siebzehn verbündeten und besetzten Ländern über ein künftiges „Europa ohne Proletariat“.⁶

[4:] Der Entwicklung, die zur Gründung der DAF führte, haben die Führungen der deutschen Gewerkschaften nicht nur kaum Widerstand entgegengesetzt, sondern sogar Vorschub geleistet. Wie der Gewerkschaftshistoriker Gerhard Bei er feststellte, verfolgten ihre Führer seit 1930 eine „Strategie des Abwartens“, und im Februar/März 1933 gar eine „Taktik der Anpassung“.⁷ Und ihre „Artikel und Kundgebungen der Aprilwochen 1933“ erweckten bei einem anderen Forscher [5:] „den-Eindruck, als wären führende Gewerkschaftsmitglieder der Faszination des braunen Irrationalismus erlegen und zu Überzeugungstätern geworden“⁸.

⁴ Heinrich August Winkler, Vom Mythos der Volksgemeinschaft (= Rezension zu Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1975), in: Archiv für Sozialgeschichte, 17 (1977), S. 486.

⁵ Ronald Smelser (University of Utah Salt Lake City), Robert Ley. Hitler's Labor Front Leader, Oxford/New York/Hamburg 1988. Dt. Ausgabe u. d. T. Hitlers Mann an der „Arbeitsfront“: Robert Ley. Eine Biographie, Paderborn 1989.

⁶ Sozialstrategien der Deutschen Arbeitsfront, Herausgegeben von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, bearbeitet und eingeleitet von Karl Heinz Roth, Karsten Linne und Michael Hepp, Teil A (6 Bände): Jahrbücher des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront 1936-1940/41. Reprintausgabe mit Kommentar und Register; Teil B (3 Abteilungen): Periodika, Denkschriften, Gutachten und Veröffentlichungen des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront. Microfiche-Ausgabe einschließlich Begleitband, München/Leipzig/London/New York/Paris 1986-1992.

Karl Heinz Roth, Intelligenz und Sozialpolitik im „Dritten Reich“. Eine methodisch-historische Studie am Beispiel des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront, Stuttgart 1993. – Ders., Sozialimperialistische Aspekte der Okkupationspolitik: Strategien und Aktivitäten der Deutschen Arbeitsfront (DAF), in: Faschismus und Rassismus. Kontroversen um Ideologie und Opfer, hg. v. Werner Röhr (et al.), Berlin 1992. – Ders., Die Sozialpolitik des „europäischen Großraums“ im Spannungsfeld von Okkupation und Kollaboration (1938-1945). Bisherige Forschungen – Quellenprobleme – erste Ergebnisse, in: Okkupation und Kollaboration (1938-1945). Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik, zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr (= Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus [1938-1945]. Achtbändige Dokumentenedition, Ergänzungsband I, Herausgegeben vom Bundesarchiv). – Ulrich Zucht, Das Arbeitswissenschaftliche Institut und die Nazifizierung der Sozialwissenschaften in Europa 1936-1944, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 4(1989), H. 3. – Vgl. Ronald Smelser, Die Sozialplanung der Deutschen Arbeitsfront, in: Nationalsozialismus und Modernisierung, hg. v. Michael Prinz u. Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991.

⁷ Gerhard Bei, Kollaboration mit dem Nationalsozialismus? Zum Verhalten der Gewerkschaften im Dänemark der Besatzungszeit und dem Deutschland der Machtergreifung Adolf Hitlers, in: Grenzfriedenshefte (Husum), 1973, H. 1, S. 43-51; H. 2, S. 81-89, hier S. 46 und 48.

⁸ Manfred Scharer, Anpassung bis zum bitteren Ende. Die freien Gewerkschaften 1933, in: Ders. (Hg.), Kampflöse Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 113.

Das gilt erklärtermaßen für die Führer der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) zusammengeschlossenen freien und mit – Ende 1932 – über vier Millionen Mitgliedern größten Organisationen. Sie bekämpften nicht nur die KPD, sondern distanzieren sich sukzessive auch von der SPD und den Prinzipien der parlamentarischen Demokratie. Am 9. April 1933 erklärten sie ihre grundsätzliche Bereitschaft, ihre Organisationen dem Staat unterzuordnen, deren Form zu verändern und „eine Vereinheitlichung des deutschen Gewerkschaftswesens herbeizuführen“. Angesichts der späteren Entwicklung erscheint es grotesk, daß der Bundesausschuß des ADGB dem Hitler-Regime gar „die Einsetzung eines Reichskommissars für die Gewerkschaften“⁹ empfahl. Wie die Führer des ADGB am 28. April 1933 gemeinsam mit den Führern des Dachverbandes der – „antimarxistischen“ – christlichen Gewerkschaften, die Ende 1932 insgesamt 1,3 Millionen Mitglieder zählten, und des mit 100.000 Mitgliedern wesentlich kleineren Verbandes der liberalen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) erklärten, waren sie „zu positiver Mitarbeit am neuen Staat bereit“¹⁰. Lediglich dem „nationalsozialistischen Führerprinzip“ wollten sie sich und ihre Organisationen nicht unterwerfen.

Die Mitglieder der Gewerkschaften waren von ihnen bereits zur Beteiligung an den Kundgebungen aufgerufen worden, die die neuen Machthaber am 1. Mai – der in Hitlerdeutschland fortan als „nationaler Feiertag der Arbeit“ begangen wurde – veranstalteten, um die Verbundenheit der organisierten Arbeiterschaft mit dem [6:] Nationalsozialismus zu demonstrieren. Am Tage danach ließ Ley die Büros der freien Gewerkschaften von SA- und SS-Leuten besetzen, die zahlreiche Gewerkschaftsführer in „Schutzhaft“ nahmen. Ein Widerstand dagegen war schlechterdings nicht mehr möglich. Mehr oder minder freiwillig unterstellten sich die christlichen und die liberalen Gewerkschaften in den folgenden Tagen Leys „Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit“. Am 6. Mai 1933 konnte Ley melden, daß sich alle deutschen Gewerkschaften bedingungslos dem „Führer“ unterworfen hatten. Der Proklamation der DAF stand nichts mehr im Wege.

Die DAF und die deutsche Expansions- und Annexionspolitik

Die Übernahme der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten erfolgte sofort auch in Danzig, nicht aber im Saargebiet. Die dortigen Verbände trennten sich von den „gleichgeschalteten“ Gewerkschaften des Reichs. Außerhalb Deutschlands vermochte Ley sein Ziel, der DAF internationale Anerkennung als Gewerkschaft und Interessenvertretung der deutschen Werkstätigen zu verschaffen, nicht zu erreichen. Unverrichteter Dinge mußte er die Internationale Arbeitskonferenz, zu der er im Juni 1933 nach Genf gefahren war, wieder verlassen. Seine dort erlittene Schlappe verlor allerdings mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund an Bedeutung. Und ungeachtet ihres mißglückten „außenpolitischen“ Debüts leitete die DAF im Saargebiet ihre Beteiligung an der deutschen Expansions-, Annexions- und Okkupationspolitik ein.

Dort mußten die Gewerkschaften zunächst für die „Rückgliederung“ des Saargebietes gewonnen werden, bevor an ihre Eingliederung in die DAF gedacht werden konnte. Und darum bemühte sich seitens der DAF kein geringerer als Claus Selzner, der Chef ihres Organisationsamtes. Selzner stammte aus der benachbarten Pfalz, wo er sich bereits 1925 der nationalsozialistischen Bewegung angeschlossen hatte. Vor der Übernahme des Organisationsamtes der DAF war er Adjutant Josef Bürckels gewesen, des Gauleiters der Pfalz, der seit Februar 1933 als Gauleiter der Saarpfalz und Saarkommissar der NSDAP fungierte und im August 1934 Saarbevollmächtigter des Reichskanzlers wurde.¹¹ Bürckel selbst widmete der [7:] Einflußnahme auf die Gewerkschaften im Saargebiet große Aufmerksamkeit.

Deren Widerstand sollte sich schnell als erstaunlich schwach erweisen. Die christlichen und liberalen Gewerkschaften, deren Führer von vornherein für die „Rückgliederung“ optieren wollten, fusionierten am 19. Oktober 1933. Aus dieser Gleichschaltung entstand am 29. Oktober 1933 die „Deutsche

⁹ Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-1933 (= Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Bd. 4), Köln 1988, S. 882, Dok. 197.

¹⁰ 10 ebenda, S. 907, Dok. 209.

¹¹ Gerhard Paul, Josef Bürckel – Der rote Gauleiter, in: Ronald Smelser/Enrico Syring/Rainer Zitelmann (Hg.), Die Braune Elite II. 21 weitere biographische Skizzen, Darmstadt 1993. S. 51 ff.

Gewerkschaftsfront“, die sich korporativ der „Deutschen Front“ anschloß.¹² Die freien Gewerkschaften, die gegen die „Rückgliederung“ opponierten, konstituierten daraufhin am 1. November 1933 die „Freie Gewerkschaftsfront“, deren Einfluß Bürckel und Selzner in enger Zusammenarbeit mit allen Mitteln zurückzudrängen suchten.¹³

Nach dem bekannten Abstimmungsergebnis wurde Bürckel von Hitler zum „Reichskommissar für die Rückgliederung des Saargebietes“ ernannt. Am 15. Mai 1935 trat die DAF dort offiziell in Erscheinung. Per 1. Juni übernahm sie die Gewerkschaften des Saarlandes (wie es seit 1936 hieß). Selzner kehrte, nachdem er deren Vermögen, die Immobilien und Geschäftsstellen auf die DAF überführt hatte¹⁴, nach Berlin zurück.

Drei Jahre später traten Bürckel und Selzner wiederum gemeinsam in Aktion, und zwar in Wien. Bei der Annexion des am 12. März 1938 von der Wehrmacht besetzten Österreich fungierte Josef Bürckel zunächst als „Kommissarischer Leiter zur Reorganisation der NSDAP Österreichs“ und seit dem 23. April 1938 als „Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“. Und Selzner, der von Ley bevollmächtigt worden war, ihn „in allen Angelegenheiten, die Österreich betreffen, zu vertreten“¹⁵, übernahm die von Arthur Seyß-Inquart kreierte neue Funktion eines „Stillhaltekommissars“ und hatte „dafür zu sorgen, daß alle Vereine, Organisationen und Verbände nationalsozialistisch ausgerichtet und geführt“¹⁶ wurden. Speziell um die ständestaatliche „Einheitsgewerkschaft“, die an die Stelle der bekanntlich bereits 1934 aufgelösten freien Gewerkschaften getreten war und deren konfisziertes Vermögen übernommen hatte, kümmerte sich als „Stellvertreter des Reichskommissars für den Aufbau der DAF“ der Leiter des DAF-Amtes für Soziale Selbstverantwortung Theodor Hupfauer.¹⁷ Am 1. August 1938 nahm die DAF offiziell ihre Arbeit in der „Ostmark“ auf.

Nach dem im Saargebiet und in Österreich praktizierten Verfahren beteiligte die DAF sich an der Annexion des Sudetengebiets, wo ebenfalls Selzner und Hupfauer in Aktion traten¹⁸, des Memelgebiets, der polnischen Territorien, Eupen-Malmedys, Luxemburgs, des Elsaß und Lothringens sowie der slowenischen Gebiete des damaligen Jugoslawiens. Sie vereinnahmte hier allerdings nur „Volksdeutsche“. „Volksfremde“ blieben ausgespart. Soweit diese eigene Gewerkschaften hatten, verfielen sie der Auflösung.¹⁹ Konsequenterweise trat die DAF zunächst auch im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren, dem einzigen vor dem Kriege besetzten Gebiet, das nicht annektiert wurde, sowie in den während [9:] des Krieges besetzten und nicht annektierten Gebieten Ost- und Südosteuropas, gar nicht in Erscheinung.

¹² Patrik von zur Mühlen, „Schlagt Hitler an der Saar!“ Abstimmungskampf, Emigration und Widerstand im Saargebiet 1933-1935, Bonn 1979, S. 74, 97 ff.

¹³ Roth, Sozialimperialistische Aspekte, S. 356. – Saar-Referent der DAF war Ernst Heindorf (Fritz Jacoby, Die nationalsozialistische Herrschaftsübernahme an der Saar, Saarbrücken 1973, S. 143).

¹⁴ Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich, Bonn 1991, S. 99.

¹⁵ Berlin Document Center (BDC), Personalakte Claus Selzner.

¹⁶ Nachrichtenblatt des Stillhaltekommissars für Vereine, Organisationen und Verbände beim Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, 1938, S. 1 - zit. nach Hans-Dietrich Looock, Zur „Großgermanischen Politik“ des Dritten Reiches, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 8 (1960), S. 47, Anm. 55.

¹⁷ Roth, Sozialimperialistische Aspekte, S. 356. - Vgl. die Zusammenstellung der einschlägigen Anordnungen zwischen April und Juni 1938 in: Der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Mitteilungen über den Aufbau der Deutschen Arbeitsfront in der Ostmark, Hg., Stellvertreter des Reichskommissars für den Aufbau der DAF, Dr. Hupfauer, Wien, Jg. 1938, Folge 1 und 2.

¹⁸ Anordnung Leys Ober die Abstellung Selznern und Hupfauers zum Reichskommissar für das sudelendeutsche Gebiet, in: Amtliches Nachrichtenblatt der DAF, 4(1 938), Folge 8 vom 18. Oktober 1938.

¹⁹ Roth, Die Sozialpolitik, S. 523 f.

Die DAF und die deutsche Okkupationspolitik

Das Reichsprotectorat Böhmen und Mähren

Das Reichsprotectorat Böhmen und Mähren sollte sich für die DAF jedoch alsbald zu einem Sonderfall entwickeln.²⁰ Da die Gewerkschaften unter der tschechischen Protectoratsregierung – wenn auch in modifizierter Form – weiterexistierten, was im deutsch verwalteten Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete und erst recht in den Reichskommissariaten für die besetzten (sowjetischen) Ostgebiete nicht der Fall war, wurde im Februar 1940 eine „Verbindungsstelle des Reichsprotectors zu den Gewerkschaften“ errichtet, deren Leitung im November 1940 Wilhelm Köster aus Hupfauers Amt für Soziale Selbstverantwortung übernahm.

Als weiterer Sonderfall ist in diesem Zusammenhang lediglich das Reichskommissariat Ostland zu nennen, wo Otto Marrenbach, auf den noch wiederholt zurückzukommen sein wird, im Frühjahr 1943 eine „Zentralstelle für Berufsverbände“, d.h. für die unterdessen als DAF-ähnliche Organisationen rekonstruierten litauischen, lettischen und estnischen Gewerkschaften, einrichten ließ.²¹

Hier soll nur kurz auf die Gleichschaltung der ursprünglich parteipolitisch gebundenen starken tschechischen Gewerkschaften eingegangen werden, die sich – mit Ausnahme der kommunistisch geführten Verbände – bereits am 2. März 1939 zur Bildung einer politisch neutralen Einheitsgewerkschaft bereitgefunden hatten. Unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch in Prag konstituierte sich am 18. März 1939 die „Nationale Gewerkschaftszentrale der Arbeitnehmer“ (Narodni odborová ústredna zaměstnanecká – NOUZ), die unter den obwaltenden Umständen von vornherein das Streikrecht preisgab. Die NOUZ bestand zunächst aus einer „Zentrale der Arbeitergewerkschaften“ (Ustrédí dělnických jednot) und einer „Zentrale der Gewerkschaften der Privatangestellten“ (Ustredi jednot soukromých zaměstnancu) sowie 26 Einzelgewerkschaften. An ihrer Spitze standen Sozialdemokraten, erst Antonín Zelenka, dann Václav Stoces, unter dessen Vorsitz die NOUZ aus Furcht vor einer Auflösung der Organisation auch auf das Tarifvertragsrecht verzichtete und von sich aus Kontakt zur DAF suchte.

Stoces' Kollaborationsbereitschaft erleichterte Köster die Einflußnahme auf die NOUZ, die seinen Forderungen gemäß reorganisiert wurde. Sie erhielt zunächst ein den Funktionsbereichen seiner Dienststelle zugeordnetes Zentralsekretariat, das die beiden „Zentralen“ und die 26 Einzelgewerkschaften zu elf großen Industrieverbänden zusammenfaßte und die gesamte Organisation der DAF nachgestaltete.

Kösters Beitrag zur Okkupationspolitik scheint sich hoher Wertschätzung erfreut zu haben. Seine Kompetenzen wurden sowohl seitens der DAF als auch seitens des Reichsprotectors immer stärker erweitert. Im Januar 1944 wurde er auch ausgezeichnet: er erhielt das Kriegsverdienstkreuz Erster Klasse. Zugleich wurde er nach Paris versetzt, wo seine Erfahrungen offenbar benötigt wurden. Sein Nachfolger in Prag wurde im März 1944 Rudolf Kasper, der zuvor u.a. in Norwegen tätig gewesen war.²²

Die besetzten norwegischen Gebiete

Wenn man berücksichtigt, daß Polen unmittelbar nach seiner Eroberung und Teilung größtenteils anektiert und als Staat liquidiert wurde (vom Generalgouvernement war schon die Rede) und Dänemark friedlich besetzt werden konnte (ein weiterer Sonderfall, auf den noch zurückzukommen ist), dann war Norwegen der erste Staat, dessen Territorium im Zweiten Weltkrieg deutsches Besatzungsgebiet wurde. Und hier begann die DAF, nachdem die geplante friedliche Besetzung mißlungen und eine nicht vorhergesehene Situation entstanden war, die Improvisationen erzwang und

²⁰ Zum folgenden vgl. Detlev Brandes, Die Tschechen unter deutschem Protectorat, Teil I, München/Wien 1969, S. 228 f.; Roth, Die Sozialpolitik, S. 552 ff.

²¹ Roth, Die Sozialpolitik, S. 527.

²² Hier ist zu erwähnen, daß Köster Ende Dezember 1944 Landesgruppenobmann der DAF in Norwegen war. - Roth, Die Sozialpolitik, S. 556.

ermöglichte, unverzüglich – noch während der Kampfhandlungen! – in die Gestaltung der Okkupationspolitik einzugreifen.

Hitler machte wie zuvor für das Saargebiet und für Österreich auch für „die besetzten norwegischen Gebiete“ einen Reichskommissar verantwortlich, allerdings nicht Josef Bürckel, den Reichsstatthalter in Wien, sondern Josef Terboven, Gauleiter im Ruhrgebiet. Und seitens der DAF wurde auch nicht Claus Selzner oder Theodor Hupfauer nach Norwegen entsandt, sondern der bereits erwähnte Otto Marrenbach, auf den noch zurückzukommen ist.

Marrenbach, von Beruf Kaufmann, war ein enger Komplize Robert Leys, dem er sich bereits 1927 in dessen Heimatstadt Waldbröl im Bergischen Land angeschlossen hatte. In der DAF war er seit dem 1. Juni 1933 die Nummer 2. Ley machte ihn zu seinem Chefadjutanten und beauftragte ihn mit der Geschäftsführung der DAF.²³ Und dieser Mann gehörte zu dem kleinen persönlichen Gefolge, mit dem Josef Terboven am 21. April 1940 in Oslo eintraf. Er etablierte dort die „Abteilung Marrenbach“, die sein Nachfolger wenig später als „Abteilung Arbeit und Sozialwesen“ in die unterdessen geschaffene „Hauptabteilung Volkswirtschaft“ der Behörde des neuen Reichskommissars inkorporierte.²⁴

Unmittelbarer Nachfolger Marrenbachs in Norwegen wurde Karl Bertrams, der ebenfalls aus Waldbröl stammte und dort 1927 Anschluß an die nationalsozialistische Bewegung gefunden hatte. Marrenbach veranlaßte ihn schon am 23. April 1940, nach Oslo zu kommen, wo er – wie der Terboven beigegebene Höhere SS- und Polizeiführer am 5. Mai 1940 Himmler mitteilte – „der verantwortliche Mann der DAF für Norwegen“²⁵ werden sollte. Während Marrenbach bereits am 21. Mai [12:] 1940 nach Deutschland zurückkehrte, blieb Bertrams noch bis September 1940 als Leiter der Abteilung Arbeit und Sozialwesen in Norwegen. Seine Nachfolger in diesem Amt waren der soeben erwähnte Rudolf Kasper, dann seit Oktober 1941 Herben Köhler und seit Januar 1942 Fritz Johlitz, die ebenso wie er dem Funktionärskorps der DAF angehörten.²⁶

In Norwegen bekam es die DAF mit einer außerordentlich starken Einheitsgewerkschaft zu tun, die zudem eng mit der – regierenden – sozialdemokratischen Arbeiterpartei verbunden war. Die Führung der Landesorganisation (LO) der norwegischen Gewerkschaften vermochte jedoch angesichts der überraschenden deutschen Invasion nicht geschlossen zu handeln. Vorsitzender Konrad Nordahl und Sekretär Elias Volan waren zunächst der Regierung und der königlichen Familie gefolgt, die am 9. April 1940 ins Landesinnere geflohen waren. Während ein von Nordahl und seinem Stellvertreter Lars Evensen mitgezeichneter Aufruf aus dem noch nicht besetzten Gebiet vom 11. April alle Vertrauensleute aufforderte, „den Einsatz der Arbeiter für die Verteidigung des Landes zu organisieren“²⁷, appellierten die in der besetzten Hauptstadt verbliebenen Mitglieder des LO-Sekretariats, zu denen Volan zurückgekehrt war, einen Tag später an alle Frauen und Männer, „auf ihren Posten zu bleiben und ihre Pflicht zu tun“²⁸.

Mit Volan, der nunmehr in den besetzten norwegischen Gebieten als Vorsitzender der LO fungierte, nahm Marrenbach am 26. April 1940 Verhandlungen auf²⁹, die zu einem „Stillhalteabkommen“ führten. Danach sollte es „kein Hineinregieren“ in die Belange der Gewerkschaften geben, solange sie Streikverbot und Lohnstopp [13:] als unabdingbare Attribute des Kriegszustands akzeptierten und sich gegenüber der Besatzungsmacht loyal verhielten.³⁰ Schließlich konnte Marrenbach Volan auch

²³ Smelser, Hitlers Mann, S. 154; Roth, Die Sozialpolitik, S. 527, Anm. 304; BDC, Personalakte Otto Marrenbach.

²⁴ Hans-Dietrich Looock, Quisling, Rosenberg und Terboven. Zur Vorgeschichte und Geschichte der nationalsozialistischen Revolution in Norwegen, Stuttgart 1970, S. 364; Roth, Die Sozialpolitik, S. 535 f.

²⁵ BDC, Personalakte Karl Bertrams.

²⁶ Roth, Die Sozialpolitik, S. 636.

²⁷ Zit. nach Alfred Skar, Fagorganisasjonen i Norge, Bd. 4: Under okkupasjonen 1940-1945, Oslo 1949, S. 34.

²⁸ Zit. nach Kurt Aagesen, Fagopposisjonene av 1940, in: Norge og den 2. verdenskrig: 1940 – fra nøytral til okkupert, Oslo/Bergen/Tromsø 1969, S. 374.

²⁹ Riksarkiv (RA) Oslo, Der Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete 1940-1945, FD 5325/45, Abteilung Arbeit und Sozialwesen – Gruppe Verbandswesen – Jahresbericht 1940/41/42, 22. Februar 1943.

³⁰ Roth, Die Sozialpolitik, S. 535.

dazu bringen, eine allgemeine Senkung der Löhne hinzunehmen.³¹ Offensichtlich wollte Marrenbach die in Norwegen vorgefundene Einheitsgewerkschaft sukzessive nach dem Muster der DAF umgestalten. Ein Konzept dafü. legte Bertrams dem Reichskommissar am 26. Juli 1940 in Gestalt einer 21 Seiten umfassenden Denkschrift über die „Zukunft der norwegischen Gewerkschaften“ vor.³² Und wie spätere Berichte der Abteilung Arbeit und Sozialwesen zeigen, wurde dieses Konzept auch von seinen Nachfolgern konsequent verfolgt.

Bertrams Konzept zielte darauf ab, daß der vom Reichskommissar wie auch immer zu steuernde „Prozeß der politischen Verflechtung Norwegens mit dem Großdeutschen Reich sich in dem Bezirk des Volkslebens und der Organisation des Volkslebens (also auch der Gewerkschaften) schneller und intensiver vollziehen sollte – wie wir alle hoffen – als im staatlichen Bezirk ...“³³. Deshalb sollten die norwegischen Gewerkschaften „im Wege der verschleierte Einflußnahme dahin gebracht werden, mit der Deutschen Arbeitsfront in Berlin, vorerst auf rein berufsverbandlicher Grundlage Verbindung aufzunehmen“. Später sollten sie sich in „bedingungsloser Weise nach den Berliner Institutionen ausrichten“.³⁴

Nach Bertrams Auffassung bestätigte die Kollaborationsbereitschaft der LO-Führung seit der Besetzung des Landes die in Deutschland gemachte Erfahrung, „daß eine Interessenorganisation gewerkschaftlicher Art sich auf die Dauer mit der herrschenden politischen Macht irgendwie vertragen muß und vertragen wird, [14:] wenn sie sich nicht selbst zerstören will“³⁵. Der notorische „Organisations-egoismus des Gewerkschaftsapparates“ würde auch dessen „personelle, organisatorische und finanzielle Durchdringung“ ermöglichen, die schließlich zur Unterordnung der LO unter die offen mit der Besatzungsmacht kollaborierende Nasjonal Samling (NS) führen sollte.

In diesem Sinne traf die Abteilung Arbeit und Sozialwesen, die auch künftig als letzte Instanz in der Behandlung der Gewerkschaftsfrage fungieren wollte, bereits eine Reihe von Maßnahmen. Als Nordahl, Evensen und andere Gewerkschaftsführer, die der Regierung und der königlichen Familie bis zu deren Flucht nach England gefolgt waren, im Juni 1940 in die Hauptstadt zurückkehrten, wurde ihnen jegliche weitere Betätigung in der LO untersagt. Und am 28. August 1940 erhielt Rudolf Kasper den Auftrag, einen Ersatz für Volan zu suchen³⁶, der sich im Sinne der von Bertrams entwickelten Vorstellungen „zu wenig rührig“³⁷ gezeigt hatte. Im Zusammenhang mit derartigen personellen Veränderungen „erfolgte Zug um Zug eine Umstellung auf das Führer- und Verantwortungsprinzip“³⁸. Bereits am 10. Juli 1940 war – rückwirkend bis zum 24. April, dem offiziellen Datum der Einsetzung des Reichskommissars – auch „eine Genehmigungspflicht für alle vermögensrechtlichen Verfügungen und Verpflichtungen“ der LO in Kraft gesetzt worden.³⁹ Alle Ausgaben über 500 Kronen mußten unmittelbar der Abteilung Arbeit und Sozialwesen zur Genehmigung vorgelegt werden.

[15:] Als Terboven am 28. September 1940 mit der Ernennung „kommissarischer“ Staatsräte (= Minister) die Errichtung des künftigen NS-Regimes einleitete, mußte Volan seinen Platz an der LO-Spitze an Jens Tangen abtreten. Tangen fand sich zwar bereit, die von Bertrams empfohlenen „Studienreisen“ für Gewerkschafter nach Deutschland zu veranstalten, und reiste Anfang 1941 selbst mit einer LO-Delegation nach Deutschland, um Einrichtungen der DAF kennenzulernen, er widersetzte sich aber mit Erfolg allen Maßnahmen, die auf die vorgesehene Unterordnung der LO unter die NS hinausliefen. Da das Sozial-Departement, das nach Bertrams Konzept in diesem Sinne wirksam

³¹ Skar, S. 112.

³² Loock, Quisling, S. 451 ff.

³³ Zitiert nach Loock, Quisling, S. 455.

³⁴ Zitiert nach Loock, Quisling, S. 454.

³⁵ Zitiert nach Loock, Quisling, S. 451.

³⁶ Aagesen, S. 445.

³⁷ RA Oslo. Der Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete 1940-1945, FD 5325/45, Abteilung Arbeit und Sozialwesen – Gruppe Verbandswesen – Jahresbericht 1940/41/42, 22. Februar 1943.

³⁸ Ebenda.

³⁹ Ebenda. Ein Jahr Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete. Bericht der Hauptabteilung Volkswirtschaft.

werden sollte, unter der Leitung des NS-Staatsrats Birger Meidell aus der Siebt der Abteilung Arbeit und Sozialwesen „versagt hatte“, ließ Kasper Anfang Juni 1941 ein „Direktorat für Arbeitsorganisation“ einrichten, um „die zukünftige Entwicklung der Berufsverbände mit dem Ziele der Umorganisation bzw. einer Eingliederung in die Nasjonal Samling in die Wege zu leiten“. Der mit der Leitung dieser Behörde beauftragte NS-Funktionär Edvard Stenersen „versagte aber vollends“. Sie wurde von Herbert Köhler aufgelöst, nachdem der Reichskommissar den „Milchstreik“ der Osloer Arbeiter vom 8. und 9. September 1941 mit Brachialgewalt niedergeschlagen und zugleich kurzen Prozeß mit der LO-Führung gemacht hatte.

Der „Milchstreik“, an dem sich 25.000 Arbeiter beteiligten, war durch die rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen – letztlich durch die Einstellung der Versorgung mit der bis dato üblichen Frühstücksmilch – ausgelöst worden. Terboven hatte daraufhin am 10. September den „zivilen Ausnahmezustand“ erklärt und alle leitenden Gewerkschaftsfunktionäre – darunter auch Tangen – verhaften lassen. Viele von ihnen wurden von dem als Standgericht eingesetzten SS- und Polizeigericht abgeurteilt. Zwei Gewerkschaftsführer – Viggo Hansteen und Rolf Wickstrom – wurden sofort erschossen, 25 weitere erhielten langjährige Zuchthausstrafen. Die Leitung der Gewerkschaften übernahmen nunmehr (Stillhalte-) Kommissare der NS. An Tangens Stelle trat Odd Fossum.

Unmittelbar nach der Niederschlagung des Streiks und der Gleichschaltung der LO begann Terboven die Vorbereitungen zur Errichtung des NS-Regimes abzuschließen. Am 1. Februar 1942 trat Vidkun Quisling, der „Forer“ der NS, als „Ministerpräsident“ an die Spitze einer „nationalen Regierung“, die er durch ein „Riksting“ legitimieren lassen wollte, dessen korporative Basis die Berufs- und [16:] Interessenverbände bilden sollten. Im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen nahmen Köhler und Johlitz die Schaffung „einer ähnlich gehaltenen Organisation wie die DAF im Reich, derart in Angriff, daß sie am 1. Mai 1942 hätte proklamiert werden können“⁴⁰ Diese „Zwangsorganisation aller Schaffenden“ sollte „Norges Arbeitsverband“ (Norges Arbeidssamband – NAS) heißen. Die Mitgliedschaft war für „sämtliche berufstätige Norweger, ganz gleich ob sie Selbständige, Angestellte, Handarbeiter, Bauern, geistig oder kulturell Schaffende oder Beamte sind“⁴¹, obligatorisch. Die 35 Einzelgewerkschaften der LO, deren Mitgliederzahl inzwischen lediglich um 50.000 – von über 350.000 auf 300.000 – zurückgegangen war, wurden zu 14 zusammengefaßt. Dementsprechend wurde auch die Gewerkschaftspresse reduziert. Seit dem 14. März 1942 erschien zusätzlich eine übergreifende nach deutschen Vorbildern gestaltete Wochenzeitung „Norsk Arbeidsliv“. Ebenfalls nach deutschen Vorbildern wurden „umfassende Organisations- und Personalpläne“ für den NAS erstellt und dessen Aufgaben im einzelnen festgelegt. Mitgliedsbücher und Beitragsmarken lagen termingemäß vor.

Dennoch kam es weder zur Proklamation des NAS noch zur Einberufung des Rikstings, weil das Quisling-Regime in Norwegen auf unüberwindlichen Widerstand stieß. In den gleichgeschalteten Gewerkschaften konnten geheime Aktionsausschüsse die NS-Kommissare ausmanövrieren und wesentlich dazu beitragen, daß eine breite – nicht zuletzt auch von der Kirche unterstützte – Protestbewegung gegen die Einführung eines „Jugenddienstes“, wie ihn die „Hitler-Jugend“ in Deutschland praktizierte, und die Schaffung einer Zwangsorganisation für die Lehrer entstand. Aus Sorge vor einem Übergreifen dieser Bewegung auf die Arbeiter der kriegswichtigen Betriebe und Baustellen ließ Terboven die Pläne für den NAS zu den Akten legen. Zur Konstituierung des „Rikstings“ kam es nicht mehr, weil Hitler am 11. August 1942 nach einem Vortrag Terbovens über die [17:] Lage in Norwegen entschied, daß die Kompetenzen des Quisling-Regime während des Krieges nicht erweitert werden sollten.⁴² Hitler hat sich wenig später in einem Gespräch mit Arthur Seyß-Inquart, den er am

⁴⁰ Ebenda, Abteilung Arbeit und Sozialwesen – Gruppe Verbandswesen – Jahresbericht 1940/41142, 22. Februar 1943.

⁴¹ Aufbau und Aufgaben von „Norges Arbeidssamband“, 14. Februar 1942, zit. nach Thomas Christian Wyller, Nyordning og motstand. En framstilling og en analyse av organisasjonenes politiske funksjon under den tyske okkupasjonen 25.9.1940-25.9. 1942, Oslo 1958, S. 119 und 343, Anm. 71.

⁴² Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945 (ADAP), Serie E: 1941-1945, Bd. III (16. Juni bis 30. September 1942), Göttingen 1974, S. 307 f., Dok. 182: Aufzeichnung des Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei (Hans Heinrich) Lammers, 12. August 1942.

18. Mai 1940 zum Reichskommissar „für die besetzten niederländischen Gebiete“ ernannt hatte, dahingehend geäußert, „daß das Experiment Norwegen nicht geglückt sei“⁴³

Die besetzten niederländischen Gebiete

In den Niederlanden war zwar ein vergleichbares Experiment bekanntlich gar nicht erst unternommen worden. Anders als die NS und Quisling in Norwegen hatten die National-Socialistische Bewegung (NSB) und Anton Adriaan Mussert in den Niederlanden kein Kollaborationsregime gebildet. Nichtsdestoweniger war dort im Ergebnis der Einflußnahme der DAF auf die Gewerkschaften des Landes am 1. Mai 1942 eine Niederländische Arbeitsfront (Nederlands Arbeidsfront – NAF) proklamiert worden.⁴⁴ Diese Einflußnahme hatte am 1. Juni 1940 begonnen. An diesem Tage reiste der hier noch einmal zu erwähnende Marrenbach, fast unmittelbar im Anschluß an seinen Aufenthalt in Norwegen, nach Den Haag. In seiner Begleitung befand sich der Leiter des DAF-Amtes für Rechtsberatungsstellen Werner Hellwig, der nach Absprache mit Seyß-Inquart eine Verbindungsstelle zu den niederländischen Gewerkschaften einrichtete, die zunächst dem Generalkommissar für Finanzen und Wirtschaft Hans Fischböck und dann dem für Volksaufklärung und Propaganda sowie für die Betreuung der NSB zuständigen Generalkommissar Fritz Schmidt zugeordnet wurde. Die „Dienststelle Hellwig“ be-[18:]schränkte sich in ihrer Tätigkeit schon bald nicht mehr auf die Niederlande. Im ausdrücklichen Auftrag des Reichsleiters der DAF begann sie auch – wie noch zu zeigen sein wird – in Belgien und Frankreich zu agieren.

In den Niederlanden bestanden neben dem sozialdemokratisch dominierten Niederländischen Verband der Gewerkschaften (Nederlandse Verbond van Vakverenigingen – NVV), dessen 49 Einzelgewerkschaften insgesamt 319.000 Mitglieder zählten, zwei relativ große konfessionelle Gewerkschaften – der Römisch-Katholische Fabrikarbeiterverband (Rooms Katholiek Werkliedenverbond – RKWV) mit 187.000 Mitgliedern – und der protestantische Christlich-Nationale Gewerkschaftsverband (Christelijk National Vakverbond – CNV) mit 121.000 Mitgliedern – sowie die Niederländische Gewerkschaftszentrale (Nederlandse Vakcentrale) der Beamten und Angestellten mit 50.000 Mitgliedern. Die Führer der großen Gewerkschaften! – Evert Kupers vom NVV, A.C. de Bruijn vom RKWV und Antoon Stapelkamp vom CNV – waren nicht geflohen, sondern im Lande geblieben.

Hellwig setzte sich zunächst mit der Führung des NVV in Verbindung, um – ganz dem Vorgehen Marrenbachs in Norwegen folgend – ein „Stillhalteabkommen“ zu vereinbaren. Doch entgegen seiner Zusicherung, nicht in die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaften einzugreifen, stellte er den „Organisationsegoismus des Gewerkschaftsapparates“ schon am 16. Juli 1940 auf eine harte Probe. An diesem Tage setzte er Hendrik Jan Woudenberg von der NSB als „Stillhaltekommissar“ ein und Kupers und dessen Stellvertreter⁴⁵ ab. Zugleich bat er die anderen Vorstandsmitglieder des NVV, auf ihren Posten zu bleiben – was sie in den meisten Fällen auch taten – und Woudenberg zu unterstützen, dessen Aufgabe darin bestand, „die Grundlagen zu einer allmählichen Loslösung der marxistisch organisierten Arbeiterschaft vom marxistischen Gedankengut zu schaffen“⁴⁶.

[19:] Im NVV wirkten neben Woudenberg, der in der Folge 28 Opponenten aus dem Kreis der etwa 300 Mitglieder umfassenden Führungsebene entließ und – auch gegenüber den Einzelgewerkschaften das „Führerprinzip“ durchsetzte⁴⁷, zwei deutsche „Verbindungscommissare“ aus der Dienststelle Hellwig: Fritz Kern und Hans Schleinitz. Kern war gleichzeitig für den RKWV, Schleinitz für den CNV zuständig. Die Führer dieser beiden Verbände suchten jeden Konflikt sowohl mit dem gleichgeschalteten NVV als auch mit den Repräsentanten der DAF zu vermeiden, um die Existenz ihrer

⁴³ Seyss-Inquart an Himmler, 29. Mai 1943, zit. nach Louis de Jong, Het koninkrijk der Nederlanden in den tweede wereldoorlog 1939-1945, Deel 6: Juli '42-Mei '43, 's-Gravenhage 1975, S. 558. – Seyss-Inquart bezieht sich auf ein am 3. Oktober 1942 mit Hitler geführtes Gespräch.

⁴⁴ Roth, Die Sozialpolitik, S. 542; Gerhard Hirschfeld, Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940-1945, Stuttgart 1984, S. 73.

⁴⁵ S. de la Bella wurde als Jude am 20. Juli 1940 verhaftet und verstarb 1942 im KZ Dachau.

⁴⁶ Meldungen aus den Niederlanden vom 30. Juli 1940, zit. nach Loock, Zur „Großgermanischen Politik“, S. 47, Anm. 55.

⁴⁷ Roth, Die Sozialpolitik, S. 541.

Organisationen zu erhalten. Sie konnten nicht wissen, daß Hitler die „Auflösung der konfessionellen Gewerkschaften“⁴⁸ bereits gutgeheißen hatte, als sie Anfang November 1940 – einer Einladung Leys folgend – mit einer Gewerkschaftsdelegation eine „Studienreise“ nach Deutschland antraten, um Einrichtungen der DAF kennenzulernen.

Widerstand artikulierte sich in den konfessionellen Verbänden vor allem gegen den Druck zur Fusion mit dem NVV und damit zur Gleichschaltung, dem sie sich – nach der Niederschlagung des Streiks vom 25. Februar 1941 und der vorübergehenden Festnahme einer Reihe von Gewerkschaftsfunktionären – immer stärker ausgesetzt sahen. Als Hellwig die Zentrale des RKWV am 25. Juli 1941 besetzen ließ und die Organisation Woudenberg unterstellte, protestierte de Bruijn energisch. Der Vorstand trat geschlossen zurück. Es nützte nichts, daß Hellwig erklärte: „Dies bedeutet keine Auflösung des Verbandes und ebensowenig ist das eine (Zwangs-)Vereinigung mit der NVV, wogegen Sie ja Bedenken haben. Die Gewerkschaftsführungen kommen lediglich unter eine einheitliche Leitung.“⁴⁹ Auch die Mitglieder folgten dem Beispiel ihrer Führung – und der Weisung des Episkopats – und verließen den gleichgeschalteten Verband. Bis zum 1. Dezember 1941 [20:] waren sie zu über 90 Prozent ausgetreten. Ganz ähnlich verlief die Gleichschaltung des CNV, dessen Vorsitzender bereits Ende Juni 1941 in Geiselhaft genommen worden war. Etwa 75 Prozent der Mitglieder schieden aus dem gleichgeschalteten Verband aus.

Diese Beispiele sollten Schule machen. Als Woudenberg und Hellwig die zwangsfusionierten Verbände am 1. Mai 1942 zur NAF formierten, legten auch die Mitarbeiter des NVV zu 75 Prozent ihre Ämter nieder. Dem von ihnen empfohlenen Boykott der NAF folgte weit über die Hälfte – 60 Prozent – der Mitglieder. Der enorme Mitgliederschwund konnte auch durch den erzwungenen kollektiven Beitritt ganzer Belegschaften von Industriebetrieben und andere Maßnahmen nicht ausgeglichen werden. Die NAF zählte in der Folgezeit etwa 200.000 Mitglieder. Damit war sie allerdings ebenso wie die DAF in Deutschland die weitaus größte Massenorganisation unter nationalsozialistischer Führung.⁵⁰

Belgien und der besetzte Teil Frankreichs

Es ist bereits erwähnt worden, daß die Dienststelle Hellwig ihre Tätigkeit auf Belgien und – zeitweilig auch – auf Frankreich ausdehnte. Im Hinblick auf die Beziehungen der DAF zu den Gewerkschaften konnte Hellwig im Frühjahr 1941 in der Tat behaupten, ihm sei „ganz West-Europa“⁵¹ unterstellt. Bei General Alexander von Falkenhausen, der als Militärbefehlshaber in Belgien (und Nordfrankreich) alle militärischen und politischen Kompetenzen in seiner Hand vereinte, mußte die Einflußnahme der DAF auf die Gestaltung der Okkupationspolitik von Ley selber sichergestellt werden. Die Dienststelle Hellwig konnte ihre Tätigkeit in Brüssel erst nach einer entsprechenden Vereinbarung zwischen ihm und dem General im Oktober 1940 aufnehmen.⁵² Hellwig selbst blieb in Den Haag, die Lei-[21:]tung der in die Militärverwaltung eingegliederten Brüsseler Filiale übernahm einer seiner Mitarbeiter – ein gewisser Dr. Voss, über dessen Person weitere Angaben leider nicht ermittelt werden konnten.

In Belgien – und auch in Frankreich – kam die DAF also relativ spät zum Zuge. Die Gewerkschaften des Landes hatten schon mehrere Monate unter der deutschen Besatzungsherrschaft hinter sich, als Voss mit ihnen Kontakt aufnahm. Die größte von ihnen war- mit 575.000 Mitgliedern – der zuvor eng mit der Sozialistischen Partei verbundene Belgische Gewerkschaftsverband (Belgisch Vakverbond – BVV = Confederation Generale du Travail (CGT) de Belgique), gefolgt vom 350.000 Mitglieder zählenden katholischen Allgemeinen Christlichen Gewerkschaftsverband (Algemeen Christelijk

⁴⁸ ADAP, Serie D: 1937-1945, Bd. XIII/2 (15. September bis 11. Dezember 1941), Göttingen 1970, S. 489, Dok. 373: Der Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete (Otto Bene) an das Auswärtige Amt, Den Haag, 1. Oktober 1940: „Die Auflösung der konfessionellen Gewerkschaften, Vereine und Parteien wurde vom Führer gutgeheißen.“

⁴⁹ Zitiert nach Hirschfeld, S. 72.

⁵⁰ Hirschfeld, S. 73: Roth, Die Sozialpolitik, S. 542 f.

⁵¹ Zit. nach J. J. van Bolhuis/B.C. Slotemaker, De Duitse Penetratie in Vakcentraten en Sociale Wetgeving, in: Onderdrukking en Verzet: Nederland in Oorlogstijd, Bd. III. Arnheim/Amsterdam 1947, S. 380.

⁵² Roth, Die Sozialpolitik, S. 543.

Yakverbond – ACV = Confederation des Syndicats Chretiens) und dem Allgemeinen Zentralverband der liberalen Gewerkschaften (Algerneene Centrale der liberalen Vakverbonden [van Beroepsverenigingen van België] = Centrale Generale des Syndicats liberaux de Belgique) mit nur 70.000 Mitgliedern.

Die Führer des BVV waren zunächst nach Frankreich geflohen, nach dessen Niederlage jedoch größtenteils zurückgekehrt. Als sein Sprecher trat nunmehr der frühere Parteivorsitzende Hendrik (Henri) de Man in den Vordergrund. Er hatte seine Partei zwei Tage nach der Niederlage Frankreichs für aufgelöst erklärt und den „Zusammenbruch“ einer vermeintlich „altersschwachen Welt“ als „eine Befreiung“ für „die Arbeiterklasse und den Sozialismus“ begrüßt.⁵³ Nach einem Bericht der Militärverwaltung vom 24. September 1940 strebte er „die Schaffung einer am Vorbild der DAF orientierten belgischen Arbeitsfront an, die, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammenfassend, die Wegbereiterin einer neuen sozialen Ordnung sein soll. Die Vorstufe soll auch hier die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft sein ...“⁵⁴

[22:] Gegen de Mans Vorstellungen opponierte der Berater einer der kleineren Gewerkschaften des Landes, des nur 40.000 Mitglieder zählenden Flämischen Nationalsyndikats (Viaamsch Nationaal Syndikaat – VNS), Viktor Leemans. Leemans trat schon seit längerem für die Schaffung einer „Arbeitsorde“ ein, „die nach dem Vorbild der DAF alle Schaffenden auf völkischer Grundlage in einer das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben zusammenfassenden Organisation vereinigen“ und „als Vorstufe ... eine flämische Gesamtgewerkschaft ins Leben“ rufen wollte⁵⁵. Obwohl dieses Konzept die von der Okkupationsmacht und insbesondere von Hitler selbst angestrebte Abtrennung Flanderns von Belgien und Einbeziehung in das „Großgermanische Reich“ ganz offensichtlich begünstigten, zwang die aktuelle Situation Hellwig und Voss dazu, zunächst de Mans Vorstellungen den Vorzug zu geben, die den BVV zudem bereits zur Gründung eines Einheitssyndikats der belgischen Arbeiter (Syndicale Unie der Belgische Arbeiders) geführt hatten. Auf ihre Veranlassung hin schloß der ACV sich dem Syndikat an.

Am 22. November 1940 konnte die Dienststelle Hellwig im Einvernehmen mit der Militärverwaltung noch einen Schritt weitergehen und das Syndikat in eine auch die liberalen Gewerkschaften und den VNS umfassende Union der Hand- und Kopfarbeiter (Unie der Hand- en Geestesarbeiders = Union des Travailleurs Manuels et Intellectuels) umwandeln, die die belgischen Gewerkschaften nach und nach zu einer Einheitsorganisation fusionieren sollte. Dabei wurde bewußt in Kauf genommen, „daß bei dieser Konstellation zunächst selbstverständlich auch auf einen Teil der bisherigen Gewerkschaftsvertreter zurückgegriffen werden mußte“⁵⁶, die sich bereitwillig zur Verfügung stellten. An die Spitze der Unie trat aus je zwei Vertretern der vier Organisationen bestehender „Achterausschuß“. Den Vorsitz übernahm der von de Man empfohlene F. V. Grauls.⁵⁷ Die „Beseitigung [23:] ungeeigneter Gewerkschaftsführer“ sowie die „Erfassung und Sicherstellung des Gewerkschaftsvermögens“ sollten im Ergebnis der Fusion erreicht werden.

Die Fusion verlief jedoch schleppend. Nach den Streiks vom Januar 1941 wurde sie insbesondere dadurch verzögert, daß der ACV seine Mitwirkung am 12. März 1941 einstellte. Daraufhin entsandte die Dienststelle Hellwig ihre Sachbearbeiter als „Beobachter“ in die Gewerkschaftsverbände. Die Militärverwaltung erließ zudem eine von der Dienststelle vorbereitete Verordnung über die Einsetzung von Kommissaren. Ein solcher übernahm im August 1941 die Führung des ACV. Danach wurde die Fusion der Verbände im Rahmen der Unie forciert. Der Achterausschuß wurde zu einem Direktorium umgewandelt und Grauls am 28. März 1942 durch den flämischen Kollaborateur Edgard Delvo

⁵³ Wilfried Wagner, *Belgien in der deutschen Politik während des Zweiten Weltkrieges*, Boppard am Rhein 1974.

⁵⁴ Archives Nationales Paris, AJ 40, Nr. 312, dossier 4, Entwicklung und gegenwärtiger Stand der Gewerkschaftsfrage, 24. September 1940. S. 5.

⁵⁵ Ebenda, S. 4.

⁵⁶ Ebenda, Nr. 311, dossier I, Gesamtbericht (Entwurf) über die Tätigkeit der Dienststelle Dr. Hellwig beim Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich für die Zeit von Oktober 1940 bis 31. Dezember 1942, S. 4.

⁵⁷ Ebenda, Nr. 315, dossier 1, Dr. Messinger Aktennotiz: Besprechung mit Herrn Professor de Man am 8. November 1940, 10. November 1940.

ersetzt. Nach Auffassung der Dienststelle Hellwig konnte „Mitte des Jahres 1942 die innere Entwicklung der neuen, zentral nach Fahrerprinzip geleiteten Einheitsorganisation als abgeschlossen betrachtet werden“⁵⁸. Eine Weiterentwicklung der Unie zu einer Arbeitsfrontorganisation nach dem Muster der DAF erfolgte jedoch nicht.

Nach ihrer Brüsseler Filiale konnte die Dienststelle Hellwig auch in Paris beim Militärbefehlshaber Frankreich, dessen Militärverwaltung allerdings nur für das „besetzte französische Gebiet“ zuständig war, vorübergehend eine von Siegfried Bollacher geleitete Zweigstelle einrichten.⁵⁹ Doch deren Funktionen übernahm schon sehr bald eine Arbeitsgruppe der „für die Behandlung aller politischen Fragen im besetzten und unbesetzten Frankreich zuständig(en)“⁶⁰ Botschaft. An der Spitze dieser Gruppe, die auf die französischen Gewerkschaften Einfluß zu nehmen begann, stand der Sozialreferent Franz Grosse, ein ehemaliger Sozialdemokrat und Gewerkschaftsfunktionär.⁶¹ Seitens der DAF engagierte sich dabei nicht [24:] mehr die Dienststelle Hellwig, sondern das neugeschaffene Zentralamt für Internationale Sozialgestaltung, das sein Wirkungsfeld in jenen Staaten insbesondere Südosteuropas sah, die ohne militärische Besetzung unter deutsche Vorherrschaft gekommen waren bzw. noch kommen sollten und deshalb hier außer Betracht bleiben.

Das gilt auch für Frankreich, wo außer den relativ kleinen christlichen Gewerkschaften der Confédération Française des Travailleurs Chrétiens (CFTC) nur die in der Confédération Générale du Travail (CGT) zusammengeschlossenen freien Gewerkschaften existierten, die wie keine andere Organisation die französische Arbeiterbewegung repräsentierten. Zum Zeitpunkt der Besetzung hatte die CGT allerdings viel von ihrer früheren Bedeutung verloren. Ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, konnte das Vichy-Regime das Streikverbot aufrechterhalten, am 9. November 1940 die Auflösung der Gewerkschaften verfügen und danach mit der Charte du Travail vom 4. Oktober 1941 einen eigenen Weg der „betriebsgemeinschaftlichen“ Zwangsorganisation beschreiten. Grosse vermochte lediglich im besetzten Gebiet auf einige kollaborationswillige rechte Gewerkschaftsführer um Georges Dumoulin Einfluß zu nehmen, die Marcel Déat folgten und im Rahmen des Rassemblement Nationale Populaire eine „gewerkschaftliche Propagandazentrale“ (Centre Syndicaliste de Propagande) etablierten.⁶²

Dänemark

An dieser Stelle ist auf Dänemark zurückzukommen, das offiziell gar nicht als „besetztes Gebiet“ galt und schon deshalb als Sonderfall betrachtet werden muß. Gegenüber der dänischen Regierung hatte die Reichsregierung erklärtermaßen von vornherein darauf verzichtet, „die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit des Königreiches Dänemark jetzt oder in Zukunft anzutasten“⁶³. Der an das [25] Auswärtige Amt gebundene Gesandte Cecil von Renthe-Fink sollte als „Bevollmächtigter des Deutschen Reiches“ die Tätigkeit der dänischen Regierung lediglich „überwachen“⁶⁴. Er selbst konnte unmittelbar weder legislativ noch exekutiv wirksam werden.

Die von Thorvald Stauning bis zu seinem Tode am 3. Mai 1942 geführte dänische Regierung – eine Koalitionsregierung von Sozialdemokraten und Radikalliberalen, die am 9. April 1940 mit dem Eintritt von jeweils drei Vertretern der Liberalen (Venstre) und der Konservativen Partei zu einer „Sammelregierung“ erweitert wurde – hatte ihrerseits der Reichsregierung umgehend notifiziert, „daß sie

⁵⁸ Ebenda, Nr. 311. dossier 1. Gesamtbericht (Entwurf), S. 14.

⁵⁹ Roth, Die Sozialpolitik, S. 546.

⁶⁰ ADAP, D, Bd. X (23. Juni bis 31. August 1940), Frankfurt a. M. 1963, S. 334, Dok. 282: Der Reichsaußenminister an den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, 3. August 1940.

⁶¹ Roth, Die Sozialpolitik, S. 465, 546.

⁶² Ebenda, S. 550.

⁶³ Memorandum der deutschen Regierung an die dänische Regierung, 9. April 1940, in: Parlamentarisk kommission, Betrenkning og beretninger fra de af Folketinget nedsatte kommissioner i henhold til Grundlovens § 45 (PK), Bd. IV, Kopenhagen 1948, S. 18, Dok. 10.

⁶⁴ Keitel an Ribbentrop, 2. April 1940, Anlage 2: Weitere Wünsche für die Gestaltung der Zusammenarbeit mit der dänischen und norwegischen Regierung, in: PK. Bd. XII, Kopenhagen 1951, S. 124, Dok. 54.

die Verhältnisse im Lande unter Berücksichtigung der stattgefundenen Besetzung ordnen“⁶⁵ wollte. Am 8. Juli 1940, als sie sich nochmals umbildete, wurde sie von Erik Scavenius, ihrem neuen Außenminister, auf eine Erklärung festgelegt, nach der es für Dänemark von nun an darum gehen sollte, „seinen Platz in einer notwendigen und gegenseitigen aktiven Zusammenarbeit mit Großdeutschland zu finden“⁶⁶. Und dieser Linie folgte auch die eng mit der Sozialdemokratie verbundene Führung der dänischen Gewerkschaften (De samvirkende fagforbund – Dsf). Das zeigte sich schon darin, daß sie unter den obwaltenden Umständen widerspruchslos auf das Streikrecht verzichtete.

Der DAF, die in Dänemark nicht unmittelbar Einfluß auf die Gestaltung der Okkupationspolitik nehmen konnte, kam zugute, daß der „Presseattaché“ Gustav Meissner bereits nach der Niederlage Frankreichs Kontakt zur dänischen Gewerkschaftsführung fand und sich zum Sachwalter ihrer Interessen machte. Schon am 21. August 1941 berichtete er in einer Notiz für den Reichsaußenminister beiläufig von „den jetzigen Plänen der Gewerkschaften zur Bildung einer gemeinsamen [26:] Organisation mit den Arbeitgebern etwa nach dem Muster der deutschen Arbeitsfront“⁶⁷.

Daß der 1939 gewählte DsF-Vorsitzende Laurits Hansen gegenüber Meissner geäußert hätte, „er beabsichtige, dänische Gewerkschaften nach dem Muster der Deutschen Arbeitsfront umzugestalten“, telegraphierte Renthe-Fink dem Auswärtigen Amt am 9. November 1940, wobei er weiter mitteilte: „Um einen Einblick in die Einrichtungen der Deutschen Arbeitsfront zu gewinnen, brachte Laurits Hansen den Wunsch vor, ihm eine Einladung der DAF zu einem etwa 14-tägigen Studienaufenthalt in Deutschland zu vermitteln. ... Laurits Hansen wünscht, um für den beabsichtigten Umbau der Gewerkschaften den erforderlichen politischen Rückhalt zu haben, daß die Einladung auch etwa 8 seiner Mitarbeiter umfaßt, wobei 2 Vertreter der Arbeitgeberorganisation einbegriffen sein sollen.“⁶⁸

Nach dem Kriege haben sowohl Hansen als auch Meissner etwas anders über das Zustandekommen dieser ersten „Studienreise“ einer dänischen Delegation nach Deutschland berichtet. Hansen erklärte bei seiner Einvernahme am 3. Dezember 1946, daß Meissner die Initiative dazu ergriffen und Henning Dalsgaard die Teilnehmer ausgewählt hätte.⁶⁹ Meissner bestätigte nur den ersten Teil dieser Aussage wenige Tage später⁷⁰ und auch in seinen unlängst veröffentlichten Memoiren, in denen er außerdem behauptet, daß ihm die – nicht von Dalsgaard, sondern – von Stawlings Staatssekretär (Departementschef) Alex Christiansen und Hansen zusammengestellte Liste der Teilnehmer „diskret zugespielt“⁷¹ worden wäre. Der [27:] Renthe-Fink von Scavenius empfohlene sozialdemokratische Nationalökonom und Sozialpsychologe Dalsgaard hätte allerdings den Kontakt zwischen Hansen und ihm vermittelt und sei „der eigentliche Wegbereiter der 1940 in Gang gekommenen deutsch-dänischen Gewerkschaftskontakte“⁷² gewesen. Wie Dalsgaard am 10. Dezember 1946 versicherte, hatte er mit der Vorbereitung der Deutschlandreise der von Hansen geführten Delegation nichts zu tun.⁷³

Diese Delegation, der im Frühjahr und Herbst 1941 zwei weitere unter der Leitung des stellvertretenden DsF-Vorsitzenden Ejler Jensen und des soeben erwähnten Alex Christiansen folgten, wurde in Berlin zwar von dem hier letztmalig genannten Marrenbach empfangen, doch das hatte für die Gestaltung der Beziehungen zwischen DAF und DsF keine Auswirkungen. Auf deutscher Seite blieb Meissner weiterhin der entscheidende Mittelsmann. Als der vom DAF-Amt für Arbeitseinsatz am 10. Dezember 1940 nach Kopenhagen entsandte Willi Nagel mit Hansen Kontakt aufnahm, verlangte Renthe-Fink vom Auswärtigen Amt, „daß Dr. Nagel mir auf alle Fälle in der Weise unterstellt wird,

⁶⁵ Peder Munch an Renthe-Fink, 9. April 1940, PK, Bd. IV, S. 21, Dok. 12.

⁶⁶ ADAP, Serie D, Bd. X, S. 195, Dok. 181 (Anlage).

⁶⁷ PK, Bd. XIII, Kopenhagen 1954, S. 311, Dok. 101.

⁶⁸ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Inland I Partei, Paket 49/3, Renthe-Fink an Luther (Tel. Nr. 1222), 8.11.1940. – Der Text wurde am 14. November 1940 von AA Referat Partei (Pusch) an DAF Referat Ausland (Alfred Knoche) übermittelt.

⁶⁹ PK, Bd. VIII, Kopenhagen 1950, S. 122 f.

⁷⁰ Ebenda, S. 125.

⁷¹ Gustav Meissner, Dänemark unterm Hakenkreuz. Die Nord-Invasion und die Besetzung Dänemarks 1940-1945, Berlin/Frankfurt a.M. 1990, S. 155.

⁷² Ebenda, S. 294.

⁷³ PK, Bd. VIII, S. 123.

daß die einheitliche Ausrichtung unserer Politik grundsätzlich gewahrt bleibt“⁷⁴. Nagel wurde am 24. Februar 1941 zum Wehrdienst eingezogen und in Kopenhagen durch Walter Heitmann ersetzt, der sich weisungsgemäß in enger Zusammenarbeit mit dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums Ernst Heise⁷⁵ ausschließlich mit dem Einsatz dänischer Arbeiter im Reich befaßte.

Auf dänischer Seite blieb Dalsgaard der entscheidende Mittelsmann. Ihm wurde die Leitung des am 1. Januar 1941 geschaffenen Dänisch-Deutschen Pressesekretariats übertragen, über das Meissner die Presseorgane der dänischen Gewerkschaften mit – vor allem vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF geliefertem – Propagandamaterial versorgte. Dalsgaard stellte für Meissner auch den [28:] Kontakt zu einem Kreis sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre her, die seit Mai 1941 die Zeitschrift „Globus“ herausgaben, in der sie immer unverhohlener Sympathien für die „Neuordnung“ bekundeten. Nachdem einzelne Mitglieder der von Frits Clausen geführten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Dänemarks (DNSAP) zu diesem Kreis Zutritt gefunden hatten, bereitete Meissner die Gründung einer „Dänischen Arbeitsgemeinschaft“ (Dansk Arbejdsfrelleskab – DA) vor, die von der DAF gefördert werden und ihrerseits die DNSAP unterstützen sollte. An der Gründung selbst, die Anfang 1942 erfolgte und die Gewerkschaftsführung verprellte, will Dalsgaard keinen Anteil gehabt haben.⁷⁶

Gegenüber Hansen versuchte seinerzeit übrigens selbst Meissner zu behaupten, daß hinter der DA die Wehrmacht stünde.⁷⁷ Nennenswerten Einfluß sollte die kleinste aller nach dem Muster der DAF in den besetzten Ländern aufgezogenen Organisationen ohnehin nicht erlangen. Die dänischen Gewerkschaften erfuhren durch die DA keinerlei Beeinträchtigung. Auch sonst wurden sie in keiner Weise zu einer Reorganisation veranlaßt, zumal ihre Führung mit der DAF zusammenarbeitete und auch dem Kollaborationskurs der Regierung weiter folgte. Hansen trat sogar in die Regierung ein. Dem Kabinett, das Scavenius am 9. November 1942 präsentierte und das bis zum 29. August 1943 amtierte, gehörte er als Sozialminister an.

[29:]

Schluß

Insgesamt gesehen bestätigt sich, was Roth bereits erkannt und in einem ersten umfassenden Überblick über den „Archipel der Deutschen Arbeitsfront“⁷⁸ dargestellt hat: Die von der Forschung wenig beachtete und vielfach unterschätzte DAF war ein bedeutender Faktor sowohl der Innen-, als auch der Expansions-, Annexions- und Okkupationspolitik des Dritten Reiches. Nach dem Konzept, mit dem sie 1933 angetreten war und sich bis 1935 etabliert hatte, beteiligte sie sich unmittelbar an der „Neuordnung Europas“. In den annektierten Gebieten fiel das nicht weiter auf, da die Gewerkschaften hier sofort gleichgeschaltet wurden. Wie in Deutschland selbst nahm die DAF deren Platz ein – sie annektierte gewissermaßen die Gewerkschaften. In den okkupierten Gebieten war das selbstverständlich nicht möglich. Soweit diese Gebiete als „germanisch“ galten und deshalb für die Integration in das sozialpolitisch einheitlich verfaßte „Großgermanische Reich“ vorgesehen waren, versuchte die DAF schrittweise zu einer analogen Lösung zu kommen und die Gewerkschaften in ihr adäquaten Organisationen umzuwandeln. Dies gilt auch umgekehrt: okkupierte Gebiete, in denen Repräsentanten der DAF wie Marrenbach und Hellwig in diesem Sinne auf die Entwicklung der Gewerkschaften

⁷⁴ PA AA, Inland I Partei, Paket 49/1, Renthe-Fink an Auswärtiges Amt, 17. Januar 1941.

⁷⁵ Ebenda, Ebner an Auswärtiges Amt, 12. April 1941.

⁷⁶ PK, Bd. VIII, S. 142. – Dalsgaard stand in Verbindung sowohl mit dem Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF und insbesondere mit Wolfgang Pohl als auch mit dem Deutschen Institut für Psychologische Forschung und Psychotherapie (das dem DAF-Amt für Berufserziehung und Betriebsführung angeschlossen worden war). An diesem Institut arbeitete der Arzt John Rittmeister, der der Widerstandsbewegung angehörte und am 26. September 1942 verhaftet, am 12. Februar 1943 zum Tode verurteilt und am 13. Mai 1943 hingerichtet wurde. Mit Rittmeister war Dalsgaard eng befreundet. Nach seiner Teilnahme an der Tagung in Bad Salzbrunn setzte er sich nach Schweden ab. Dort wurde er gleich nach seiner Ankunft am 18. September 1944 von der Polizei festgenommen und am 25. Juli 1945 der dänischen Polizei übergeben. Er kam erst am 5. Dezember 1947 frei.

⁷⁷ PK, Bd. VIII, S. 125.

⁷⁸ Roth, Die Sozialpolitik, S. 509-556.

Einfluß nahmen, waren aus der Sicht der Okkupanten „germanisch“ und Bestandteil des künftigen „Großgermanischen Reiches“. Ein derartiges Vorgehen erübrigte sich allerdings in Gebieten, die innerhalb dieses Reiches erst noch zu „germanisieren“ waren. Mit Ausnahme des vor dem Kriege besetzten Tschechien und wohl auch der zum Reichskommissariat Ostland zusammengefaßten Baltstaaten gilt das für alle okkupierten Gebiete Osteuropas. Dort „war alles anders“, wie Roth festgestellt hat, denn dort sollte die jeder eigenen Organisation beraubte Bevölkerung, soweit ein Überleben für sie überhaupt in Betracht gezogen wurde, der deutschen – und germanischen! –, „Vorarbeiter-Herrenschicht“ untertan sein.⁷⁹

Weniger überzeugend ist Roths Systematisierung der betroffenen Länder. Er behandelt nach den anektierten zunächst die besetzten sowjetischen Gebiete und Südosteuropa, um anschließend sehr detailliert auf die hochindustrialisierten Län-[30:]der, d. h. auf Norwegen (und beiläufig Dänemark), die Niederlande, Belgien und Nordfrankreich – Vichy-Frankreich als „Sonderfall“ – sowie das „Protektorat Böhmen und Mähren“ einzugehen. Das bis Ende 1942 nicht besetzte Vichy-Frankreich hat er an anderer Stelle insofern mit Südosteuropa zusammengefaßt, als die Gewerkschaftsführungen hier wie dort die Entwicklung in den okkupierten west- und nordeuropäischen Ländern „auch ohne direkte deutsche Bevormundung weitgehend nachahmten“⁸⁰. Diese Systematisierung wird weder dem geschichtlichen Ablauf noch der Denk- und Verhaltensweise der maßgeblichen Akteure gerecht. Die DAF war aus der Gleichschaltung und Reorganisation der deutschen Gewerkschaften hervorgegangen. Mit den Annexionen, an denen Selzner und Hupfauer für die DAF mitwirkten, „großdeutsch“ geworden, entwickelte und praktizierte sie danach eine aus ihren Erfahrungen resultierende Strategie für die Gleichschaltung und Reorganisation der Gewerkschaften in jenen okkupierten Gebieten, die das künftige „Großgermanische Reich“ bilden sollten, wobei sie das zunächst vernachlässigte Protektorat einbezog. Die „großgermanische“ Phase in der Entwicklung der DAF begann mit Marrenbachs Einsatz in Norwegen; wurde von der Dienststelle Hellwig in den Niederlanden und Belgien fortgesetzt und fand in der Person von Paul Meissner einen – wengleich weniger erfolgreichen – Mitgestalter in Dänemark. Obwohl sie ebensowenig zum Abschluß kam wie die Bildung des „Großgermanischen Reiches“, zeitigte sie durchaus bemerkenswerte Ergebnisse.

Von den in Deutschland und in den anektierten Gebieten gesammelten Erfahrungen ausgehend veranlaßten die Okkupationspolitiker der DAF die Gewerkschaften zunächst zum Stillhalten, womit der Verzicht auf das Streik- und das Tarifvertragsrecht verbunden waren. Danach drangen sie auf eine mehr oder minder umfangreiche Gleichschaltung und Reorganisation der Gewerkschaften. Am Ende sollte dann die in Deutschland von Anfang an bestehende Unterordnung unter die jeweilige faschistische Partei und die formelle Proklamation einer wie auch immer genannten „Arbeitsfront“ stehen. Aus der Sicht der DAF gedieh diese Entwicklung am weitesten im Protektorat Böhmen und Mähren sowie in den Niederlanden. In [31:] Belgien und in Norwegen mußte die Proklamation unterbleiben. In Dänemark wurde nichts erreicht.

Die Repräsentanten der DAF stießen in den okkupierten Gebieten auf ganz unterschiedliche gewerkschaftliche Strukturen und – soweit es um die Führungen geht – Verhaltensweisen. Die meiste Ähnlichkeit mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung vor 1933 zeigte sich noch in Belgien. Doch gab es dort eine den Okkupanten wegen ihrer Haltung zum „Großgermanischen Reich“ besonders sympathische flämische Organisation. In den Niederlanden gab es zwei starke christliche Gewerkschaften mit einem erheblichen Widerstandspotential. In Norwegen und Dänemark existierten seit je sozialdemokratisch dominierte Einheitsgewerkschaften. Im Protektorat hatte sich unmittelbar vor der Besetzung und einem zunächst gar nicht beabsichtigten Eingreifen der DAF eine unpolitische Einheitsgewerkschaft konstituiert. Auch in Belgien war eine solche Einheitsgewerkschaft bereits vor der Etablierung der Brüsseler Filiale der Dienststelle Hellwig im Entstehen begriffen.

⁷⁹ Roth, Sozialimperialistische Aspekte, S. 367, 372.

⁸⁰ Roth, Sozialimperialistische Aspekte, S. 366.

Die Anpassung der Gewerkschaftsführungen in den okkupierten Gebieten an die neuen Machtverhältnisse ist hier- und zuvor schon von Beier für Dänemark⁸¹, von Hirschfeld für die Niederlande⁸² sowie von Roth ganz generell⁸³ – mit dem Verhalten der Gewerkschaftsführungen in Deutschland zur Zeit der „Machtergreifung“ verglichen worden. Und in der Tat sind die Parallelen unübersehbar. Doch ebensowenig zu übersehen ist auch, daß deutsche Gewerkschaftsführer sich 1933 auf eine Zusammenarbeit mit den gerade an die Macht gekommenen Nationalsozialisten einließen. während Gewerkschaftsführer in den okkupierten Gebieten einer derartigen Zusammenarbeit mit den lediglich von der Okkupationsmacht protegierten eigenen Nationalsozialisten auszuweichen trachteten und – nicht zuletzt auch deshalb – mit Repräsentanten der Okkupationsmacht mehr oder minder bereitwillig kollaborierten. In diesem Sinne ist Roth zuzustimmen, wenn er für Dänemark, die Niederlande, Belgien und Frankreich „kollaborierende gewerkschaft-[32:]liche Funktionseliten“⁸⁴ konstatiert, die der DAF Einfluß auf die Entwicklung ihrer Organisationen einräumten. Auch da gab es [33:] freilich Unterschiede. Die Kollaboration Laurits Hansens⁸⁵ – namentlich mit der DAF – ging in Worten sehr viel weiter als in Taten. Insbesondere schloß sie die von ihm selbst ins Spiel gebrachte „Umgestaltung“ der dänischen Gewerkschaften nach dem Muster der DAF aus. In den Niederlanden und in Belgien, wo sich immerhin Führer der christlichen Gewerkschaften der Gleichschaltung ihrer Organisationen widersetzen, sowie in Norwegen, wo die Gewerkschaftsführung einen Weg von der Kollaboration zum Widerstand fand, wurde eine derartige „Umgestaltung“ mehr oder minder weitgehend durchgesetzt.

[34:]

Bibliographie

Margarete Piesche: NS-Okkupationspolitik in Nordeuropa. Eine Auswahlbibliographie

Dänemark

Allgemein

1. Abraham, Reinhard: Der deutsche Imperialismus und Dänemark 1939-1942 unter besonderer Berücksichtigung der faschistischen Besatzungspolitik in der Zeit vom 9. April 1940 bis 29. September 1942. Greifswald, 1979. VI, 334 Bl. Diss. phil.
2. Abraham, Reinhard: Die Verschärfung der faschistischen Okkupationspolitik in Dänemark 1942/43. In: Militärgeschichte, Berlin, 23 (1984) 6, S. 506-514
3. Beretning til folketinget afgivet af de af folketinget nedsatte kommissioner i henhold til grundlovens § 45. Bilag (PK). Bd. 1-15. Kobenhavn 1946-1954
4. Besættelsen 1940-45. Kobenhavn, 1979-1981. [Bd. 1]: Politik, modstand, befrielse / Red.: Jorgen Hæstrup. 3. rev. Ausgabe. 1979. 360 S. [Bd. 2]: Kjersgaard, Erik: Lysene stukkes. 1980. 335 S. [Bd. 3]: Kjersgaard, Erik: Freden forberedes. 1981. 335 S.
5. Besættelsens hvem hvad hvor / Red.: Jorgen Hæstrup; Hans Kirchhoff; Henning Poulsen; H. Petersen. 3. rev. Ausgabe, 2. Aufl. Kobenhavn, 1985
6. Besættelsestidens fakta. Dokumentarisk haandbog med henblik paa lovene af 1945 om landsskadelig virksomhed m. v. Bd. 1-2 / Red.: N. Alkil; P. P. Rohde. Kobenhavn, 1945-1946
7. Best, Werner: Dänemark in Hitlers Hand. Der Bericht des Reichsbevollmächtigten Werner Best über seine Besatzungspolitik in Dänemark mit Studien über Hitler, Göring, Himmler, Heydrich, Ribbentrop, Canaris u. a. Hrsg. von Siegfried Matlok. Husum, 1988. 320 S.

⁸¹ Beier, S. 85.

⁸² Hirschfeld, S. 68, Anm. 75.

⁸³ Roth, Sozialimperialistische Aspekte.

⁸⁴ Roth, Intelligenz und Sozialpolitik im „Dritten Reich“, S. 106.

⁸⁵ Beier, S. 44, meint, daß Hansens Politik, „einer opportunistischen Kollaboration nahekam“.

- [35:] 8. Betænkning og beretninger til folketinget afgivet af de af folketinget nedsatte kommissioner i henhold til grundlovens § 45. Parlamentarisk kommission. Bd. 1-15. København, 1945-1958
9. Bjornvad, Anders: På vej mod hjemstavnsret. Den katolske kirke i Danmark under den tyske besættelse 1940-45. Odense, 1993. 190 S. (Odense university studies in history and social sciences; 148)
10. Bryld, Claus: Danmark 1940-1945. Faglitteratur om besættelsen. 1985. 22 S.
11. Christensen, Arne Bonvig: Invasion i Danmark? Danmark i det tyske invasionsforsvar under Den anden verdenskrig. Odense, 1976. 197 S. (Odense university studies in history and social sciences; 36)
12. Dänemark und die Niederlande unter deutscher Besetzung / Beiträge von Eberhard Jäckel, Henning Poulsen u. Johan Frieswijk. Bräist/Bredstedt, 1991. 31 S.
13. Danmark besat og befriet. Bd. 1-3 / Red. H. Frisch [u. a.]. København, 1945-1948
14. Danmark under besættelsen. Bd. 1-3 / Red.: Vilhelm La Cour. København, 1945-1947
15. Danmark under 2. verdenskrig. Bd. 1-2 / Red.: J. Barford; E. Kruckow. København, 1974-1975
16. Danmark under verdenskrigen og besættelse. Bd. 1-5 / Red.: A. Friis. København, 1946-1948
17. Dansk politi under tysk besættelse 1940-1945 / Hennig Koch [u. a.]. København, 1984. (Tidskrift for dansk politi)
18. De fem lange aar. Skildring af Danmark under besættelsen 1940-1945. Bd. 1-3 / Red.: J. Brondsted; K. Gedde. København, 1945-1947
19. Dengang under besættelsen – ubekvemme historier om en splittet nation / Red.: Lars Moller og Annette Wiborg. København, 1985. 203 S.
- [36:] 20. Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus 1938-1945. Achtbändige Dokumentenedition / Hrsg. vom Bundesarchiv. Berlin; Heidelberg
- Bd. 7. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Dänemark und Norwegen (1940-1945) / Dokumentenauswahl u. Einl. von Fritz Petrick. Unter Mitarb. von Reinhard Abraham sowie Helma Kaden u. Eva Hintze. 1992. 264 S.
21. Frisch, H.: Den politiske historie fra 29. august 1943 til Danmarks bericelse. København, 1948.
22. Frit Danmarks hvidbog. Besættelsestiden i dokumenter og kommentarer. Bd. 1-2 / Red.: P. Rhode [u. a.]. København, 1945-1946
23. Hansen, Asger: Erindringer fra Froslevlejren og Fårhuslejren. In: Sonderjyske årbøger, Åbenrå, (1993), S. 141-160
24. Holm, Helene: Besetzung und Widerstand in Dänemark und Norwegen 1940-1945. In: Jahresbibliographie der Bibliothek für Zeitgeschichte, Koblenz, 56, 1984 (1985), S. 339-398
25. Hubatsch, Walther: „Weserübung“. Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen 1940. Nach amtlichen Unterlagen dargestellt. 2. völlig neu bearb. Aufl. Göttingen; Berlin; Frankfurt/M., 1960. XIX, 586 S. (Studien und Dokumente zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges; 7). 1. Aufl. 1952
26. Hvidtfeldt, Johan: Frå kapitulationsdagene 1945. Dönitz, Lindemann og Best. Wehrmachtbefehlshaber Dänemark. Kriegstagebuch 20. april-26. maj 1945. København, 1985. 126 S. (Studier og kilder; 2)
27. Jacobsen, Erik Thostrup: Foden i doren. Danmark mellem Sovjetunionen og England 1944-45. Odense, 1984
28. Jacobsen, Erik Thostrup: Som om intet var hrendt. Den danske folkekirke under besættelsen. Odense, 1991

29. Kristensen, Ole P.: Denmark. Occupation without an occupation regime. In: Organising business for war. Corporatist economic organisation during the Second World War / Ed. by Wyn Grant; Jan Nekkers; Frans van Waarden. New York; Oxford, 1991. S. 185-194
- [37:] 30. Meissner, Gustav: Dänemark unterm Hakenkreuz. Die Nord-Invasion und die Besetzung Dänemarks 1940-1945. Berlin; Frankfurt/M., 1990. 408 S.
31. Moller, Iver: Træk fra kapitulationen og retsopgøret i Sønderjylland. In: Sønderjyske årbøger, Åbenrå, (1992), S. 291-318
32. Nissen, Henrik S.: In: Danmarkshistorie. Bd. 7: Tiden 1914-1945 / Red.: Søren Mørch. København, 1988
33. Ossendorff, Ingo: „Den Krieg kennen wir nur aus der Zeitung“. Zwischen Kollaboration und Widerstand. Dänemark im 2. Weltkrieg. Studie zum 50. Jahrestag der Aktion „Weserübung“, den 9. April 1990. Frankfurt/M. [u. a.], 1990. 153 S. (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3; 449) Zugl. Diss. Bonn 1987
34. Petersen, Hans Uwe: Dänemark und die antinazistischen Flüchtlinge 1940/41. In: Hitlerflüchtlinge im Norden. Asyl und politisches Exil 1933-1945 / Hrsg. von Hans Uwe Petersen. Kiel, 1991
35. Petrick, Fritz: Das deutsche Okkupationsregime in Dänemark 1940 bis 1945. In: z. Gesch.wiss., Berlin, 39 (1991) 8, S. 755-774
36. Petrick, Fritz: Der deutsch-dänische Nichtangriffsvertrag vom 31. Mai 1939 und die Neutralität der nordischen Staaten am Vorabend des zweiten Weltkrieges. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 40 (1992) 4, S. 350-355
37. Petrow, Richard: The bitter years. The invasion and occupation of Denmark and Norway, april 1940-may 1942. London [u. a.], 1974. 403 S.
38. Poulsen, Henning: Die deutsche Besatzungspolitik in Dänemark. In: Neutralität und totalitäre Aggression. Nordeuropa und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg / Hrsg. von Robert Bohn; Jürgen Elvert; Hain Rebas u. Michael Salewski. Stuttgart, 1991. 369-380. (Historische Mitteilungen / Ranke-Gesellschaft; Beih. 1)
39. Rosengreen, Bjorn: Dr. Werner Best og tysk besættelsespolitik i Danmark 1943-1945. Odense, 1982. 197 S. (Odense university studies in history and social sciences; 75)
- [38:] 40. Sjoqvist, Viggo: Danmarks udenrigspolitik 1933-1940. København, 1966. 417 S.
41. Stræde, Therkel: Neuere Forschungen zum zweiten Weltkrieg in Dänemark. In: Neue Forschungen zum zweiten Weltkrieg. Koblenz, 1990. (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte; 28)
42. Thomsen, Erich: Deutsche Besatzungspolitik in Dänemark 1940-1945. Düsseldorf, 1971. 277 S. (Studien zur modernen Geschichte; 4)
43. Torell, Ulf: Hjälp till Danmark. Militära och politiska förbindelser 1943-45. Stockholm, 1973
44. Ulrich, Per: De rode enker. København, 1982. 63 S.
45. Umbreit, Hans: Auf dem Wege zur Kontinentalherrschaft. In: Das deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Bd. 5/1 / Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Stuttgart, 1988. S. 3-345

Kollaboration

46. Abraham, Reinhard: Zur Entstehung und Entwicklung einer faschistischen Bewegung in Dänemark unter besonderer Berücksichtigung von Danmarks National Socialistiske Arbejder Parti (DNSAP) 1939-1940. In: Jb. Gesch., Berlin, 27 (1983)

47. Beier, Gerhard: Kollaboration mit dem Nationalsozialismus? Zum Verhalten der Gewerkschaften im Dänemark der Besatzungszeit und dem Deutschland der Machtergreifung Adolf Hitlers. In: Grenzfriedenshefte, Husum, (1973) 1, S. 43-51; 2, S. 81-89
48. Bjerg, H. C.: Ligaen. Den danske militære efterretningstjeneste 1940-45. Bd. 1-2. København, 1985
49. Dethlefsen, Henrik: Mellem attentisme og aktivisme. Synpunkter på den politiske kollaboration 1939-43. In: Hist. t., København, 89 (1989) 1, S. 78-127
- [39:] 50. Hæstrup, Jorgen: ... Til landets bedste. Hovedtræck af departementschefstyrets virke 1943-45. Bd. 1-2. København, 1966; 1971. 329 S.
51. Kirchhoff, Hans: Augustoproret 1943. Samarbejdspolitikens fald. Forudsætninger og forløb. En studie i kollaboration og modstand. Bd. 1-3. København, 1979. 299; 493; 392 S. Zugl. Diss. København, 1978
52. Kirchhoff, Hans: Best-Scavenius-alliancen – et skæbnefrellesskab. In: Konflikt og samarbejde. Festskrift til Carl-Axel Gemzell / Red. von Carstens Due-Nielsen; Hans Kirchhoff; Karl Christian Lammers; Torsten Nybom. København, 1993. S. 183-207
53. Kirchhoff, Hans: Die dänische Staatskollaboration. In: Europa unterm Hakenkreuz. Erg.bd. I: Okkupation und Kollaboration. Berlin, Heidelberg, 1994. S. 101-118
54. Kirchhoff, Hans: Hans Hedtofts tale, februar 1941. Samarbejde eller brud? Et studie i socialdemokratiets overlevelsstrategi under besættelsen. In: Hist. t., København, 82 (1983) 2, S. 229-290
55. Kirchhoff, Hans: Die Kollaboration in Dänemark 1940-1945. In: Europa unterm Hakenkreuz. Okkupation und Kollaboration. Gosen 5.-7. März 1992. Berlin, (1992). 17 S.
56. Kirchhoff, Hans: Tilpasning – protest eller modstand 1940-1945. København, 1985
57. Lund, Tove: Fagbevregelsens forhold til samarbejdspolitikken 1940-1942. In: Årbog for Arbejderbevægelsens historie, København, 2 (1972), S. 71-123
58. Lund, Tove: En redegørelse for problemer i dansk fagbevægelse 1940-1942. Århus, 1971. Manuskript UB
59. Nissen, Henrik: Studier i forhandlingspolitikken og samarbejdspolitikken. 1940. København, 1973. 607 S. Als Diss. København 1972
60. Poulsen, Henning: Besættelsesmagten og de Danske nazister. Det politiske forhold mellem tyske myndigheder og nazistiske kredser i Danmark 1940-1943. København, 1970. 498 S. Zugl. Diss. Århus 1970
- [40:] 61. Roslyng-Jensen, Palle: Værnenes politik – politikernes værn. Studier i dansk militærpolitik under besættelsen 1940-1945. København, 1980. 541 S. Zugl. Diss. Odense 1979
62. Scavenius, Erik: Forhandlingspolitikken under besættelsen. København, 1948
63. Sjoqvist, Viggo: Erik Scavenius. Bd. 1-2. København, 1973
64. Stevnsborg, Henrik: Politiet 1938-1947. Bekæmpelsen af spionage, sabotage og nedbrydende virksomhed. København, 1992. 568 S. Zugl. Diss. Odense 1991
65. Tamm, Ditlev: Retsopgøret efter besættelsen 1940-45. København, 1984
66. Trommer, Aage: Kollaboration und Widerstand in Dänemark. In: Neutralität und totalitäre Aggression. Nordeuropa und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg / Hrsg. von Robert Bohn; Jürgen Elvert; Hain Rebas u. Michael Salewski. Stuttgart, 1991. S. 381-398. (Historische Mitteilungen / Ranke-Gesellschaft; Beih. 1)

Wirtschaft

67. Fortroling beretning til arbejds- og socialministeriet angående statens udvandringskontors virksomhed under verdenskrigen 1939-1945. København, 1945 (Typoskript), – auch in: Betænkning og beretninger til folketingers afgivet af de af tinget nedsatte kommissioner i hørhold til grundlovens § 45. Bd. 1-15. København, 1945-1948
68. Jensen, S.: Levevilkår under besættelsen. Træk af den økonomiske og sociale udvikling in Danmark under den tyske besættelse 1940-1945. København, 1971. 325 S.
69. Köller, Vera: Der deutsche Imperialismus und Dänemark 1933-1945 unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftspolitik. Phil. Diss. Berlin, 1966. XII, 384 gez. Bl.
70. Mathiasen, Karsten; Stræde, Therkel: Die dänischen Arbeiter in Deutschland 1940-1945. Kurze Übersicht. København, 1984. 36 S. Roskilde 1980 (Ms)
- [41:] 71. Petrick, Fritz: Das wirtschaftliche Okkupationsprogramm des faschistischen OKW beim Überfall auf Dänemark und Norwegen (1940). Dokumentation. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 22 (1974) 7, S. 742-747
72. Schumann, Wolfgang: Das Scheitern einer Zoll- und Währungsunion zwischen dem faschistischen Deutschland und Dänemark 1940. In: Jb. Gesch., Berlin, 9 (1973), S. 515-566
73. Stræde, Therkel: Abschieben/Festhalten – Die Arbeiterbewegung und der Massen-Einsatz dänischer Arbeiter(innen) in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. In: Konflikt og samarbejde. Festschrift til Carl-Axel Gemzell / Red. af Carstens Due-Nielsen; Hans Kirchhoff; Kar! Christian Lammer; Torsten Nybom. København, 1993. S. 159-183
74. Stræde, Therkel: Dänische Fremdarbeiter in Deutschland während des zweiten Weltkrieges. In: Zeitgeschichte, Wien; Salzburg, 13 (1986) 11112, S. 397-416
75. Stræde, Therkel: „Deutschlandarbeiter“. Dänen in der deutschen Kriegswirtschaft, 1940-1945. In: Europa und der „Reichseinsatz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland / Hrsg. von Ulrich Herbert. Essen, 1991. S. 140-171
76. Tortzen, Christian: Sofolk og skibe 1938-1945. Den danske handelsflådes historie under anden verdenskrig. Bd. 1-4. København, 1981-1985
77. Trommer, Aage: Sabotage und Streiks im besetzten Dänemark. Ihre wirtschaftliche, politische und soziale Bedeutung. In: Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel. Achsenmächte und besetzte Länder / Hrsg. von Waclaw Dlugoborski. Göttingen, 1981. S. 248-275. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 47)
78. Winkel, Harald: Die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Dänemark in den Jahren der Besetzung 1940-1945. In: Probleme der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik / Hrsg. von Friedrich-Wilhelm Henning. Berlin (West), 1976. S. 119-174. (Schriften des Vereins für Socialpolitik: N. F.; 89)

[43:]

Widerstand gegen die Besatzungsmacht

79. Bennett, Jeremy: British broadcasting and the Danish resistance movement 1940-1945. Cambridge, 1966. XVI, 266 S.
80. Bjerg Clausen, Torben: Rode ras. En beretning om solidaritet. København, 1983. 160 S.
81. Bjornvad, Anders: Hjemrnehæren. Hovedtræk af det illegale arbejde på Sjælland og Lolland-Falster under de tyske besættelse 1940-1945. Odense, 1988. 605 S. (Odense university studies in history and social sciences; 1 08)

82. Czaplinski, Wladislaw: Ruch oporu w Danii 1940-1945. Wroclaw, 1973. 202 S. (Wyd. Inst. Balt. w Gdansku; 8. Seria skandynawoznawcza; 3)
83. Eckert, Rüdiger: Die politische Struktur der dänischen Widerstandsbewegung im Zweiten Weltkrieg. Eine Untersuchung über die Bedeutung der illegalen Presse und einiger repräsentativer Vertreter der Widerstandsgruppen. Hamburg, 1969. VIII, 345 S. Als Diss. Zürich 1969
84. Grimnes, Oie Kristian: Sabotasjen i norsk og dansk motstandsbevegelse. In: Motstandskamp, strategi og marinepolitikk. Oslo; Bergen; Tromsø, 1972. S. 9-36. (Studier i norsk samtidenshistorie – Norge og den 2. verdenskrig)
85. Hæstrup, Jorgen: Secret alliance. A study of the Danish resistance movement 1940-1945. Bd. 1-3. Odense, 1976; 1976; 1977. 321 S.; 393 S.; 429 S. (Odense university studies in history and social sciences; 35; 37; 41). Orig.: København 1959; 1960
86. Hæstrup, Jorgen: Vildnis og „grundtvigsplan“. Om finansieringen af modstandsbevægelsen. Odense, 1990. 107 S. (Odense university studies in history and social sciences; 125)
87. Hillingso, K. G. H.: The Danish resistance movement and its relations with Great Britain. In: Rev. intemat. mil., Göteborg [u. a.], 53 (1982), S. 105-112
88. Kirchhoff, Hans: The Danish resistance. In: Europäischer Widerstand im Vergleich / Hrsg. von Ger van Roon. Berlin (West), 1985. S. 249-270
- [43:] 89. Kirchhoff, Hans: Kamp eller tilpasning. Politikerne og modstanden 1940-45. København, 1987. 208 S.
90. Kristensen, Henrik Skov: Modstandsbevægelsen på Skærbækneget 1944-45. In: Sonderjyske årbøger, Åbenrå, (1993), S. 161-199
91. Nellemann, George: For Danmarks frihed og Polens ære. Den polsk-engelske efterretningstjeneste i Danmark 1940-45. In: Årsskrift for Frihedsmuseets Venner, København, (1989), S. 7-98
92. Nielsen, Mogens: Socialdemokratiet og enheden i arbejderbevægelsen 1943-45. København, 1978
93. Potocki, Stanislaw: Z historii ruchu oporu w Danii i Norwegii (1940-1945). In: Gdanskie zeszyty humanistyczne, Gdansk, 19 1976 (1977) 23, S. 59-73
94. Themas, John Oram: The giant killers. The story of the Danish resistance movement 1940-1945. New York, 1976. 320 S.
95. Trommer, Aage: Jembanesabotagen i Danmark under den anden verdenskrig. En krigshistorisk undersøgelse. Odense, 1971. 323 S. (Odense university studies in history and social sciences; 3)
96. Trommer, Aage: Modstandsarbejde i nærbilledet. Det illegale arbejde i Sydøst-Sonderjylland under den tyske besættelse af Danmark 1940-45. Odense, 1973. 514 S. (Odense university studies in history and social sciences; 7)
- Verfolgung und Vernichtung der Juden**
97. Blüdnikow, Bent: Stille diplomati og flygtningehjælp. Den jødiske menigheds ledelse 1933-1943. In: „Foreren har befale!“: Jødeaktionen oktober 1943. København, 1993. S. 137-173
98. Brustin-Berenstein, Tatiana: The historiographic treatment of the abortive attempt to transport the Danish Jews. In: Yad Vashem stud., Jerusalem, 17 (1986), S. 181-218
99. Dethlefsen, Henrik: Ud af mørket – den danske modstand og redningen af jøderne i oktober 1943. In: „Foreren har befale!“: Jødeaktionen oktober 1943 / Hans Sode-Madsen (Red.). København, 1993. S. 108-136
- [44:] 100. Dose, Johannes: Georg Ferdinand Duckwitz in Dänemark 1943-1945. 2. erw. Aufl. Sonn, 1992. 45 S. (Reihe: Berichte und Dokumentationen). 1. Aufl. 1987

101. „Foreren har befalet!“. Jodeaktionen oktober 1943 / Hans Sode-Madsen (Red.). København, 1993. 245 S.
102. Jodedeporationen i Danmark og Werner Best / En dokumentarisk skildring af Bjarne Nielsen Brovst. København, 1981. 194 S.
103. Kirchhoff, Hans: Endlösung over Danrnark. In: „Foreren har befalet!“ Jodeaktionen oktober 1943 / Hans Sode-Madsen (Red.). København, 1993. S. 57-107
104. Pundik, Herbert: Medens vi ventede. En dansk jodes erindringer 1940-45. In: „Foreren har befalet!“. Jodeaktionen oktober 1943 / Hans Sode-Madsen (Red.). København, 1993. S. 220-245
105. The rescue of the Danish Jews. Moral courage under stress / Ed. by Leo Goldberger. New York [u. a.], 1987. XXVII, 222 S.
106. Sode-Madsen, Hans: „Her er livets lov egoisme“. De danske joder i Theresienstadt. In: „Foreren har befalet!“. Jodeaktionenoktober 1943 / Hans Sode-Madsen (Red.). København, 1993. S. 174-219
107. Sode-Madsen, Hans: The perfect deception. The Danish Jews and Theresienstadt 1940-1945. In: Yearbook Leo Baeck Institute, London, 38 (1993), S. 263-290

Kultur. Bildung. Wissenschaft

108. Frederiksen, L. Bindsløv: Pressen under besættelsen. Hovedtræk af den danske dagspresses vilkor og virke i perioden 1940-45. / Udgivet of Institut for Presseforskning og Samtidshistorie på foranledning of Dansk Journalistforening. Aarhus, 1960. 551 S.
109. Jakubowski-Tiessen, Manfred: Kulturpolitik im besetzten Land. Das Deutsche Wissenschaftliche Institut in Kopenhagen 1941 bis 1945. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 42 (1994) 2, S. 129-138
- [45:] 10. Nissen, Henrik S.: Die Ideologien in den dreißiger Jahren und die nationale Erweckung während der Okkupation Dänemarks. In: Konflikt og samarbejde. Festskrift til Carl-Axel Gernzell / Red. von Carstens Due-Nielsen; Hans Kirchhoff; Karl Christian Lammers; Torsten Nybom. København, 1993. S. 67-77

Norwegen

Allgemein

1. Bergfald, Odd: Gestapo i Norge. Oslo, 1978. 264 S.
 2. Boehm, Hermann: Norwegen zwischen England und Deutschland. Die Zeit vor und während des 2. Weltkrieges. Lippoldsberg, 1956. 194 S.
 3. Bohn, Robert: Die Errichtung des Reichskommissariats Norwegen. In: Neutralität und totalitäre Aggression. Stuttgart, 1991. S. 129-148
 4. Bratteli, R.: Okkupasjonshverdagen. In: Norges kulturhistorie. Bd. 6: Et folk i fred og krig. Oslo, 1980
 5. Dahl, Hans Fredrik: The question of Quisling. Aspects of the German Occupation Regime in Norway. In: Neutralität und totalitäre Aggression. Stuttgart, 1991. S. 195-205
 6. Dyrhaug, Tore: Norge okkupert! Tysk etterretning om Norge og nordmenn 1942-1945. Oslo; Bergen; Stavanger; Tromso, 1985. 156 S.
 7. Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus 1938-1945. Achtbändige Dokumentenedition / Hrsg. vom Bundesarchiv. Berlin; Heidelberg
- Bd. 7. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Dänemark und Norwegen (1940-1945) / Dokumentenauswahl u. Einl. von Fritz Petrick. Unter Mitarb. von Reinhard Abraham sowie Helma Kaden u. Eva Hintze. 1992. 264 S.

8. Fjeld, Bjarne J.: Tysk postsensur i Norge under 2. verdenskrig 1940-45. Oslo, 1977. 30 S. (Småskrifter / Frimerke-Ringen Posthorn; 1)
- [46:] 9. Fossen, Anders Bjarne: Bergen og bergenserne under okkupasjonen. In: Bergens historisk forening, Bergen, 87/88 (1991), S. 33-56
10. Gram, Gerda: Norske tilstande. Norge under 2. verdenskrig. Odense, 1986. 191 S. (Odense university studies in history and social sciences; 94)
11. Grimnes, Ole Kristian: Hjemmefrontens ledelse. Oslo; Bergen; Tromsø, 1977. 575 S. (Studier i norsk samtidshistorie – Norge og den 2. verdenskrig)
12. Grimnes, Ole Kristian: Norge under okkupasjonen. Oslo, 1983
13. Grimnes, Ole Kristian: Ny okkupasjonslitteratur og noen synspunkter på okkupasjonstiden. In: Nytt lys på okkupasjonstiden. Oslo, 1991. S. 51 ff.
14. Halvorsen, Terje: Fagbevegelsen under NS-styre – et „tomt skall“? In: Hist. t., Oslo, 71 (1992) 4, S. 401-419
15. Hölter, Hermann: Armee in der Arktis. Die Operationen der deutschen Lappland-Armee. 2. überarb. u. erw. Aufl. München, 1977. 84 S. 1. Aufl. 1953
16. Holm, Helene: Besetzung und Widerstand in Dänemark und Norwegen 1940-1945. In: Jahresbibliographie der Bibliothek für Zeitgeschichte, Koblenz, 56 1984 (1985), S. 339-398
17. Hubatsch, Walther: „Weserübung“. Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen 1940. Nach amtlichen Unterlagen dargestellt. Mit einem Anhang: Dokumente zum Norwegenfeldzug 1940. 2. völlig neu bearb. Aufl. Göttingen; Berlin; Frankfurt/M., 1960. XIX, 586 S. (Studien und Dokumente zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges; 7). 1. Aufl. 1952
18. Kjeldstadli, Sverre: Hjemmestyrkene. Hovedtrekk av den militære motstanden under okkupasjonen. Bd. 1. Oslo, 1959. 491 S.
19. Konieczny, Alfred: L'opération „nuit et brouillard“ en Norvege. In: Studia nad faszyzmem i zbrodniami hitlerowskimi 12. Wrocław, 1987. S. 295-302
20. Kurowski, Franz: Generaloberst Eduard Dietl. Deutscher Heerführer am Polarkreis. Berg am Starnberger See, 1990. 352 S.
- [47:] 21. Lang, Arnim: Die Aktion „Weserübung“. Deutsch-norwegische Geschichte im Spannungsfeld zwischen Emotion und Erkenntnis. In: Ideen und Strategien 1940. Ausgewählte Operationen und deren militärgeschichtliche Aufarbeitung / Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg/Br. Herford; Bonn, 1990. S. 107-135. (Operatives Denken und Handeln in deutschen Streitkräften; 3)
22. Lang, Arnim: Die Besetzung Norwegens in deutscher und norwegischer Sicht. Eine Typologie des Umgangs mit Invasion und Okkupation. In: Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. München; Zürich, 1989. S. 138-154
23. Lang, Arnim: Wehrmachtbefehlshaber und Machtstruktur der deutschen Okkupationsherrschaft. In: Neutralität und totalitäre Aggression. Stuttgart, 1991. S. 169-194
24. Looock, Hans-Dietrich: Zeitgeschichte Norwegens. In: Vjh. Zeitgesch., München, 1 (1965), S 110 ff.
25. Lorenz, Einhart Exil in Norwegen. Lebensbedingungen und Arbeit deutschsprachiger Flüchtlinge 1933-1943 / Mit einem Vorw. von Willy Brandt. Baden-Baden, 1992. 402 S. (Nordeuropäische Studien; 7)

26. Neutralität und totalitäre Aggression. Nordeuropa und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg / Hrsg. von Robert Bohn; Jürgen Elvert; Hain Rebas u. Michael Salewski. Stuttgart, 1991. 440 S. (Historische Mitteilungen / Ranke-Gesellschaft; Beih. 1)
27. Nokleby, Berit: Frau november til april – sendemann Bräuers personlige politikk. In: Norge og den 2. verdenskrig: 1940. Fra noytral til okkupert. Oslo; Bergen; Tromso, 1969. S. 7-88. (Studier i norsk samtidshistorie Norge og den 2. verdenskrig)
28. Nokleby, Berit: Josef Terboven – Hitlers mann i Norge. Oslo, 1992. 349 S.
29. Norge i krig. Fremmedåk og frihetskamp 1940-1945 / Hauptred.: Magne Skodvin. Bd. 1-8. Oslo, 1984-1987. Bd. 1: Grimnes, Ole Kristian: Overfall. 1984. 255 S.; Bd. 2: Nokleby, Berit: Nyordning. 1985. 244 S.; Bd. 3: Greve, Tim: Verdenskrig. 1985. 280 S.; Bd. 4: Nokleby, Berit: Hold-[48:]ningskamp. 1986. 256 S.; Bd. 5: Hjeltnes, Guri: Hverdagsliv. 1986. 285 S.; Bd. 6: Kraglund, Ivar; Moland, Arnfinn: Hjemmefront. 1986. 280 S.; Bd. 7: Riste, Olav: Utefront. 1987. 276 S.; Bd. 8: Eriksen, Einar; Halvorsen, Terje: Frigjoring. 1987. 296 S.
30. Norge og den 2. verdenskrig: Mellom noytrale og allierte. Oslo; Bergen; Tromso, 1968. 300 S. (Studier i norsk samtidshistorie – Norge og den 2. verdenskrig)
31. Norge og den 2. verdenskrig: 1940. Fra noytral til okkupert. Oslo; Bergen; Tromso, 1969. 467 S. (Studier i norsk samtidshistorie – Norge og den 2. verdenskrig).
32. Norges krig 1940-1945 / Red.: Sverre Steen. Bd. 1-3. Oslo, 1947-1950
33. Noskov, Anatolij Michajlovic: Norvegija vo vtoroj mirovoj vojne 1940-1945. Moskva, 1973. 274 S.
34. Om landssvikoppgjoret. Innstilling avgitt 11. januar 1962. Gjøvik, o. J.
35. Ottmer, Hans Martin: Das Unternehmen „Weserübung“. Die Besetzung Dänemarks und Norwegens durch die deutsche Wehrmacht im April 1940. Vorgeschichte, Vorbereitung und Durchführung der Landeunternehmen in Norwegen. In: Ideen und Strategien 1940. Ausgewählte Operationen und deren militärgeschichtliche Aufarbeitung / Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg/Br. Herford; Bonn, 1990. S. 67-105. (Operatives Denken und Handeln in deutschen Streitkräften; 3)
36. Ottosen, Kristian: Arbeits- und Konzentrationslager in Norwegen 1940-1945. In: Neutralität und totalitäre Aggression. Stuttgart, 1991. S. 355-368
37. Paulsen, Helge: Reichskommissar vs. Wehrmachtbefehlshaber. In: Neutralität und totalitäre Aggression. Stuttgart, 1991. S. 149-168
38. Paulsen, Helge: Reichskommissariat og „motyrelsene“ under riksrådsforhandlingene. Oslo, 1969. (Studier i norsk satidshistorie – Norge og den 2. verdenskrig)
- [49:] 39. Petrick, Fritz: Das Okkupationsregime des faschistischen deutschen Imperialismus in Norwegen 1940 bis 1945. In: z. Gesch.wiss., Berlin, 31 (1983) 5, S. 397-413
40. Petrow, Richard: The bitter years. The invasion and occupation of Denmark and Norway, april 1940-may 1945. London [u. a.], 1974. 403 S.
41. Pryser, Tore: Klassen og nasjonen 1936-1946. Oslo, 1988. 400 S. (Arbeiderbevegelsens historie i Norge; 4)
42. Regjeringen og Hjemmefronten under krigen. Aktstykker. Oslo, 1948
43. Ringdal, Nils Johan: Mellom barken og veden. Politiet under okkupasjonen. Oslo, 1987
44. Salewski, Michael: Das Wesentliche von „Weserübung“. In: Neutralität und totalitäre Aggression. Stuttgart, 1991. S. 117-129

45. Secret German documents seized during the raid on the Lofoten Islands on the 4th march 1941. London 1941
46. Skodvin, Magne: Krig og okkupasjon 1939-1945. Oslo, 1990
47. Smith, Sven; Grieg, Erik: Angrepet på Bergen 9. april 1940. In: Bergens historiske forening, Skrifter, Bergen, (1991) 87/88, S. 13-32
48. Sorensen, O.: Forskningen om krigen i Norge. In: Nytt Norsk tidsskrift (1989) 1
49. Studier i norsk samtidshistorie – Norge og den 2. verdenskrig. Bd. 1-8. Oslo; Bergen; Tromsø, 1968-1977
50. Watzdorf, Bernhard: Mein Einsatz als Stabsoffizier der Wehrmacht im okkupierten Norwegen (1942-1944). In: Militärgeschichte, Berlin, 23 (1984) 3, S. 251-260
51. Wyller, Thomas Christian: Nyordning og motstand. En framstilling og en analyse av organisasjonenes politiske funksjon under den tyske okkupasjonen 25.9.1940-25.9.1942. Oslo, Jakubowski-Tiessen 1958. 372 S. (Institutt for statsvitenskap. Skrifter; 1)
- [50:]
- Kollaboration**
52. Aagesen, Knut: Fagopposisjonen av 1940. In: Norge og den 2. verdenskrig: 1940. Fra nøytral til okkupert. Oslo; Bergen; Tromsø, 1969. S. 357-459. (Studier i norsk samtidshistorie – Norge og den 2. verdenskrig)
53. Bien, Horst: Werke und Wirkungen Knut Hamsuns. Eine Bestandsaufnahme. Leverkusen, 1990
54. Blindheim, Svein: Nordmann under Hitlers fane. Dei norske frontkjemparane. Oslo, 1977. 273 S.
55. Bohn, Robert: Schuld und Sühne. Die norwegische Abrechnung mit den deutschen Besatzern. In: Deutschland, Europa und der Norden. Ausgewählte Probleme der nord-europäischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert / Hrsg. von Robert Bohn. Stuttgart, 1993. S. 107-144. (Historische Mitteilungen / Ranke-Gesellschaft; Beih. 6)
56. Cyganski, Mirosław: Ruch narodowosocjalistyczny A. Musserta w Hollandii i Faszystowski Narodowe Zjednoczenie V. Quislinga w Norwegii w latach II wojny światowej. In: Studia nad faszyzmem i zbrodniami hitlerowskimi 8. Wrocław, 1982. S. 71-104
57. Dahl, Hans Frederik: Vidkun Quisling. Bd. 1-2. Oslo. 1991-1992. 537 S., 747 S.
58. Ellingsen, Dag: Krigsprofitorene og rettsoppgjøret. Oslo, 1993. 237 S.
59. Halvorsen, Terje: Zwischen London und Berlin: Widerstand und Kollaboration in Norwegen 1940-1945. In: Neutralität und totalitäre Aggression. Stuttgart, 1991. S. 337-354
60. Hayes, Paul M.: Quisling. The career and political ideas of Vidkun Quisling 1887-1945. Devon, 1971. 368 S.
61. Hewins, Ralph: Quisling – Verräter oder Patriot? Leoni, 1972. 427 S. Orig.: London, 1965
62. Hoidal, Oddvar: Quisling. En studie i landssvik. Oslo, 1988. 737 S.
- [51:] 63. Loock, Hans Dietrich: Quisling, Rosenberg und Terboven. Zur Vorgeschichte und Geschichte der nationalsozialistischen Revolution in Norwegen. Stuttgart, 1970. 587 S. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 18). Zugl. Habil.schr. Berlin, 1968
64. Paulsen, Helge: Reichskommissariat og „motytelsene“ under riksrådsforhandlingene. In: Norge og den 2. verdenskrig: 1940. Fra nøytral til okkupert. Oslo; Bergen; Tromsø, 1969. S. 285-356. (Studier i norsk samtidshistorie – Norge og den 2. verdenskrig)

65. Paulsen, Helge: Terboven i konflikt med Kriegsmarine. In: Modstandskamp, strategi og marinepolitikk. Oslo; Bergen; Tromsø, 1972. S. 59-117. (Studier i norsk samtidenshistorie – Norge og den 2. verdenskrig)
66. Petrick, Fritz: Die norwegische Kollaboration 1940-1945. In: Europa unterm Hakenkreuz. Erg.bd. 1. Okkupation und Kollaboration 1938-1945. Berlin; Heidelberg, 1994. S. 119-130
67. Petrick, Fritz: Rolle, Probleme und Ergebnisse der Kollaboration in Norwegen für die deutsche Besatzungspolitik 1940-1945. In: Europa unterm Hakenkreuz. Gosen 5.-7. März 1992. Berlin, 1992. S. 1-12
68. Pryser, Tore: Arbeiderbevegelsen og Nasjonal Samling. Om venstrestromninger i Quislings parti. Oslo, 1991. 166 S.
69. Ringdal, Nils Johan: Ga! mann til rett tid. NS-minister Sverre Riisnæs. En psykobiografi. Oslo, 1991. 224 S.
70. Skodvin, Magne: Striden om okkupasjonsstyret i Norge fram til 25. september I 940. Oslo, 1956. 415 S.
71. Sorensen, oystein: Hitler eller Quisling. Ideologiske brytninger i Nasjonal Samling 1940-1945. Oslo, 1989. 430 S.
72. Steen, Sverre: Riksrådsforhandlingene. In: Norge og den 2. verdenskrig: 1940. Fra noytral til okkupert. Oslo; Bergen; Tromsø, 1969. S. 127-284. (Studier i norsk samtidenshistorie – Norge og den 2.verdenskrig)
73. Straffesak mot Vidkun Abraham Lauritz Jonsson Quisling. Utgave av Eidsivating lagstols landsvikavdeling. Oslo, 1946
- [52:] 74. Wyller, Thomas Christian: Fra okkupasjonsårenes maktkamp. Nasjonal Samlings korporative nyordningsforsok 9. april 1940-1. februar 1942. Oslo, 1953. 190 S.

Wirtschaft

75. Aktstykker om den tyske finanspolitik i Norge 1940-1945 / Utg. ved Sverre Hartmann og Johan Vogt. Oslo, 1958
76. Didriksen, Jan: Industrien under hakekorset. Oslo; Bergen; Stavanger; Tromsø, 1987. 202 S.
77. Eichholtz, Dietrich: Die Norwegen-Denkschrift des IG-Farben-Konzerns von 1941. In: Bulletin Arbeitskreis 2. Weltkrieg, Berlin, (1974) 1/2, S. 5-66
78. Innstilling fra undersøkelseskommissjonen av 1945. Bilag. Bd. 1-3. Oslo 1947
79. Kolsrud, Ole: Kollaborasjonen og imperialismen. Quisling-regjeringens „Austrveg“ – drom 1941-1944. In: Historisk tidskrift, Oslo, 67 (1988)
80. Milward, Alan S.: The fascist economy in Norway. London, 1972. X, 317 S.
81. Petersen, Joachim: Hitlers Polareisenbahnpläne 1940 bis 1945 in Nordnorwegen. Friedberg, 1992. 198 S.
82. Petrick, Fritz: Die Bedeutung der Rohstoffe Nordeuropas für die deutsche Kriegswirtschaft In: Neutralität und totalitäre Aggression. Stuttgart, 1991. S. 285-300
83. Petrick, Fritz: Der „Leichtmetallausbau Norwegen“ 1940-1945. Eine Studie zur deutschen. Expansions- und Okkupationspolitik in Nordeuropa. Frankfurt/M.; Bern; New York, 1992. 224 S. (Europäische Hochschulschriften, R. III; 512). Als Diss. B: Greifswald 1983
84. Petrick, Fritz: Der 9. April 1940 und die „Neuordnung“ Nordeuropas. In: Deutschland, Europa und der Norden. Ausgewählte Probleme der nordeuropäischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert / Hrsg. von Robert [53:] Sohn. Stuttgart, 1993. S. 97-105. (Historische Mitteilungen / Ranke-Gesellschaft ; Beih. 6)

85. Petrick, Fritz: Das wirtschaftliche Okkupationsprogramm des faschistischen OKW beim Überfall auf Dänemark und Norwegen (1940). Dokumentation. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 22 (1974) 7, S. 742-747

86. Petrick, Fritz: Zur Bedeutung Narviks für die Eisenerzversorgung des deutschen Imperialismus und den faschistischen Überfall auf Norwegen. In: Bulletin Arbeitskreis 2. Weltkrieg, Berlin, (1974) 1/2, S. 67-82

87. Vea, Jon: Næringslivet i 1940. In: Krigen i Norge / Red.: Hans Fredrik Dahl. Oslo, 1974. S. 41 ff.

Widerstand gegen die Besatzungsmacht

88. Abadie-Maumert, F. A.: Note sur la presse illégale norvégienne 1940-1945. In: Revue d'histoire de la 2e guerre mond., Paris, 31 (1981) 123, S. 111-121

89. Austad, Torleiv: Der Widerstand der Kirche gegen den nationalsozialistischen Staat in Norwegen 1940-1945. In: Kirchliche Zeitgeschichte, Göttingen, 1 (1988) 1, S. 79-94

90. Barstad, Arne: Norge og den 2. verdenskrig. Sabotasjen i Oslo-Området 1944-45. Oslo; Bergen; Trosø, 1975. 199 S. (Studier i norsk samtidshistorie – Norge og den 2. verdenskrig)

91. Berg, Rolf; Lindhjem, Peder: Militær motstand i Rogaland og Vestfold. Oslo; Bergen; Tromsø, 1972. 342 S. (Studier i norsk samtidshistorie – Norge og den 2. verdenskrig)

92. Grimnes, Ole Christian: The beginnings of the resistance movement. In: Scandinavia during the Second World War / Ed. by Henrik S. Nissen. Minneapolis/Minn.; Oslo [u. a.], 1983. S. 182-220. (The Nordic series; 9)

93. Grimnes, Ole Kristian: Litt om Kretsen og om Hjemmefrontledelsen. In: Motstandskamp, strategi og marinepolitikk. Oslo; Bergen; Tromsø, 1972. S. 118-137. (Studier i norsk samtidshistorie – Norge og den 2. verdenskrig)

[54:] 94. Grimnes, Ole Kristian: Sabotasjen i norsk og dansk motstandsbevegelse. In: Motstandskamp, strategi og marinepolitikk. Oslo, Bergen; Tromsø, 1972. S. 9-36. (Studier i norsk samtidshistorie – Norge og den 2. verdenskrig)

95 Halvorsen, Terje: Anpassung und Widerstand. Norwegische Gewerkschaftsbewegung 1940-1945. Oslo, 1990. Ms.

96. Irvine, James W.: The waves are free. Shetland-Norway Links 1940 to 1945. Lerwick, 1988. 257 S.

97. Kjelldstadli, Sverre: Den norske militære motstand og SOE. In: Norge og den 2. verdenskrig: Mellom nøytrale og allierte. Oslo; Bergen; Tromsø, 1968. S. 239-264. (Studier i norsk samtidshistorie – Norge og den 2. verdenskrig)

98. Kluge, Rolf: Norge og den 2. verdenskrig: Hjemmefront-ledelsen tar form – Kretsen dannes sommeren 1941. Oslo; Bergen; Tromsø, 1970. 98 S. (Studier i norsk samtidshistorie – Norge og den 2. verdenskrig)

99. Luhn, Hans: Det fjerde våpen. Den hemmelige presse i Norge, 1940-1945, Oslo; Bergen; Tromsø, 1981. 145 S.

100. Mez, Lutz: Ziviler Widerstand in Norwegen. Untersuchung zu Organisation und Form der sozialen Bewegung in Norwegen unter besonderer [55:] Berücksichtigung von Konzepten sozialer Verteidigung. – Frankfurt/M. 1976. 376 S. Zugl. Diss. Berlin 1976

101. Motstandskamp, strategi og marinepolitikk. – Oslo; Bergen; Tromsø, 1972. 180 S. (Studier i norsk samtidshistorie – Norge og den 2. verdenskrig)

102. Ottosen, Kristian: Theta Theta. Et blad fra motstandskampens historie 1940-1945. Bergen [u. a.], 1983. 215 S.

103. Petrick, Fritz: Zum Verhältnis von antifaschistischem Widerstandskampf und alliierter Kriegführung in Norwegen. In: Nordeuropa, Greifswald, 10 (1977), S. 33-39
104. Potocki, Stanislaw: Z historii ruchu oporu w Danii i Norwegii (1940-1945). In: Gdanskie zeszyty humanistyczne, Gdansk, 19, 1976 (1977) 23, S. 59-73
105. Schmitt, Peter F.: Widerstand zwischen den Zeilen? Faschistische Okkupation und Presselenkung in Norwegen 1940 bis 1945. Köln, 1985. 286 S. (Pahl-Rugenstein – Hochschulschriften Gesellschafts- und Naturwissenschaften; 183. Ser. Faschismusstudien)
106. Skodvin, Magne: Gewaltloser Widerstand in Norwegen während der deutschen Besetzung. In: Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren. Probleme, Beispiele, Strategien / Hrsg.: Adam Roberts. Göttingen, 1971. S. 87-107
107. Skodvin, Magne: Norwegian resistance – a general remark. In: Europäischer Widerstand im Vergleich / Hrsg. von Ger van Roon. Berlin (West), 1985. S. 321-333

Kultur. Bildung. Wissenschaft

108. Sorensen, Oystein: Solkors og solidaritet. Hoyreautoritær samfunnstenkning i Norge ca. 1930-1945. Oslo, 1991. 228 S.

[56:]

Projekt

Martin Moll

Editionsvorhaben zu Hitlers schriftlich ergangenen Befehlen ziviler Natur 1939-1945. Ein Zwischenbericht

Die historische Erforschung des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges wurde in den letzten Jahren durch eine Reihe von Quellenfunden und Quelleneditionen wesentlich bereichert. Seit der Einigung Deutschlands sind die ostdeutschen Archivbestände der westlichen Forschung uneingeschränkt zugänglich und in Moskau fand sich so mancher verloren geglaubter Aktenbestand, wobei hier noch mit einigen Überraschungen zu rechnen ist. Das von Heinz Boberach besorgte „Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates“ liegt wenigstens mit einem ersten Band vor; an bedeutsamen Aktenpublikationen der jüngsten Zeit zu nennen sind insbesondere die monumentale Rekonstruktion der Akten der Partei-Kanzlei durch das Institut für Zeitgeschichte München sowie die ebenfalls dort herausgegebene, nahezu vollständige Ausgabe der Goebbels-Tagebücher, die nur mehr wenige Lücken aufweist; nicht unerwähnt bleiben soll die mittlerweile abgeschlossene Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“.

Bei aller Freude über diese ebenso verdienstvollen wie nützlichen Arbeiten darf nicht vergessen werden, daß es immer noch mehr als genug weiße Flecken gibt. Es ist gar nicht zu übersehen, daß unser Wissen über die internen Vorgänge im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, konkret: über die Variablen der Entscheidungsfindung und -durchsetzung, nur recht spärlich ausfällt. Zwar wurden mitunter in der Fachliteratur entsprechende Fragestellungen formuliert, eine Antwort wurde freilich nicht gegeben.¹ Wenn bis heute über die Stellung Hitlers im und für das nationalsozialistische Herrschaftssystem lebhaft diskutiert wird und die Mei-[57:]nungen zwischen dem schwachen Diktator² und dem allmächtigen Monokraten³ schwanken, so offenbaren sich darin nicht nur, ja nicht einmal vorrangig

¹ Geradezu symptomatisch ist die brandneue Hitler-Biographie von Marlis Steinert: Hitler (München 1994), die zwar auf den Seiten 323-334 ein (nach Abzug der Fotos) achtseitiges Kapitel „Hitler und die Entscheidungsprozesse des Dritten Reiches“ beinhaltet, in dem sich jedoch nur eine Aneinanderreihung von Anekdoten über Hitlers Lebensgewohnheiten findet.

² So die klassische, wenngleich mitunter fiberinterpretierte Formel Hans Mommsens, erstmals in seinem Artikel „Nationalsozialismus“ in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie (Freiburg im Breisgau 1971), Band 4, Spalte 695-713; hier Spalte 702.

³ Dies der – nicht wortwörtliche, aber sinngemäße – Tenor bei Ian Kershaw: Hitlers Macht. Das Profil der NS-Herrschaft (München 1992) und Eberhard Jaeckel: Hitlers Herrschaft (Stuttgart 1986).

unterschiedliche methodische Ansätze und Interpretationen, sondern in erster Linie der Mangel an empirisch abgesichertem Wissen. Je intensiver nach der angeblichen oder wirklichen monokratischen Entscheidungsgewalt Hitlers gefragt wird, desto größer ist der Wunsch nach einer Übersicht all dessen, was er tatsächlich persönlich entschieden hat. Eine solche Übersicht gibt es aber nicht.

Meines Erachtens besteht auf diesem Gebiet ein ganz enger Konnex zwischen der Qualität der vorgelegten Deutungen einerseits und Menge und Güte der hierfür verfügbaren Quellen andererseits. Wenn sich beispielsweise nahezu alle Autoren darüber einig sind, daß Hitler sich seit September 1939 überwiegend mit der Kriegführung beschäftigte und in deren Gestaltung immer massiver, schließlich bis zur Steuerung einzelner Bataillone aus dem Führerhauptquartier, eingriff, so hängt dieses einheitliche Credo der Forschung natürlich damit zusammen, daß wir um nur die wichtigsten zu nennen – das Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht vollständig erhalten haben, ebenso die Niederschriften von Hitlers Unterredungen mit den Oberbefehlshabern der Kriegsmarine, weiters die stenografischen Mitschriften der Lagebesprechungen zumindest teilweise und last not least Hitlers Weisungen für die Kriegführung ebenfalls ediert vorliegen.

Auf dem zivilen Sektor gibt es für die Kriegsjahre nichts Vergleichbares – mit einer Ausnahme, nämlich der von Boelcke besorgten Ausgabe⁴ der sog. Speer-[58:]Konferenzen, also jener Besprechungen, die der im Februar 1942 ernannte Rüstungsminister mit seinem Führer über die Steuerung der Kriegswirtschaft abhielt. Wiederum ist sich die Forschung auf der Grundlage dieses Materials darüber einig, daß Hitler im Rüstungsbereich unzählige Entscheidungen traf (Boelcke nennt in der Einleitung rund 2.500, die in seiner Edition dokumentiert sind) und der eigentliche Lenker der Kriegswirtschaft war.

Für die übrigen zivilen Bereiche gähnt eine riesige Lücke, die zu füllen bisher, wenn ich recht sehe, nicht einmal ansatzweise versucht wurde. Da es als feststehende Tatsache gehandelt wird, daß Hitler sich seit Kriegsbeginn nur mehr um die militärischen Operationen und allenfalls die Außenpolitik gekümmert habe, erblickt man hierin auch gar nicht das Manko, um das es sich in Wahrheit handelt. Mein Anliegen geht dahin, wenigstens die im Krieg schriftlich ergangenen, zivilen Entscheidungen Hitlers und die von ihm gesetzten Rechtsakte zu sammeln, zu dokumentieren und auszuwerten. Mir schwebt eine Art ziviles Pendant zu der von Hubatsch schon vor vielen Jahren besorgten und bis heute nützlichen Edition der „Weisungen für die Kriegführung“⁵ vor. So wie Hubatsch die schriftlich niedergelegten, von Hitler unterzeichneten militärischen Weisungen nebst einigen weiteren grundsätzlichen Befehlen aus der verstreuten Überlieferung zusammensuchte, so ähnlich bin ich auf dem zivilen Sektor vorgegangen. Nachstehend sollen einige Überlegungen, Erfahrungen und Probleme rund um diese Quellensammlung erläutert werden.

Zuerst zur Begriffsdefinition. Es konnte natürlich nicht jedes Schriftstück, das Hitler unterzeichnet hat, herangezogen werden, sondern nur die von ihm unterschriebenen allgemeinen Rechtsakte als ein Aspekt seiner Regierungstätigkeit, ein Aspekt deshalb, weil Regieren selbst in modernen Staatswesen teilweise in mündlicher Form erfolgt. Die schriftlich ausgefertigten Rechtsakte sind aber gewiß nicht die unbedeutenden, vielmehr hat man in ihnen den typischen Ausfluß der Tätigkeit eines Regierungschefs zu erblicken – oder eines Diktators, wie man will. [59] Als von Hitler gesetzte Rechtsakte gelten hier Gesetze, Führererlasse, Führerverordnungen und ähnliches, nicht jedoch (individuelle) Ernennungen, sofern nicht gleichzeitig ein Organisationserlaß zur Errichtung einer neuen Behörde erfolgte. Ein Beispiel: Die Ernennung des Regierungsrates Josef X. zum Oberregierungsrat im Reichsministerium des Innern durch Hitler interessiert hier nicht, obwohl die Urkunde von Hitler unterzeichnet ist. Wohl interessiert aber der Erlaß⁶, mit dem Josef Terboven zum Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete bestellt wurde, zum einen, weil diese Institution durch eben diesen Erlaß neu

⁴ Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942-1945, hrsg. und eingeleitet von Willi A. Boelcke (Frankfurt am Main 1969)

⁵ Walther Hubatsch (Hrsg.): Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht. 2., durchgesehene und ergänzte Auflage (Koblenz 1983)

⁶ Erlaß des Führers über Ausübung der Regierungsbefugnisse in Norwegen vom 24.4.1940. Reichsgesetzblatt (künftig: RGBL) Teil I, S. 677 f.

geschaffen wurde und weil der Rechtsakt neben der Bestellung Terbovens weitere Anordnungen enthält, z. B. über die Aufgaben des Reichskommissars und die Kompetenzverteilung.

Ausgeklammert bleiben reine Beförderungen und Ordensverleihungen, aufgenommen wird hingegen die Stiftung von neuen Orden, Ehrenzeichen etc.⁷ Eine Ausnahme von dieser Regel bilden lediglich einige wenige reine Ernennungen vor allem während des Jahres 1941, die in der an sich ungewöhnlichen Form der Verfügung von Hitler für den Bereich der NSDAP vorgenommen wurden. Sie wurden aufgenommen, allein schon um Vollständigkeit der durchnummerierten Verfügungen zu erhalten. Einige weitere Ernennungen, die fast zeitgleich und der äußeren Form nach nahezu identisch erlassen wurden, denen aber die Überschrift und entsprechende Numerierung als Verfügung fehlen, blieben unberücksichtigt, auch wenn dies im Einzelfall durchaus willkürlich anmuten mag. Es ist dies jedoch ein Zug, der dem Quellenmaterial per se anhaftet. Nur am Rande sei erwähnt, daß die von Hitler unterschriebenen Ernennungs-, Beförderungs- und Verleihungsurkunden in die Tausende geben dürften. Sie zusammenzustellen ist weder arbeitsmäßig möglich noch sinnvoll, da diese massenweise angefallenen Routineakten keine wesentlichen Erkenntnisse für die Forschung versprechen.

[60:] Von Hitler gezeichnete Briefe, Telegramme, Mitteilungen, Protokolle blieben ebenfalls außer Betracht, da ihnen, auch wenn z.B. in einem Brief ein Auftrag oder eine Weisung formuliert wurde, der Charakter und die Intention einer auf Dauer gerichteten Rechtsquelle abgehen. Überdies ist die Mehrzahl dieses Materials in der Domarus-Edition⁸ gut zugänglich. Ähnlich verhält es sich mit – persönlich von Hitler gezeichneten – Dokumenten wie Tagesbefehlen, Proklamationen, Botschaften (z. B. zur Parteigründungsfeier der NSDAP etc.), dem politischen und persönlichen Testament vom April 1945, Denkschriften (z. B. jener vom Herbst 1939 über die Fortsetzung des Krieges im Westen). Dieser Gattung von Quellen, die zu einem Gutteil ebenfalls in der Edition von Domarus erfaßt ist, mangelt es an einem nach außen zu Tage tretenden Rechtsetzungswillen. Ebenfalls außer Betracht blieben von nachgeordneten Stellen herausgegebene Durchführungsbestimmungen zu Führererlassen etc.

Auf die Grauzone zwischen rein militärischen und zivilen Befehlen, wie sie sich etwa aus den für 1944/45 bei Hubatsch, Hitlers Weisungen für die Kriegführung, abgedruckten Dokumenten immer wieder ergibt, sei hingewiesen, ohne in diesem Stadium der Arbeit schon eine definitive Abgrenzung vornehmen zu können oder auch nur zu wollen. Der starke Anstieg dieses Mischtyps seit etwa Sommer 1944 hängt mit dem Näherrücken der Fronten und der hierdurch akut gewordenen, unmittelbaren Bedrohung des Reichsgebietes zusammen. Befehle und Anweisungen rein äußerlich militärischen Charakters (z. B. vom Wehrmachtsführungsstab unter einem seiner Aktenzeichen verbreitet) mit (auch) zivilem Inhalt (z. B. Anordnungen über den Austausch von Kontingenten zwischen Wehrmacht und Rüstungsproduktion, Beauftragung von Gauleitern mit Aufgaben des Stellungsbaues) wurden aufgenommen, sobald gesichert war, daß die Weisung sich ganz oder wenigstens teilweise an zivile Stellen als Adressaten richtete.⁹ Bei solchen Anord-[61:]nungen im militärischen Gewande, die sich in der Hubatsch-Edition nicht finden, wurde im übrigen ein durchaus großzügiger Maßstab angelegt, um eher zuviel als zuwenig aufzunehmen. Damit sollte auch der in Kriegszeiten typischen Verschränkung des zivilen und militärischen Sektors Rechnung getragen werden.

Eine ähnliche Mischkategorie stellen die in den Mitteilungsblättern der NSDAP oder durch Rundschreiben der Partei-Kanzlei publizierten, dort meist als „Verfügungen“ bezeichneten Anordnungen Hitlers dar, die sich prima vista nur auf den Bereich der Partei beziehen, von ihrem Inhalt her

⁷ Zahlreiche Beispiele im RGBL. Erstmals im Untersuchungszeitraum mit Verordnung Über die Erneuerung des Eisernen Kreuzes vom 1.9.1939 (gezeichnet von Hitler, Keitel, Frick und Meißner). RGBL 1939 I S. 1573 f.

⁸ Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen 1932 - 1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. II. Band: Untergang (1939-1945) (Neustadt 1963)

⁹ Als ein illustratives Beispiel genannt sei Hitlers „Befehl über Herstellung der Verteidigungsbereitschaft des Westwalls“ vom 1.9.1944, abgedruckt bei Hubatsch, Weisungen, S. 279-281. Der (im Prinzip rein militärische) Auftrag zur [61:] Verstärkung des Westwalls erging nämlich an den Reichskommissar der Niederlande sowie die Gauleiter in den Westgauen!

allerdings ohne weiteres einen zivilen bzw. staatlichen Charakter aufweisen. Deutlich dürfte dies z. B. an einer Verfügung von Ende 1942 über den Einsatz der NSDAP beim Aufbau der Heimatflak werden.¹⁰

Ein gravierendes Problem sind die Entscheidungen Hitlers, die nicht von ihm selbst unterzeichnet, sondern durch Schreiben Bormanns, Lammers' u.a. bekanntgemacht wurden. Besonders problematisch sind Anweisungen, die unter Hitlers Kopf von anderen Personen – meist Keitel – „i. A.“ gezeichnet wurden, z. B. der berüchtigte Nacht- und Nebel-Erlass. Unbeschadet einer später zu treffenden, genaueren Abgrenzung wurden diese Fälle einstweilen aufgenommen.

Angesichts der mitunter chaotischen äußeren Form, in welche Hitlers Anordnungen gekleidet waren, wurde in der Regel auf die Unterschrift Wert gelegt, da nur sie ein halbwegs brauchbares Kriterium der Abgrenzung gegenüber von Dritten übermittelten Wünschen und Befehlen darstellt. Als entscheidend galt also nicht der formal-rechtliche Aspekt – der Überschrift: Erlass, Anordnung, Befehl, Verordnung, Verfügung, Gesetz etc. oder der häufig überhaupt fehlenden Titelzeile kommt nur sekundäre Bedeutung zu – sondern der materiell-rechtliche, mit anderen Worten der Frage, ob ein Schriftstück realiter eine oben definierte Führeranordnung enthält oder nicht.

[62:] In einigen wenigen Fällen fand sich in Dokumenten nur die Erwähnung bzw. der Hinweis auf eine Führerdirektive, welche selbst jedoch aktenmäßig (noch) nicht auffindbar war. Sofern ein Datum der Weisung bekannt ist, wurde diese mit dem ungefähren Betreff aufgenommen, allein schon um folgende Recherchen zu ermöglichen.

Ich möchte nun einiges über die Quellensuche berichten. Da es eine geschlossene Überlieferung der nichtpublizierten Direktiven nicht gibt, gestaltete sich die Recherche Oberaus schwierig. Beim augenblicklichen Stand der Suche kann davon ausgegangen werden, daß die zeitgenössisch publizierten Direktiven, die sich fast ausschließlich im Reichsgesetzblatt und im Reichsverfügungsblatt der NSDAP finden, lückenlos erfaßt sind. Im übrigen wurden alle in Frage kommenden Dokumenteneditionen durchgesehen, ferner die Microfiche-Edition „Akten der Partei-Kanzlei“ anhand des Registers sowie eine Reihe zentraler Bestände im Bundesarchiv, insbesondere die anhand des Findbuchs ermittelten relevanten Teile des Bestandes R 43 II (Neue Reichskanzlei) und NS 6 (Partei-Kanzlei), teilweise auch NS 19 (Persönlicher Stab Reichsführer-SS).

Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß mitunter an völlig unerwarteten Stellen Direktiven Hitlers, zumeist in Abschrift, auftauchen. Dies hat damit zu tun, daß die nicht zur Veröffentlichung freigegebenen Anordnungen von Lammers den Obersten Reichsbehörden in Abschrift, selten bereits als Fotokopien, zugesandt wurden, so daß also neben dem jeweiligen Original, welches in der sog. Urkundensammlung der Reichskanzlei abgelegt wurde, eine nicht geringe Zahl von Lammers beglaubigter Abschriften oder fallweise von Fotokopien vorhanden sein müßte. Sie sind aber allem Anschein nach in den damaligen Registraturen, sofern diese überhaupt den Krieg heil überstanden haben, nicht als Bestand von Führerdirektiven abgelegt worden, sondern fast immer verstreut auf die entsprechenden Sachakten. Deshalb sind die Findbücher der Archive wie das Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates von Boberach¹¹ kaum eine Hilfe. Es ist mir klar, daß [63:] der eine oder andere Erlass eventuell noch Obersehen worden sein könnte. Es gibt keine hundertprozentig sichere Methode zu ermitteln, ob Vollständigkeit gegeben ist oder nicht, doch gehe ich nach den bisherigen Erfahrungen davon aus, daß zumindest 95%, eher mehr, aller Direktiven erfaßt wurden.

Im Augenblick umfaßt die Sammlung nicht weniger als rund 530 solcher schriftlich ergangener Weisungen zwischen dem 1.9.39 und dem 30.4.45. Darunter befinden sich zeitgenössisch publizierte und nichtpublizierte Anordnungen. Als veröffentlicht gelten hier auch solche, die im

¹⁰ Verfügung V 23/42 vom 2.12.1942 (Verteiler: Reichsleiter, Gauleiter, Verbändeführer). Bundesarchiv Koblenz, Bestand NS 8/ 176, BI. 28-30

¹¹ Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates. Die Überlieferung von Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der NSDAP. Teil 1: Reichszentralbehörden, regionale Behörden und wissenschaftliche Hochschulen für die zehn westdeutschen Länder sowie Berlin. Im Auftrag des Instituts [63:] für Zeitgeschichte bearbeitet von Heinz Boberach (= Texte und Materialien zur Zeitgeschichte 3/1; München-London-New York-Paris 1991)

Reichsverfügungsblatt der NSDAP erschienen sind, selbst wenn dieses strenggenommen nur für den Dienstgebrauch bestimmt war. Die bloß einem ganz kleinen Kreis per Rundschreiben (Gauleiter, Reichsleiter, Oberste Reichsbehörden ...) bekanntgemachten Weisungen gelten als unpubliziert. Nach dieser Definition, die natürlich manchen Grenzfall nicht ausschließen kann, sind 300 veröffentlicht, 230 unveröffentlicht und damit den Zeitgenossen weitgehend unbekannt geblieben.

Auf der Grundlage mehrjähriger Materialsuche wird derzeit von mir in Zusammenarbeit mit dem Münchner Institut für Zeitgeschichte eine im Saur-Verlag erscheinende Gesamtedition vorbereitet, welche neben den unpublizierten auch die bereits im Reichsgesetzblatt abgedruckten Direktiven erfassen soll. Zugunsten der Vollständigkeit wurde eine erhebliche Erweiterung des Umfangs in Kauf genommen. Die Dokumente werden chronologisch angeordnet und mit einem Kopffregest versehen sein, welches neben dem Titel, dem Datum der Unterschrift (nicht der Publikation!), der Rechtsform (Erlaß, Verordnung, Befehl etc.) und dem Fundort knappe Angaben zu ergänzenden Archivalien enthalten soll. Hierdurch werden dem Benutzer weiterführende Hinweise auf Quellen zur Vorgeschichte, zum Zustandekommen und fallweise auch zu den Nachwirkungen der Direktiven an die Hand gegeben. Beispielsweise soll es wenigstens teilweise möglich sein, anhand dieser Quellenhinweise Entwürfe mit der endgültigen Fassung zu vergleichen, die Stellungnahmen einzelner Ressorts kennenzulernen sowie Hitlers Einflußnahme auf die Ausarbeitung der ihm zur Unterschrift vorgelegten Urkunden präziser zu bestimmen.

[64:] Im Anschluß an das Regest sollen die Texte der Weisungen selbst ungekürzt und möglichst im Wege einer fotomechanischen Reproduktion abgedruckt werden. Ein kleiner Teil wird jedoch wegen der schlechten Qualität der Vorlagen neu geschrieben werden müssen. Ein Personen- und Sachregister wird es ermöglichen, zu einer bestimmten Thematik (z. B. Städtebau, Arbeitseinsatz, Verwaltung der besetzten Ostgebiete und vieles andere mehr) sämtliche hierzu ergangenen Befehle Hitlers mit einem Griff aufzufinden.

Auf die sich eröffnenden, vielfältigen Möglichkeiten der Interpretation dieses Quellenmaterials, gerade im Hinblick auf die vorgelegten Deutungen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und die Stellung Hitlers in ihm, kann hier nicht eingegangen werden. Dies bleibt einem Werkstattgespräch der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung im ersten Halbjahr 1995 vorbehalten und wird naturgemäß in der Einleitung zu der Dokumentenedition anzusprechen sein, wo im übrigen auch die oben nur angedeuteten Probleme der Definition und Abgrenzung ihre Lösung finden werden.

Ich würde es sehr begrüßen, mit interessierten Kollegen in einen Gedankenaustausch zu allen denkbaren Aspekten der Thematik einzutreten. Kontaktadresse: Dr. Martin Moll, A-8010 Graz (Österreich), Wilhelm-Kienzl-gasse 33, Tel.: 0043/316/681645, Fax: 684236

[65:]

Tagungsberichte

Martin Moll

Kriegsende im Norden. Vom heißen zum kalten Krieg

Vom 6. bis 9. Oktober 1994 veranstaltete das Historische Seminar der Christian-Albrechts-Universität Kiel in der Grenzlandakademie Sankelmark bei Flensburg eine international besetzte Tagung aus Anlaß des bevorstehenden 50. Jahrestages des Kriegsendes 1945. Bereits im Herbst 1990 habe ein von den gleichen Veranstaltern organisiertes Symposium unter dem Titel „Neutralität und totalitäre Aggression“ die Einbeziehung der skandinavischen Staaten in den Zweiten Weltkrieg durch den

finnisch-sowjetischen „Winterkrieg“ und den deutschen Überfall auf Dänemark und Norwegen sowie Fragen der Okkupationspolitik in Nordeuropa zum Gegenstand gehabt.¹²

In direkter Anknüpfung daran und als thematisch-chronologische Fortsetzung des ersten Treffens hatten die Organisatoren rund 60 Teilnehmer aus allen skandinavischen Staaten, Finnland, Großbritannien, Deutschland und Österreich nach Sankelmark gebeten. Das dichte Programm mit zwei Dutzend Referenten war in folgende Themenblöcke gegliedert:

1) Fragen des unmittelbaren Kriegsendes: letzte Kampfhandlungen, Kapitulation und Flüchtlingsproblematik

2) Übergang vom Krieg bzw. von der Okkupation zum Frieden; Abrechnung mit Besatzern und Kollaborateuren, Neuformierung der politischen Kräfte unter besonderer Berücksichtigung der Widerstandsbewegungen

[66:] 3) Außenpolitische Entwicklung von der Anti-Hitler-Koalition zum Kalten Krieg: Nato-Mitgliedschaft, Neutralität und „Finnlandisierung“

4) Umstellung der nationalen Volkswirtschaften in den nordischen Staaten vom Krieg auf den Frieden.

Einleitend skizzierte Michael Salewski die militärische Lage im Winter 1944/45 aus der Sicht der deutschen Führung (nicht nur Hitlers), die noch immer (und nach der Einschätzung Salewskis aus der damaligen Perspektive nicht völlig unrealistisch) Grund zur Hoffnung zu haben glaubte, den Kampf unter Ausnützung des Vorteils der Defensive aus einem Festungsgürtel an der inneren Linie so lange fortsetzen zu können, bis neue Waffensysteme und/oder ein Auseinanderbrechen der gegnerischen Koalition einen politisch-militärischen Umschwung herbeiführen würden.

Die „Operation Nordlicht“, der deutsche Rückzug aus Nordfinnland und Nordnorwegen im Spätherbst 1944, war das Thema der Ausführungen von Arnim Lang, der nicht nur die umfangreichen Zerstörungen und die Begleitumstände der Evakuierung der Zivilbevölkerung zur Sprache brachte, sondern auch die nahezu lockenlose Verdrängung dieses Geschehens im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung nach 1945.

Martin Moll behandelte die Vorgeschichte des Kriegsendes in den zwei deutschbesetzten Staaten Dänemark und Norwegen, die entgegen massiven Befürchtungen problemlos in die Gesamtkapitulation einbezogen und nicht mehr Schauplatz eines „heroischen Endkampfes“ der dort stationierten Wehrmachtseinheiten wurden.

Die folgenden drei Referate waren unter jeweils unterschiedlicher Fragestellung dem Problem der Flüchtlinge gewidmet. Peter Wulf hob die Besonderheiten der Situation in Schleswig-Holstein hervor, die durch einen Bevölkerungszuwachs von nicht weniger als 70% als Folge von Krieg, Evakuierung, Flucht und Vertreibung gekennzeichnet war. Die Integration dieser Menschen in einem kleinen, agrarisch geprägten Land bzw. die Umverteilung der Flüchtlinge innerhalb der Bundesrepublik schienen ein anfangs schier unlösbares Problem zu sein.

[67:] Nach Schweden und insbesondere auf die Ostseeinsel Gotland gelangten 1945 mehrere Tausend Personen, die vor der wiederum ins Baltikum einrückenden Roten Armee geflohen waren. Ihre Auslieferung an die Sowjetunion durch die Regierung in Stockholm, die sich über das Schicksal der Repatriierten keinen Illusionen hingeben konnte, war lange ein ebenso düsteres wie verdrängtes Kapitel der schwedischen Nachkriegsgeschichte. In den letzten Jahren wurde jedoch durch eine Reihe von Forschungen, die Sten Körner zusammenfassend vortrug, Licht ins Dunkel gebracht.

Völlig anders gelagert war die Flüchtlingsproblematik in Finnland (Silvo Hietanen), das kaum Menschen aus fremden Staaten aufzunehmen hatte, wohl aber eine große Anzahl seiner eigenen Bürger

¹² Die Tagungsbeiträge sind veröffentlicht in dem Band Robert Bohn/Jürgen Elvert/Hain Rebas/Michael Salewski (Hrsg.): Neutralität und totalitäre Aggression. Nordeuropa und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg (= Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft Beiheft 1; Stuttgart 1991)

aus jenen Landesteilen, die nach dem verlorenen Krieg endgültig und damit den Friedensschluß nach dem „Winterkrieg“ 1940 bestätigend, an die UdSSR abgetreten werden mußten.

Ein weiterer Block von Referaten – diesmal zum Thema der (juristischen) Abrechnung mit Kollaborateuren und Besatzern – war geeignet, Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen den nordischen Staaten herauszuarbeiten. Das Besondere der Kollaboration in Dänemark, auf die Ditlev Tamm zu sprechen kam, bestand darin, daß sie primär nicht von den zahlenmäßig völlig bedeutungslosen einheimischen Nazisten betrieben wurde, sondern in der für den Okkupanten nutzbringendsten Form von der legalen, von allen großen Parteien getragenen Regierung, die bis zum Spätsommer 1943 im Amt blieb.

Im Gegensatz zu dieser Form der Staatskollaboration in Dänemark, deren juristische Erfassung immense Schwierigkeiten bereitete, lagen die Dinge in Norwegen relativ klar, wie Ole Kolsrud ausführte. Nach der Flucht des Königs und der Regierung nach Großbritannien mußte jede Zusammenarbeit mit dem Besatzer zumindest unter juristischen Gesichtspunkten als illegal erscheinen. Schon während des Krieges wurde unmißverständlich klargestellt, daß sich die von den Deutschen eingesetzte Kollaborationsregierung Quisling wie auch die Mitglieder und Anhänger der faschistischen „Nasjonal Samling“ für ihr Tun verantworten würden müssen. Auf sie als Inkarnation des Landesverrats richtete sich der Haß der drangsalierten Bevölkerung, während die weitverbreitete ökonomische Kollaboration von [68:] Unternehmern wie auch von weiten Kreisen der Arbeiterschaft als überlebensnotwendiger Kompromiß vergleichsweise milde oder überhaupt nicht verfolgt wurde.

Die Ahndung der von Deutschen begangenen Kriegs- und Besatzungsverbrechen in Dänemark und Norwegen stieß nach der Kapitulation auf eine schier endlose Kette (völker)rechtlicher wie praktischer Probleme. Als Hauptanklagepunkte kristallisierten sich in beiden Staaten Übergriffe bei der Bekämpfung der Widerstandsbewegungen und die hierbei angewandten Methoden (Folter) heraus. Trotz mancherlei Einwänden und Kritik an fragwürdigen juristischen Argumentationen und Verfahrensweisen bestand die Kernaussage des Referats von Robert Bohn darin, daß Dänemark und Norwegen von Anfang an ausschließlich eine nach rein rechtsstaatlichen Kriterien durchgeführte Ahndung der Besatzungsverbrechen von Wehrmacht, SS und Zivilverwaltung ins Auge faßten, worin sie cum grano salis auch erfolgreich waren.

In Finnland, das von deutschen Truppen nicht besetzt worden war, sondern sich aus freien Stücken als sog. Waffenbruder dem deutschen Krieg gegen Rußland angeschlossen hatte, war es nach dem Ausscheiden des Landes aus der gemeinsamen Kriegführung mit Hitler-Deutschland im Herbst 1944 primär der außenpolitische Druck der Siegermacht Sowjetunion, der zur strafrechtlichen Belangung der für den finnischen Kriegseintritt auf deutscher Seite verantwortlichen Männer führte. Wie Martti Turtola ausführte, war die rechtliche Basis dieser Verfahren mit derjenigen der Prozesse in Norwegen und Dänemark in keiner Weise vergleichbar. Die Verurteilungen einiger führender Politiker sah die Mehrheit der finnischen Bevölkerung denn auch in erster Linie als Opfer, das diese Männer zur Abwendung schlimmerer Folgen nach dem verlorenen Krieg zu bringen bereit waren.

„Europa und der Norden“ war der Titel des – angesichts der 1994 bevorstehenden EU-Volksabstimmungen – brandaktuellen und zu engagierten Diskussionen Anlaß gebenden Vortrags von Jürgen Elvert. Als unmittelbar nach Kriegsende die Neuformierung des europäischen Staatensystems auf der Tagesordnung stand, war die Mitwirkung der nordischen Länder für die Festlandeuropäer eine Selbstverständlichkeit. In Skandinavien war man freilich gegenüber den kursierenden Einigungsprojekten entweder skeptisch oder desinteressiert – eine Grundeinstellung, die [69:] wenn auch mit gewissen Unterschieden zwischen den nordischen Staaten bis heute andauert.

Von der europäischen zur nationalstaatlichen Ebene zurück führte der Vortrag von Ole Kristian Grimnes über Rolle und Bedeutung der norwegischen Widerstandsbewegung für die Formierung der norwegischen Nachkriegspolitik. Der Untergrund hatte sich während des Krieges im wesentlichen als unpolitische bzw. überparteiliche, nationale Sammlungsbewegung zur Vertreibung des Okkupanten und zur Herstellung des verfassungsmäßigen Vorkriegszustandes organisiert. Über dieses Ziel bestand ein breiter nationaler Konsens, während die Frage der notwendigen Anpassungen des

politischen Systems an die veränderten Umstände wie auch der Umfang der Einbeziehung des Widerstands in die Regierungsverantwortung mancherlei Konfliktpotential bargen. Im wesentlichen ging der Übergang vom Krieg zum Frieden in Norwegen harmonisch vor sich, zumal sich der militärisch organisierte Widerstand den Heimkehrern aus dem Exil (König und Regierung) loyal unterordnete.

Für Dänemark wurde dieselbe Problemstellung von Aage Trommer behandelt. König und Regierung dieses Landes waren nicht ins Exil gegangen, sondern hatten erst seit dem Herbst 1943 aufgehört, ihre Funktionen auszuüben. Mit diesem Umstand hing zusammen, daß der sich formierende Widerstand in den ersten Jahren eine gewisse Frontstellung gegen die „Zusammenarbeitspolitik“ der eigenen Regierung einnahm. Erst nach deren Demission bildete die Bekämpfung der Besatzer den kleinsten gemeinsamen Nenner aller Untergrundgruppen, die gleichwohl über die darüber hinausgehenden Probleme der Zukunft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik keine Einigung erzielen konnten.

Auf zwischenstaatlicher Ebene wurden die Schwierigkeiten der beginnenden Nachkriegszeit von Patrick Salmon anhand des britisch-skandinavischen Verhältnisses dargestellt. Er wies eingangs auf markante Parallelen an der Oberfläche hin: der ökonomische Wiederaufbau, die Bedrohung der eigenen Sicherheit durch die neue Supermacht Sowjetunion u.a. Im Unterschied zur Vorkriegszeit ging Großbritannien mit Gründung der NATO 1949 definitive Bündnisverpflichtungen auch gegenüber den nordischen Mitgliedern Dänemark und Norwegen ein, so daß aus diesem und aus anderen Gründen die wirtschaftlichen und politischen Bande zwischen Großbritannien und dem Norden ab diesem Zeitpunkt enger waren als je zuvor.

Einen Brennpunkt des beginnenden Ost-West-Konfliktes bildete unmittelbar nach 1945 die zu Dänemark gehörige Insel Bornholm, die noch im Mai 1945 russische Truppen von ihren deutschen Besatzern befreit hatten. In einem zähen, taktisch klug geführten Tauziehen gelang es den Dänen nach rund einem Jahr, also noch vor Ausbruch des Kalten Krieges, den neuen Okkupanten wieder los zu werden. Kurt Jürgensen schilderte die Grundzüge der Ereignisgeschichte und wies auf einige der offenen Fragen im Zusammenhang mit den Hintergründen und Motiven des sowjetischen Handelns hin.

Klaus-Richard Böhme nahm diesen Faden mit seinem Referat zum Thema „Vermutete sowjetische Ambitionen in Skandinavien“ auf. Primär aus schwedischer Sicht skizzierte er die politischen Lagebeurteilungen Stockholms zwischen 1939 und 1944/45 in Anbetracht des wechselnden Kriegsglücks insbesondere auf dem nördlichen und dem östlichen Kriegsschauplatz. Nachdem seit spätestens 1943 ein deutscher Sieg ausgeschlossen erschien, ging es den Schweden in erster Linie darum, Finnland möglichst rasch und glimpflich aus seinem verhängnisvollen Krieg gegen die Sowjetunion herauszulösen, um eine totale Niederlage des Nachbarn und dessen Vereinnahmung durch Rußland zu verhindern. Der Referent schilderte die verschiedenen auf schwedischer Seite entworfenen Szenarien, betonte aber gleichzeitig, daß das reale Geschehen vom Verhältnis zwischen den Alliierten und nur zum geringsten durch schwedische Initiativen beeinflusst wurde.

Einhart Lorenz ging der Frage nach, in welcher Weise die norwegische Öffentlichkeit nach 1945 den ehemaligen Besatzer, das besiegte und nun selbst besetzte Deutschland, wahrnahm. Entgegen anderslautenden Urteilen einer bis heute andauernden Belastung des bilateralen Verhältnisses betonte dieses Referat die schon früh differenzierte, also keineswegs ausschließlich negative Sicht Deutschlands und der Deutschen in Norwegen, wozu insbesondere die engen Kontakte zwischen den sozialdemokratischen Parteien beider Länder, vermittelt durch den Exilanten Willy Brandt, beigetragen hatten.

[71:] Krieg und Besatzung hatten in allen skandinavischen Staaten zu einem starken Anwachsen der kommunistischen Parteien geführt. Mit dem Prestige des entschiedensten Widersachers des Nationalsozialismus ausgestattet, gelang es ihnen für einige Jahre, zu einer ernsthaften Konkurrenz der Sozialdemokraten zu werden. Terje Halvorsen beleuchtete die von sozialdemokratischer Seite ergriffenen Gegenmaßnahmen, zu deren Instrumentarium neben der totalen Isolierung selbst eine geheimdienstähnliche Überwachung gehörte. Unter dem Eindruck des beginnenden Kalten Krieges und der

sowjetischen Herrschaft in Ostmitteleuropa verloren die Kommunisten bis etwa Mitte der 50-er Jahre einen Großteil ihrer Anhängerschaft.

Eine weitere Reaktion auf den Kalten Krieg war die innerskandinavische Diskussion der Sicherheitsfrage. Kent Zetterberg beleuchtete die unterschiedlichen Konzepte, in erster Linie den Plan einer skandinavischen Verteidigungsunion, über dessen Modalitäten zwischen den beteiligten Staaten jedoch keine Einigung erzielt werden konnte. Zu unterschiedlich waren die Ausgangslage und die gewonnenen Erfahrungen während des Weltkrieges, so daß sich die sicherheitspolitischen Wege nach dem Scheitern der Verhandlungen endgültig trennten: Dänemark und Norwegen gehörten zu den Gründungsmitgliedern der NATO, während Schweden weiterhin auf seine traditionelle Neutralität setzte.

Ein weitgehend vergessenes Kapitel der Nachkriegsgeschichte schilderte Dirk Levsen: die Beteiligung dänischer und norwegischer Truppen an der Besetzung des besiegten Deutschlands im Rahmen der britischen Zone. Der Referent behandelte neben militärisch-organisatorischen Fragen das Verhältnis der Besatzer zur deutschen Zivilbevölkerung wie auch die Funktion der Truppen im Rahmen der vorgesehenen Verteidigung Norddeutschlands im Falle eines sowjetischen Angriffs.

Zwei weitere Referate beschäftigten sich mit der Nachkriegsentwicklung Finnlands. Dörte Putensen ging auf die außenpolitische Entwicklung im Verhältnis zum Obermächtigen russischen Nachbarn nach dem verlorenen Krieg auf deutscher Seite ein. Die Greifswalder Historikerin skizzierte den Weg zur Wiedererlangung der vollen finnischen Souveränität, welchen sie als unter den gegebenen [72:] Möglichkeiten durchaus erfolgreich bewertete, und stellte den Pauschalbegriff der „Finnlandisierung“ kritisch in Frage.

Manfred Menger skizzierte die finnische Nachkriegswirtschaft: Von unmittelbaren Kriegshandlungen zwar kaum betroffen, litt Finnland doch unter dem Verlust eines Zehntels seines Territoriums und den Reparationsleistungen an die UdSSR. Die Umstrukturierung der Volkswirtschaft und die rasch fortschreitende Industrialisierung machten Finnland eigentlich erst nach dem Zweiten Weltkrieg zur Industrienation.

Unter anderen Vorbedingungen erfolgte die Umstellung der norwegischen und dänischen Volkswirtschaft, wie Fritz Petrick betonte. Beide Länder waren stark von der deutschen Kriegswirtschaft ausgenutzt worden, insgesamt jedoch und im Vergleich zu anderen okkupierten Staaten ohne sonderlich hohe Verluste aus dem Krieg hervorgegangen. Im Vordergrund stand daher nach 1945 der ökonomische Wiederaufbau im Sinne einer freien Marktwirtschaft. Das Vorkriegsniveau konnten beide Volkswirtschaften rasch wieder erreichen. Als bedeutendstes Erbe der Okkupation interpretierte Petrick die Beibehaltung staatlicher Regelungsmechanismen und somit den gegenüber der Zeit vor 1939 enorm gewachsenen Einfluß des Staates auf Wirtschaft und Wirtschaftspolitik.

Noch stärker war die Kontinuität in personeller und institutioneller Hinsicht in Schweden. Claus Wohler sprach sogar von politisch-ideologischen Bestimmungsfaktoren und einer nahezu planwirtschaftlichen Ausgestaltung der Ökonomie. Gleichzeitig sah er jedoch in der staatlichen Umverteilungspolitik und in den Förderungsprogrammen eine wesentliche Wurzel für den raschen Anstieg der allgemeinen Kaufkraft und damit für die Grundlegung des schwedischen Wohlfahrtsstaates.

Alle Beiträge, die von einer lebhaften Diskussion gefolgt waren, sollen in z. T. erweiterter Form bereits im Frühjahr 1995 als Beiheft der „Historischen Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft“ erscheinen.

[73:]

Günther Wieland

Möglichkeiten und Grenzen internationaler Strafgerichtsbarkeit

Das Projekt 1995 des Hamburger Instituts für Sozialforschung gilt dem Thema „Zivilisation und Barbarei. Zwischenbilanzen zu einer Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts“¹. Die interdisziplinäre Initiative beinhaltet Aktivitäten einer „kritischen Reflexion über die unbegriffenen Botschaften dieses Jahrhunderts“. Dazu zählt ein Sammelband „Nürnberg“, dessen Autoren am 14./15. Oktober 1994 in der Universität Bremen Wesen, Aufgaben und Entwicklung einer internationalen Strafgerichtsbarkeit erörterten.

J. Reemtsma (Hamburg) leitete ein: Nürnbergs Antwort auf die NS-Barbarei werde hier seitdem zwar im wesentlichen akzeptiert, der Weg dahin (Rechtspflege oder „Siegerjustiz“?) sei jedoch umstritten als anderswo. Zwar löse Völkerstrafrecht nicht die Probleme der Welt; zumal das Recht kein Substitut der Politik ist, wohl aber spielt es in ihr eine wichtige Rolle.

G. Stuby (Bremen) belegte die fortdauernde Geltung der Nürnberger Prinzipien und wandte sich gegen aktuelle Auffassungen, den Wertmaßstab des Gewaltgestaltungspotentials der Politik bilde der Erfolg des Handelnden, was letztlich bedeuten würde, selbst die Menschenvernichtung hinzunehmen.

Dem Verhältnis der Nürnberger Prinzipien zum Völkerstrafrecht sowie der Geltungskraft der Prinzipien *nullum crimen sine lege, nulla poena sine lege* widmete sich O. Triffterer (Salzburg). Er sieht die internationale Gerichtsbarkeit als höchste Form zwischenstaatlicher Kooperation zur Bekämpfung von Verbrechen gegen das Völkerrecht und erkennt – von anderen Rednern bezweifelt – zwischen jenen Prinzipien und der Staatenpraxis eine schrittweise Annäherung.

[74] M. Mohr (Frankfurt/O.) referierte zur Wechselwirkung der Verantwortlichkeit des Individuums und der Staaten: Kriminelle Verhaltensweisen, die nur im kollektivorganisatorischen oder Systemzusammenhang möglich sind, werden durch die Doppelnatur von Handlungen und Handlungsträgern gekennzeichnet. Sie erfordern die komplexe und differenzierte Reaktion: Soweit es sich in der Tat um Fälle dieser speziellen Verantwortlichkeitskategorie handelt (insbesondere um „leaders and organizers“), ist das Individuum strafrechtlich belangbar, während die Staatenverantwortlichkeit Sanktionen wie Schadenersatz u. a. umfaßt. R. Falk (Princeton) beurteilte die internationale Strafgerichtsbarkeit im Kontext der Instrumente der humanitären Intervention und wertete das am 25. Mai 1993 vom Sicherheitsrat beschlossene Jugoslawientribunal als Versuch, das Versagen der Politik durch das Recht ausgleichen zu lassen.

B. Graefrath (Berlin) sieht die Funktion internationaler Strafgerichtsbarkeit vor allem dort, wo nationale Judikatur nicht wirksam wird oder werden will. Die dem Jugoslawientribunal zugewiesene (vom Entwurf des Kodex der UN-Völkerrechtskommission über Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit abweichende) Zuständigkeit berührt weitreichende Fragen, die bis zur Reform der UN-Charta reichen: Eine Regelung, die es den derzeitigen (und künftigen) Vetomächten überläßt, die Jurisdiktion der Internationalen Strafgerichtshofes zur Ahndung von Aggressionsverbrechen zu begründen oder auszuschließen, ist mit dem Prinzip der Souveränität der Staaten kaum zu vereinbaren.

Die Diskussion – mit Beiträgen von F. Rigaux (Brüssel), Ch. Simpson (Washington), H. Jäger, N. Paech und H. Weber (alle Hamburg) – erstreckte sich auf:

– Welche Probleme beinhaltet die mit Auschwitz, Hiroshima und Gulag bezeichneten Destruktionshandlungen für das zivilisatorische Selbstverständnis und die Organisation des Politischen?

¹ Vgl. Projekt 1995 – Zivilisation und Barbarei. In: Bulletin 1995 (Nr. 7, April/Mai 1993) des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Beilage der Zeitschrift „Mittelweg 36) Nr. 2/93.

– welche Verantwortung tragen westliche Industriestaaten für neue Formen von Verbrechen, die in der Dritten Welt (Ruanda) verübt werden?

– Wie kann die Begrenztheit kriminalrechtlicher Sanktionsmittel (siehe die Dimensionen der in Betracht kommenden Kriminalität und die Erfahrung, daß die Mächtigen meist unbehelligt bleiben) bis zum Fernziel [75] „Völkerkriminalrecht als Teil einer internationalen Rechts- und Friedensordnung“ durch Zwischenschritte überbrückt werden? Institutionen nach dem Vorbild des Russelltribunals? Übernahme international erarbeiteter Untersuchungsberichte und Anklageschriften durch nationale Judikatur? Exemplarische Verfahren mit weltweiter Publizität?

Die Ergebnisse des Bremer Symposiums sollen im erwähnten Sammelband vorgelegt werden.

Gerhart Hass

Kolloquium: Zum deutschen Rußlandbild im 20. Jahrhundert

Das Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für politische Bildung Köln-Lindenthai und das Militärgeschichtliche Forschungsamt Freiburg/Potsdam veranstaltete am 19. September 1994 in Köln aus Anlaß des Erscheinens des Buches „Das Rußlandbild im Dritten Reich“ – herausgegeben von Hans-Erich Volkmann, Böhlau Verlag Köln Weimar Wien 1994, 466 S. – ein wissenschaftliches Kolloquium, dessen Leitung Dr. Horst Müller vom Ost-West-Kolleg Köln oblag. Basis der Diskussion waren drei Referate:

– Prof. Dr. Hans-Erich Volkmann (Potsdam): Das deutsche Rußlandbild im Dritten Reich. Anmerkungen und Thesen zur vorliegenden Publikation.

– Prof. Dr. Bernd Bonwetsch (Bochum): Politische Konjunkturen des Rußlandbildes. Kaiserreich und Weimarer Republik.

– Prof. Dr. Eberhard Schutz (Bonn): Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Das deutsch-russische Verhältnis und die Einheit Europas.

Volkmann hob als Ziel des vorgestellten Buches das Bestreben hervor, die in der deutschen Politik, Geschichtsschreibung und Publizistik während der Jahre 1933 bis 1945 vorherrschenden nationalistischen und rassistischen Denk- und Verhaltensweisen sowie Vorurteile darzustellen und zu bewerten, deren Jahrzehnte zu-[76:]rückreichende Wurzeln aufzudecken und am Aufbau eines durch ein halbes Jahrhundert Kalter Krieg am Leben erhaltenen „Feindbildes“ vom Russen beizutragen. Als wohltuend normaler Vorgang wurde die Autorschaft von Historikern aus beiden ehemaligen deutschen Staaten an diesem höchst aktuellen Buch gewertet.

Bonwetsch warf ausgehend von der Problematik des deutschen Rußlandbildes während der Weimarer Republik und des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts Fragen nach dem Entstehen deutscher Bilder von anderen Völkern, z. B. der Belgier, auf. Er demonstrierte, daß die bekannten Bilder häufig „ein unglaubliches deutsches Überlegenheitsgefühl“ demonstrierten, was andererseits eine gewisse Furcht vor dem „Koloß Rußland“ nicht ausschloß. Der Referent ging auf die hervorragende Rolle baltendeutscher Politiker und Historiker bei der Konturierung des deutschen Rußlandbildes ein, behandelte einige Aspekte des Rußlandbildes der „Linken“ und der Intellektuellen und kam u.a. zu dem Ergebnis, daß zwischen dem Rußlandbild vor und nach 1933 eher ein Bruch als eine Kontinuität zu erkennen sei.

Schulz machte mit einer sachlichen Analyse der Weltlage nach der Auflösung der Sowjetunion deutlich, wie sehr sich das Rußlandbild verändert hat und wieviele Probleme unbewältigt sind. Mit Faktendarlegungen und analytischen Überlegungen bemühte sich Schulz, vorrangig Antworten auf folgende Fragen zu suchen: Ist der Ost-West-Konflikt vorbei? Was ist Deutschland heute? Was ist Rußland heute? Was bedeutet die Einigung Europas? Indem der Referent nicht vor krassen Wertungen der neuen Lage zurückschreckte, z.B. davon sprach, daß es anstelle des früheren „Eisernen Vorhangs“ heute den „Goldenen“ gäbe, und daß die früher „eingesperrten“ Völker Ost- und Südosteuropas heute eher die „ausgesperrten“ seien, untermauerte er seine These, daß mit der „Wende“ zu Beginn der neunziger Jahre zwar der alte Konflikt vorbei sei, dafür aber wieder Kriege möglich seien, weil das

Patt zwischen den Großmächten nicht mehr existiere. Die Instabilität Rußlands, das Vorhandensein einer Übergangsphase, deren Dauer und Ergebnisse nicht voraussehbar seien, ein weitverbreiteter „Wiedervereinigungswille“ in vielen Staaten und Gebieten der ehemaligen Sowjetunion und schließlich das unverändert gewaltige nukleare und militärische Potential der Staaten der GUS waren weitere Faktoren, die Schulz zu dem Schluß gelangen ließen, daß es Aufgabe der deut-[77:]schen und europäischen Politik sein müsse, Rußland den Ausweg aus der Krise zu erleichtern, um neue Konflikte zu verhindern.

In der sehr nachdenklichen Diskussion zu allen drei Referaten schienen sich alle Teilnehmer bewußt zu sein, welche Bedeutung der Entwicklung in Rußland und dem deutsch-russischen Verhältnis zukommt und mit wieviel Verständnis und Behutsamkeit die Einbeziehung Rußlands und der anderen Staaten Ost- und Südosteuropas in den langfristigen europäischen Vereinigungsprozeß betrieben werden muß. Ein wahrheitsgetreues Bild von der Vergangenheit und Gegenwart Rußlands nachzuzeichnen obliegt den Historikern, sollte einer ihrer Beiträge für Völkerverständigung und Frieden sein.

Gerhart Hass

Mitgliederversammlung des Komitees der Bundesrepublik Deutschland in der Internationalen Gesellschaft für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges

Während des 40. Historikertages des Verbandes der Historiker Deutschlands fand die turnusmäßige ordentliche Mitgliederversammlung in der Leipziger Universitätsbibliothek statt. Der Vorsitzende Dr. Gerhard Hirschfeld (Stuttgart) referierte über die Aktivitäten des Komitees und seines Vorstandes und schätzte die letzten Veranstaltungen des Komitees ein: Möglichkeiten und Grenzen vergleichender Betrachtung in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges (Köln, 1992); Frauen im Zweiten Weltkrieg (Stuttgart, Juni 1993); Die Rolle der ‚intelligence‘ im Zweiten Weltkrieg (Köln, Juni 1994).

Das Komitee beabsichtigt, zum Thema „Medizin im Zweiten Weltkrieg“ im Juni/Juli 1995 in Mainz ein Kolloquium und im Jahre 1996 voraussichtlich in Berlin zur Problematik des Umgangs mit dem Kriegsende seitens der Geschichtswissenschaft zu veranstalten.

Hirschfeld informierte über die letzte Sitzung des Büros des Comité international d'histoire de la deuxième guerre mondiale in Amsterdam. Das Internationale Komi-[78:]tee wird weiterhin von Prof. David Dilks (Großbritannien) als Vorsitzender und Dr. Henri Rouso (Frankreich) als Generalsekretär geleitet.

Im Rahmen des Weltkongresses der Internationalen Historikergesellschaft (CISH) in Montreal vom 27. August bis 3. September 1995 wird die Internationale Gesellschaft für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges ein ganztägiges Kolloquium zum Thema „Das Jahr 1945“ veranstalten. Als deutsche Referenten sind vorgesehen: Prof. Dr. Jürgen Förster (Potsdam/Freiburg): „The final hour of the Third Reich. The break-up of the Wehrmacht“ und Prof. Dr. Gottfried Niedhart (Mannheim): „From total war to total peace? Post-war Germany and the debate on the Second World War 1945-1969/70“.

Die Mitgliederversammlung bestätigte den Vorstand – Dr. Gerhard Hirschfeld (Vorsitzender), Prof. Dr. Wilhelm Deist (Schriftführer), Dr. Bernd Wegner (Schatzmeister), Prof. Dr. Jost DUiffer (Beisitzer)

[79:]

Berichte über Veranstaltungen der Gesellschaft

Werner Röhr

Der 20. Juli 1944 und die politischen Legitimationsbedürfnisse im Wahljahr 1994. Kurt Finker vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung

Am 13. September 1994 sprach Prof. Dr. Kurt Finker vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V. in Berlin über den 20. Juli 1944. „Militärputsch oder Revolution?“ – lautete seine alternative Frage. Finker ist nicht erst durch sein jüngstes Buch unter dem gleichnamigen Titel als jener Historiker aus der DDR ausgewiesen, der sich am intensivsten mit Stauffenberg, dem

Attentat vom 20. Juli und dem bürgerlichen Widerstand gegen das Hitlerregime auseinandergesetzt hat.

Die politisch-historische Verdammung oder Inanspruchnahme dieses Ereignisses im Laufe der letzten vier Jahrzehnte weist ein Spektrum auf, das nicht nur jeweiligen aktuellen politischen Zielen oder gesellschaftspolitischen Leitvorstellungen geschuldet ist. Das Spektrum, dessen einzelne Segmente zu unterschiedlichen Zeiten Konjunktur hatten, geht auch auf den komplexen Charakter des 20. Juli und der diesen Widerstand tragenden politischen Kräfte selbst zurück. Die aktuellen Bedürfnisse – das heißt meist die Legitimationsbedürfnisse – seien im Fall des 20. Juli meist befriedigt worden. Ebenso wie die Motive und Zukunftsvorstellungen der Akteure differenziert waren, bot auch das Ereignis selbst in seiner Komplexität vielfältige Möglichkeiten der Interpretation und Indienstnahme. Jeder konnte sich bedienen.

Kurt Finker verwies in diesem Zusammenhang auf jene Veranstaltungen und wissenschaftlichen sowie journalistischen Publikationen, die 1994 aus Anlaß des 50. Jahrestages des Anschlages auf Hitler stattfanden bzw. veröffentlicht wurden. Er wird demnächst eine Analyse dieser Würdigungen und ihrer politischen Instrumentierung publizieren. Im Vortrag benannte er einige signifikante Merkmale dieser Kampagne:

[80:] – Das politisch gravierendste ist zweifellos der massive Versuch, die Kommunisten nachträglich aus dem Widerstand gegen den Ritterfaschismus auszugrenzen. Der Vorstoß des Sohnes von Stauffenberg gegen die Ausstellung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand findet sein Pendant in den Reden Kohls, Rühes und weiterer führender Politiker zum 50. Jahrestag des 20. Juli. Tendenzen des Ausschlusses der Kommunisten aus dem Widerstand sind nicht auf die Vertreter einer konservativen Offensive beschränkt. Erstens beugen sich ihrem Druck auch liberalere Publizisten und Historiker. Zweitens verwies Finker auf Beispiele, daß auch Historiker, Politiker und Publizisten, die die Einheit des Widerstandes betonen und die Einbeziehung aller Widerstandskräfte in die Würdigung verteidigen, keineswegs frei von diskriminierender Ausgrenzung der Kommunisten aus dem Widerstand sind. Diese Versuche sind Bestandteil jener konservativen Strategie, Begriffe wie *Widerstand*, *Gewissen* etc. für sich zu besetzen und damit das Gedenken an den Widerstand gegen Hitler massenwirksam konservativ zu kanalisieren.

– Äußerst kurzschlüssig nahmen nicht wenige Politiker, Publizisten und Militärs in ihren Jubiläumsreden bzw. -artikeln „Anwendungen“ des 20. Juli 1944 für unmittelbar tagespolitische Ziele und Kampagnen der konservativen Kräfte vor: So wurden im Sommer 1994 „preußische Werte“ nicht nur im Alltag beschworen, sondern auch für den Wehrdienst und den Einsatz der Bundeswehr „out of area“. Das Vermächtnis des 20. Juli mußte nicht nur für die Propagierung des privaten Eigentums, für Staat und Nation als „Schicksalsgemeinschaft“ erhalten, sondern wurde auch für die Kampagnen bezüglich des Paragraphen 218 und die „Lebensschützer“ als hilfreich angesehen.

Finker kritisierte zwei Vereinseitigungen, die im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag erneut manifestiert werden: Er wandte sich einmal gegen die verbreitete Kennzeichnung des 20. Juli als höchsten oder gar einzig legitimen Ausdruck des Widerstandes gegen Hitler. Verteidigungsminister Rühle verstieg sich in einer Festrede dazu, ihn zum Wendepunkt der deutschen Geschichte zu stilisieren. Gegen diese Instrumentierung hatte sich zu Recht der Protest junger Antifaschisten gerichtet, die auf die Mitschuld vieler Angehöriger des am 20. Juli 1944 fehlgeschlagenen Staatsstreiches an der Errichtung und Festigung der faschistischen Diktatur sowie auf ihre Beteiligung an vielen ihrer Verbrechen hinwiesen. Diese [81:] Vertreter des 20. Juli könnten daher gar nicht als Widerstandskämpfer angesehen werden. Ihr Versuch, die Naziherrschaft zu stürzen, könne sie nicht von der Mitschuld an der Errichtung der Diktatur oder der Beteiligung am Völkermord an den Juden freisprechen.

Finker sprach sich trotz Verständnis für ihre Gründe gegen solche Reaktionen aus. Die Ausgrenzung der Kommunisten aus dem Widerstand dürfe umgekehrt nicht dazu führen, Widerstand zu leugnen, weil einem die politischen Standpunkte seiner Träger nicht paßten. Bei den Beteiligten des Umsturzversuches vom 20. Juli müßten sowohl ihre differenzierten Positionen und Vorstellungen als auch die

individuelle Entwicklung von Mitträgern zu Gegnern der faschistischen Diktatur berücksichtigt werden.

Die Alternative „Militärputsch oder Revolution?“ bezog Finker nicht auf den eingeleiteten Staatsstreich selbst, sondern auf jene Möglichkeiten, die erst aus seinem Gelingen entstanden wären. Otto Grotewohl hatte unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus in einer Rede vom 20. Juli als einer Revolution gesprochen. Heutige Militärhistoriker dagegen vertreten dezidiert die These, dieser Staatsstreich hätte weder eine Revolution von oben werden noch eine Revolution von unten initiieren können. Demgegenüber vertrat Finker die These, daß ein erfolgreicher Umsturz Möglichkeiten für fortschrittliche Veränderungen geboten hätte. Zur Begründung griff er auf Untersuchungen über Motivationen und Zielvorstellungen von 20 Beteiligten zurück, die den Kern der Umsturzgruppe des 20. Juli ausmachten, ergänzt durch weitere 25 Personen in seinem Umkreis. Selbstverständlich waren diese Aussagen über Stauffenberg, Leber, Leuschner und Goerdeler überhaupt nur so weit explizierbar, wie die Quellen es gestatten. Finker hob insbesondere die Zielstellung Lebers und Leuschners hervor, eine einheitliche starke Gewerkschaftsorganisation zu schaffen. 1944 habe selbst Goerdeler deren Berechtigung anerkannt. Julius Leber war der Auffassung, daß nach einer Beseitigung des NS-Terrors die Arbeiterbewegung sich schnell wieder entfalten würde. Leber wollte eine Erneuerung, die vor dem Großgrundbesitz und den Industrie- und Bankmonopolen nicht Halt machen würde. Selbst Goerdeler befürwortete 1944 die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien.

[81] Während Julius Leber bereit war, mit den Kommunisten beim Sturz Hitlers zusammenzuarbeiten, war Leuschner strikt dagegen. Leuschners spezifischer Antikommunismus war sogar ein Motiv für seine Forderung nach weitgehenden sozialen Reformen – um eine kommunistische Massenpartei in Zukunft nicht zuzulassen. Stauffenberg hätte Leber als Reichskanzler dem designierten Goerdeler vorgezogen. Leber sah künftige Konflikte mit Goerdeler voraus, sobald eine durch einen siegreichen Staatsstreich erst ermöglichte Massenbewegung für weitergehende Veränderungen über Goerdelers Konzepte hinausgehen würde.

Aber bereits im Konzept des Staatsstreiches waren wesentliche Begrenzungen für künftige Entfaltungsmöglichkeiten gesetzt: Obwohl der Staatsstreich begonnen und damit der Rubikon überschritten war, wurde weder der Rundfunk besetzt und sofort genutzt, noch wurde Goebbels verhaftet, obwohl die Möglichkeit dazu gegeben war. Der Gedanke, die Konzentrationslager zu besetzen und sich so eine große Zahl entschiedener Gegner des Hitlerregimes zu Hilfe zu holen, kam ihnen gar nicht erst.

Finker resümierte: Er wolle den 20. Juli weder überhöht noch abgewertet wissen, nicht nach links rücken und auch nicht vereinseitigen. Tatsache bleibe, daß keine deutsche Widerstandsgruppe je so nahe an der Macht war, wie diese am Nachmittag des 20. Juli 1944. Es war keine Revolution, sondern ein Umsturzversuch, aus dem progressive Veränderungen hätten hervorgehen können.

In der Diskussion wurde vor allem um folgende Fragen gestritten:

– Wie war der Zustand des deutschen Volkes und wie hätte die deutsche Bevölkerung auf einen erfolgreichen Umsturz reagiert? Wäre angesichts der Hitlerhörigkeit bzw. apathischer Schicksalsergebenheit wirklich eine Initialzündung in Richtung auf progressive Veränderung zu erwarten gewesen? Hätte ein siegreicher Staatsstreich nicht vielmehr auf eine Militärdiktatur abgezielt, ja sie zunächst erfordert? Die Glückwünsche zu Hitlers Überleben schlossen auch Kräfte ein, die sich vorher mutig gegen Verbrechen der Nazis gewandt hatten, z.B. Bischof Galen.

– Welchen außenpolitischen Spielraum hätte eine aus einem siegreichen Putsch hervorgehende Regierung Goerdeler tatsächlich gehabt angesichts der Forderung der Alliierten nach bedingungsloser Kapitulation? Und wie hätte ihr äußerst geringer Spielraum sich zum Ziel jener geplanten Regierung, gerade dies zu vermeiden, verhalten? Welche Chancen für gesellschaftliche Veränderung wären angesichts ihres Handlungsspielraums für eine solche Regierung überhaupt gegeben gewesen?

– Auch wenn im deutschen Widerstand 1943 programmatische Dokumente in größerer Zahl entstanden sind, bleibt hinsichtlich der politischen Zukunftsvorstellungen und politischen Positionen der Akteure im Sommer 1944 doch zu tragen, inwieweit die jeweiligen Positionen des Politikers

Goerdeler, so Akzeptanz der Bildung von Gewerkschaften, dem gegebenen Kräfteverhältnis geschuldet waren und für eine Regierung Goerdeler keineswegs verbindliche Maxime gewesen wären? Inwieweit ist das Vorgehen Finkers legitim, den sozialdemokratischen Flügel einfach Stauffenbergs Intentionen zuzurechnen?

– Ein spezielles Problem der Debatte war die Rolle der Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Umsturzversuch. Denn die immer wieder genannten Vertreter (v. Hasselt, Schulenburg, Trott zu Solz u. a.) hatten zu diesem Zeitpunkt entweder gar keine Funktionen mehr oder waren auf bedeutungslose Posten versetzt.

– Ebenso wie das methodische Verfahren Finkers, von den individuellen Motiven und Zukunftsvorstellungen ausgehend zu extrapolieren, waren auch sein Bewertungsmaßstab und seine Bezugsgrundlage Gegenstand kritischer Nachfragen. Welches wären in der gegebenen Situation die Alternativen gewesen? Eine Hauptquelle über den 20. Juli 1944 sind die Berichte jener, die das Attentat rächen und die Beteiligten und ihre Familien vernichten sollten. Obwohl die Berichte aus dem Reichssicherheitshauptamt über manche Sachverhalte die einzige Quelle darstellen, so wurden sie nicht nur mit den Zielen und den Begriffen der Gestapo, sondern auch direkt im Hinblick auf Hitler als Leser verfaßt. Die von jenen Verfolgern in ihre Protokolle und Berichte hineingeschriebenen Bezeichnungen und Bewertungen können natürlich nicht Bezugsgrundlage sein, um über Motive und Zukunftsvorstellungen der Beteiligten des Umsturzversuches zu urteilen. Was wäre also revolutionär, was Sozialismus gewesen, wenn der Militärputsch grundlegende Veränderungen ermöglicht hätte?

[84:]

Ute Ehrich

Die NSDAP in Österreich

Am 8. November 1994 hatte die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V. zu einem Vortrag von Gerhard Botz zum Thema „Die soziale Struktur der NSDAP-Mitgliedschaft in Österreich“ in die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin eingeladen. Die einladende Gesellschaft hat es sich zum Anliegen gemacht, internationale Diskussionen in der Faschismusforschung zu verfolgen und Ergebnisse zu diskutieren.

Gerhard Botz, Professor an der Universität Salzburg für Österreichische Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte und Leiter des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Historische Sozialwissenschaft, Salzburg und Wien, war als Autor zahlreicher Bücher und Aufsätze hauptsächlich zur Judendeportation, zum Anschluß Österreichs in das Deutsche Reich 1938 und zu methodischen Problemen der historischen Sozialwissenschaften hervorgetreten. Er hatte sich in die mit dem „Gedenkjahr“ 1988 ausgelöste Diskussion um Österreichs Rolle im Nationalsozialismus (Inwieweit ist Österreich ein Opfer und inwieweit ist der Nationalsozialismus im Innern gewachsen?) aktiv eingebracht.

In den Rahmen dieser Diskussion reiht sich auch sein Vortrag in Berlin ein. Obwohl Gerhard Botz zur aufgegriffenen Thematik seit Jahren arbeitet, wollte er den Werkstattcharakter seines Vortrages betont wissen. Er verwies auf die noch geringe empirische Datenbasis und die sich im Anfangsstadium befindende Methodik der sozialen Zuordnung. Während Botz gegenwärtig mit deskriptiver Statistik arbeitet, strebt er eine multifaktorielle Statistik, ein flexibles soziales System mit vielen voneinander abhängigen Variablen, an. Dabei schaut er mit Interesse auf den Bourdieuschen Ansatz in der Soziologie.

Botz wies darauf hin, daß die NSDAP-Mitgliedschaft in Österreich mit etwa 10% der Gesamtbevölkerung höher lag als im „Altreich“. Er verwies auf die besondere Radikalität der österreichischen, vor allem der Wiener Nationalsozialisten, auf die Intensität der Judenpogrome 1938 in Wien. Obwohl vieles für ein Entstehen des Nationalsozialismus aus der Österreichischen Gesellschaft heraus spricht, fand in [85:] Österreich nach Kriegsende die „Lebenslüge“ von der Opferrolle weite Verbreitung, um

sich von deutschen Einflüssen abzugrenzen und eine nationale Identität zu finden. Diese Diskussionslinie dominierte bis zum „Gedenkjahr“ 1988.

Die Österreichische politische Kultur in der Zwischenkriegszeit charakterisierte der Referent als dreigeteilt. Es gab erstens die Sozialdemokratie mit eigenen Lebenswelten, zweitens das katholische Lager und drittens das äußerst heterogene Zwischenfeld, zu dem Botz sowohl den stark von Juden getragenen Liberalismus als auch das deutschnationale Lager zählte, aus dem heraus sich die NSDAP entwickelte. Botz behauptete, daß der Nationalsozialismus als Idee in Österreich entstanden war: im gemischtsprachigen, antisemitischen, aber noch nicht eindeutig politisch rechten Milieu. Das Wählerpotential war zunächst gespalten (Heimwehr, NSDAP, DNSAP). In der frühen Zeit fühlten sich vor allem öffentlich Bedienstete und Angestellte (Eisenbahner, Postler, die nach dem Zusammenbruch des Vielvölkerstaates vor Existenzfragen standen) angezogen. Höhere soziale Schichten konnten sich kaum identifizieren, Arbeiter standen in der Regel der Sozialdemokratie nahe, wurden nur zum geringen Teil von der DNSAP angezogen, auch unter ihnen dominierten die Bereiche Bahn und Post. Anders als in Deutschland fehlten Bauern als soziale Basis. Botz führt das auf die hohe Bindung der Österreichischen Bauern an den Katholizismus zurück, die sie gegenüber anderen politischen Einflüssen resistent machte.

Ende der 20er Jahre begann die NSDAP aus der Isolierung auszubrechen und saugte die Anhänger des gesamten rechten Spektrums auf. Dieser Prozeß war bei den Wahlen 1932 vollständig vollzogen. Es gelang den Nationalsozialisten auch erstmals der Einbruch in die beiden anderen Lager.

Dabei zeigten sich verschiedene soziale Milieus unterschiedlich resistent gegenüber der politischen Rechten und verloren zu verschiedenen Zeiten die Resistenz. Dies machte der Referent an der geographischen Herkunft der NSDAP-Eintretenden deutlich. Karnen sie in den Jahren 1926-1932 häufig aus Wien, verloren in den Jahren 1933-1938 (Illegalität) Südösterreich und 1938-1945 die rückständigen Ostösterreichischen Gebiete rund um Wien ihre Resistenz. Auch Frauen traten erst ab 1938 verstärkt in die NSDAP ein.

[86:] Die Motive zum Eintritt in die NSDAP waren zu verschiedenen Zeiten sehr unterschiedlich. Sich mit einer isolierten Oppositionspartei zu identifizieren war etwas völlig anderes als der Eintritt in die Führerpartei. So unterschieden sich die symbolisch am 1. Mai 1938 Aufgenommenen (Sie mußten nachweisen, vor dem März 1938 illegal für die NSDAP tätig gewesen zu sein.) hinsichtlich ihrer sozialen Stellung beträchtlich von den zuvor Aufgenommenen. Öffentlich Bedienstete und Angestellte, die zuvor dominierten, nahmen prozentual ab. Ebenso nahm der Anteil der Angehörigen der Freien Berufe, der bis 1933 extrem hoch war, rapide ab; ihr Potential (Sie stellten 1,0% der Gesamtbevölkerung) war schon ausgeschöpft. Hingegen gelang es der NSDAP, Mitglieder unter Arbeitern zu gewinnen, das austromarxistische Milieu war durch die Weltwirtschaftskrise aufgebrochen. Auch der Anteil der wirtschaftlich Selbständigen nahm zum 1. Mai 1938 und danach überraschend deutlich zu. Sie waren es, die am stärksten von der „Arisierung“ profitiert hatten.

Hingegen weist das Durchschnittsalter der Eintretenden eine starke Dominanz der um die Jahrhundertwende geborenen, durch die Erfahrung des Weltkrieges besonders geprägten Jahrgänge vom Beginn an bis 1940 auf. Erst ab 1941 gelang es der NSDAP, stärker unter Jüngeren Fuß zu fassen. Der zum selben Zeitpunkt ebenso deutlich ansteigende Frauenanteil (1941: 37% gegenüber 1940: 28%) zeigt an, daß die Aufnahmen von da an nicht mehr ganz freiwillig erfolgten, sondern HJ- und BDM-Formationen gemeinschaftlich aufgenommen wurden. Das Streben nach der vermehrten Aufnahme jüngerer Jahrgänge diente dem Selbstbild der NSDAP, in ihrer Mitgliederstruktur die Volksgemeinschaft widerzuspiegeln.

In der anschließenden Diskussion sprachen Klaus Drobisch, Dietrich Eichholtz, Kurt Pätzold und Werner Röhr (alle Berlin). Den Vorteil einer solch gründlichen sozialgeschichtlichen Untersuchung sahen die Teilnehmer in der Trennung von dem Klischeé, die soziale Zugehörigkeit bedinge automatisch eine bestimmte parteipolitische Präferenz. Der Referent äußerte auf eine Frage aus dem Publikum, daß die soziale Lage durchaus eine Rolle beim Eintritt in die NSDAP spielte, wenngleich nicht in dem hohen Maße, wie von der Geschichtswissenschaft vor 20 Jahren angenommen. Auf die Frage,

warum die Organisationsdichte in Österreich höher war als im „Altreich“, verwies Gerhard Botz auf das besonders ausgeprägte Erfolgsstreben der Österreichischen Gauleiter. Die Vermutung von Klaus Dro-[87]bisch, daß die antijüdische Gewalt Frühjahr 1938 in Wien ein Signal für Berlin im November 1938 gewesen wäre, konnte der Referent nicht belegen. Vielmehr hätte die deutschen Bürokraten die in Österreich stärker ausgeprägte Spontanität nicht interessiert, ja eher erschreckt. Sie hätten die Judenfrage in Wien als eine wirtschaftliche Frage gesehen. Ihrem Konzept entsprach es nicht, jüdische Geschäfte zu zerstören, vielmehr sollten sie „arisiert“ und auf diese Weise viele kleine Geschäfte in größere Wirtschaftseinheiten überführt werden.

In der abschließenden Diskussion um methodische Fragen der historischen Sozialforschung erläuterte der Referent die in Einzelfällen nicht immer eindeutig zu entscheidende soziale Zuordnung sowie die von ihm angestrebte multifaktorielle Statistik. Seine gegenwärtige Methodik erlaube es beispielsweise nur, Einzelpersonen als handelnde Subjekte zu erklären. Die Frage der familiären Einflüsse beispielsweise bleibe noch weitgehend außen vor. Es bestand Konsens in der Frage, daß auch Familien stärker als handelnde Subjekte untersucht werden müßten. Die dazu erforderliche Methodik sei noch völlig offen. Eine sozialstrukturelle Untersuchung hat sich der Tatsache zu stellen, daß die Mitglieder in den Jahren nach dem „Anschluß“ nicht immer durch eigenen Entschluß der NSDAP beitraten, sondern mehr und mehr gezielt „geworben“ und „übernommen“, andere Bewerber hingegen zurückgewiesen wurden. So spiegelt die soziale Struktur mit den Jahren auch das Selbstbild der NSDAP wider.

Daraus erwachsende methodische Konsequenzen wurden im Publikum diskutiert.

Werner Röhr

50. Jahre Befreiung Griechenlands von der deutschen Okkupationsherrschaft

Am 2. November 1944 war Griechenland nach fast vierjähriger Besatzungsherrschaft entscheidend durch die eigenen Widerstandskräfte befreit. 50 Jahre später scheint dieses Ereignis in Deutschland – sieht man nur seine Medien – nicht mehr bekannt zu sein. Martin Seckendorf (Berlin) sprach am 6. Dezember 1994 vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V. über „Griechenland in den Neuordnungsvorstellungen der deutschen Okkupanten“. Der [88:] ausgewiesene Forscher über die Südosteuropapolitik des deutschen Imperialismus im XX. Jahrhundert hat u. a. den Dokumentationsband „Europa unterm Hakenkreuz“ über die deutsche Okkupationspolitik in diesem Teil Europas geschaffen (Bd. 7).

Tatsächlich ist es nicht einfach, den Stellenwert Griechenlands in den Neuordnungsvorstellungen deutscher Planungsinstanzen zu bestimmen. Denn das Land verblieb lange Zeit am Rande der deutschen Politik. Die wirtschaftlichen Interessen deutscher Unternehmen waren dort eher gering. 1937 betrug der deutsche Anteil am griechischen Außenhandel rund 25%, doch der griechische Anteil am deutschen Außenhandel nur ca. 1%. Dieser Handel wurde zu 100% über Clearing abgewickelt. Ab 1937 trat eine Verdopplung ein. Griechenland lieferte vor allem Tabak, Korinthen und Feigen, sowie mineralische Rohstoffe. Die deutsche Ausfuhr betraf Fertigwaren und Rüstungsgüter. Aber nach wie vor waren deutsche Kapitalinteressen in diesem Lande unbedeutend, es gab keine erkennbaren Bankenverflechtungen. Eine sprunghafte Steigerung trat erst im Krieg ein, als Griechenland 25% der deutschen Bauxitimporte und 39% der deutschen Chromerzimporte bestritt.

Diesem Stellenwert der wirtschaftlichen Beziehungen entsprach die geringe Intensität politischer Überlegungen. Erst nach der französischen Niederlage 1940 trat Griechenland für eine kurze Zeit, nämlich bis zum Juli 1941, in den Mittelpunkt politischer Planungen. Aus dieser Zeit stammen auch jene Dokumente zur Neuordnungsplanung, auf die Seckendorf sich stützte. Der griechische Diktator Metaxas hatte am 12. August 1940 ein Einschwenken seiner Politik auf die Achsenmächte abgelehnt. Daraufhin wurde Griechenland ab September 1940 erstmals in deutsche militärische Optionen einbezogen – bezeichnenderweise von Afrika aus. Doch diese blieben Papier. Tatsächlich fiel Italien am 28.10.1940 mit zwölf Divisionen vom besetzten Albanien aus in Griechenland ein. Diese Aggression wurde jedoch zum militärischen Desaster für das faschistische Italien. Im Rahmen des italienisch-

griechischen Krieges trafen bereits am 29. Oktober erste britische Hilfskontingente in Griechenland ein. Dies führte in der deutschen Führung zu dem Entschluß, von Bulgarien aus einen Landkrieg gegen Griechenland zu führen – und zwar ohne Italien!

[89:] Der am 6. April 1941 begonnene deutsche Überfall auf Griechenland wurde von der 12. Armee und der Luftflotte 4 getragen, die nach der griechischen Kapitulation noch im Mai 1941 für den bevorstehenden Einsatz gegen die Sowjetunion aus Griechenland wieder abgezogen wurden. Aus diesem Feldzug ergaben sich bereits wesentliche Ziele der künftigen Okkupationspolitik: 1. den britischen Einfluß zu brechen, 2. keine Fronttruppen in Griechenland zu belassen, sondern höchstens eine Division Besatzungskräfte, 3. eine Bündnisloyalität gegenüber der Achse erzwingen.

Seckendorf bestimmte seine Forschungen zur Neuordnungsplanung als integralen Teil der Forschungen über die Okkupationen im II. Weltkrieg. Während die Okkupationspolitik sich in der Regel jedoch im Rahmen des gegebenen Kräfteverhältnisses bewegte, ging es in den Neuordnungsvorstellungen um die längerfristigen Ziele, also um die Zeit nach dem „Endsieg“, um die Struktur und Position des Landes im künftigen deutschen Herrschaftsbereich und die tatsächlich verfügbaren Mittel, sie zu erreichen. Detailliertere deutsche Neuordnungsvorstellungen hinsichtlich Griechenlands sind nur in den Planungen der IG-Farbenindustrie vom 4. 6. 1941 niedergelegt, die jedoch ausdrücklich beanspruchten, für die ganze deutsche Wirtschaft zu sprechen. Dabei waren die Vorstellungen nur in diesem Fall auch für Griechenland expliziert. sonst blieben sie in die Südosteuropaplanung insgesamt eingebettet.

Eine tatsächliche „Neuordnung“ erforderte die militärische und politische Unterwerfung des Landes, denn nur so war eine Umstellung seiner Volkswirtschaft auf die Bedürfnisse des deutschen Kapitals zu erzwingen und eine entsprechende Herrschaft durchzusetzen. Seckendorf benannte als wesentliche Bestimmungsgrößen für die künftig erwünschte Stellung Griechenlands: Es sollte vor allem die Nachschubbasis und die Absprungposition für die deutsche Expansion nach dem Nahen Osten bilden. Dies blieb entscheidend für die Okkupationspolitik. Wirtschaftlich sollte es einen Ergänzungsraum für Deutschland bilden, in dem 1. alle wesentlichen Rohstoffquellen zu erwerben sowie 2. ein Absatzmonopol für deutsche Fertigwaren hochgradig zu sichern sei. Letzteres hieß z. B., eine nationale Fertigwarenproduktion zu unterbinden – und fünf griechische Farbfabriken zu schließen.

[90:] Bekanntlich wurden 1941 rund 70% des griechischen Territoriums von Italien besetzt. Hier befanden sich auch die größten ökonomischen Ressourcen. Bevor die italienischen Besatzungskräfte in die ihnen bestimmte Zone einrückten, schufen die deutschen Konzerne wie Krupp, Miete, AEG, HGW und weitere in einem Raubzug ohnegleichen mit Hilfe der Wehrmacht in kürzester Frist vollendete Tatsachen und sicherten sich die Kontrolle über alle wichtigeren Wirtschaftsobjekte. Sohl kontrollierte als Treuhänder alle Chromerzgruben. Miele kaufte die Minen des Züricher Bauxit-Trusts auf und fungierte als Treuhänder. Anschließende italienische Proteste führten zwar zu Verhandlungen, aber selten zu Änderungen.

1942 gingen 76% des griechischen Außenhandels nach Deutschland. Nach der Kapitulation Italiens 1943 und der Entwaffnung seiner Truppen auch in den italienisch besetzten Gebieten brauchten die deutschen Okkupanten auf diesen Konkurrenten keine Rücksicht mehr zu nehmen, doch bereits zuvor war Italien zwar formell die anerkannte Dominanzmacht im besetzten Griechenland, nicht jedoch faktisch.

Nach dem Rückzug deutscher Kampftruppen aus Griechenland hielt die Wehrmacht nur kleine Territorien besetzt, jedoch an entscheidenden Punkten: Saloniki und Umgebung, Attika, den Westteil der Insel Kreta und einen Streifen entlang der türkischen Grenze. Die deutsche Besatzungsmacht verhinderte bis 1943, daß die Italiener in den von ihnen besetzten Territorien eine Militärverwaltung einrichteten. Am 1. Mai 1941 übernahm die Kollaborationsregierung Tsolakoglou die Verwaltung des Landes. Obwohl zwischen Deutschland und seinen Mit-Okkupanten Bulgarien und Italien vereinbart war, vorerst keine endgültigen Entscheidungen über den künftigen Status zu treffen, annektierten sowohl Bulgarien als auch Italien sofort von ihnen besetzte griechische Gebiete: Italien eine Reihe von Inseln und einen Teil des Epirus, Bulgarien den von ihm besetzten Streifen bis zur Ägäis. Diese sofortige Durchsetzung von territorialen Neuordnungsplänen hatte für das griechische Volk

verhängnisvolle Konsequenzen. So war nach dem Urteil Seckendorfs die Hungerkatastrophe im Winter 1941/42 nicht ausschließlich auf Ausbeutung und Blockade zurückzuführen, sondern auch auf die Abschneidung des Landes von seiner bisherigen Kornkammer, dem jetzt von Bulgarien annektierten thrakischen Gebiet.

[91:] Die deutsche Neuordnungsplanung für Griechenland endete praktisch 1941, da die Hungerkatastrophe die Ausbeutung des Landes in Frage zu stellen drohte. Gedanken über zukünftige Regelungen fanden jedenfalls keinen Niederschlag mehr in Planungspapieren. Der Griechenlandausschuß der Reichsgruppe Industrie wurde seither personell nicht wieder besetzt und schief ein. Martin Seckendorf resümierte die Vorarbeiten wie folgt: Bis Mai/Juni 1941 führten sie zu keinerlei Dokumenten. Die wirtschaftlichen Rahmendiskussionen über das deutsch-italienische Verhältnis in Griechenland gediehen ebenfalls nicht bis zu klaren Programmen. Zahlreiche Wirtschaftseinrichtungen verfaßten einzelne Studien, 31 allein die IG Farben. Doch das Wunschprogramm der IG Farben vom 4. 6. 1941 ist das einzige geschlossene Programmdokument über deutsche Neuordnungsvorstellungen hinsichtlich Griechenlands. Ein darin erwähntes Rohstoffprogramm wurde bisher nicht aufgefunden. Schließlich sind die Arbeiten der Wehrwirtschaftsorgane der 12. Armee hier einzubeziehen.

Hinsichtlich der politischen Neuordnungsvorstellungen hob Seckendorf Überlegungen des Auswärtigen Amtes über eine „griechische Lösung“ hervor, die sich unmittelbar an die bis 1942 in Dänemark praktizierte Variante der Okkupationsherrschaft anlehnte. Danach sollte Griechenland ein scheinsoveränes Gebilde unter einer griechischen Regierung werden, die von der 11. Italienischen Armee beaufsichtigt werden sollte. Den Stellenwert dieser Vorstellungen für die deutsche Politik konnte er nicht bestimmen. Für die wirtschaftlichen Planungsentwicklungen nach dem September 1943 nannte er zwei Sachverhalte. In Deutschland selbst gab es Auseinandersetzungen über eine künftige Südosteuropa-Politik. Vertreter einer Option des Mitteldeutschen Wirtschaftstages wie Hassel oder Ilgner hielten es für erforderlich, in diesem Lande Kaufkraft zu schaffen und zu entwickeln und damit den Lebensstandard zu heben. Das schloß die Entwicklung griechischer Produktionskapazitäten ein. Demgegenüber stand die rigide Orientierung auf die Ausnutzung rohstoffzeugender Gebiete und den Absatz deutscher Fertigwaren zu Lasten griechischer Fertigungen. Ab 1941 ordnet sich die Reichsgruppe Industrie radikal alle Planungen für Südosteuropa unter.

Die bisherigen Forschungen überschauend, bilanzierte Seckendorf folgende wichtige Desiderata. Lücken betreffen die Zeit vor dem 6. 4. 1941, die Programme anderer Einrichtungen sowie das sog. Rohstoffprogramm, die italienischen Ab-[92:]sichten und die deutschen Reaktionen darauf. Die bisherigen Forschungen richteten sich mehr auf die unmittelbare Okkupationspolitik, weniger auf die Neuordnungsplanungen der Okkupanten.

Die lebhaft und kontroverse Diskussion des Vortrages betraf vor allem die Rolle Griechenlands in den deutschen Überlegungen, die Vergleichbarkeit der angesprochenen „griechischen Lösung“ mit Dänemark sowie ihren historischen Stellenwert, Stand und Bewertung der bisherigen Forschungsliteratur in beiden deutschen Staaten und Italien sowie die ideologischen Bewertungen des griechischen Volkes als Aggressionsopfer durch deutsche und italienische Okkupanten. Dabei wurde hinsichtlich der Interpretation der vagen Neuordnungsvorstellungen als Programme, der Bewertung der Forschungsliteratur, der Analogisierung zu Dänemark und der Rolle Griechenlands dem Referenten grundsätzlich widersprochen. In der Diskussion sprachen Kurt Finker (Potsdam), Fritz Petrick (Greifswald), Werner Röhr, Dietrich Eichholtz, Gerhart Hass und Ute Ehrich (alle Berlin). Mit Bedauern wurde vermerkt, daß der Stand italienischer Forschungen zur italienischen wie zur deutschen Okkupationspolitik in Deutschland selbst Fachleuten weitestgehend unbekannt ist.

Dietrich Eichholtz (Berlin) wandte ein, ob nicht Griechenland für die deutsche Neuordnungsplanung eine ganz sekundäre Rolle gespielt habe, es für die deutschen Okkupanten nicht eher ein unerwünschtes Anhängsel des Balkans gewesen sei, das sie am liebsten Italien übergeben hätten. Martin Seckendorf hob dagegen entscheidend die Funktionen Griechenlands als Transitland und unsichtbarer Flugzeugträger hervor, die Ansatzpunkt aller Neuordnungsplanungen gewesen sei.

Fritz Petrick (Greifswald) betonte, daß Dänemark staatsrechtlich auch nach dem Beginn der deutschen Besetzung unverändert weiter existierte, dagegen die griechische Regierung Tsolakoglou unter der Okkupation auch verfassungsrechtlich einen neuen Staat begründete. Der deutsche Bevollmächtigte in Dänemark verhandelte mit dem dänischen Außenminister, dagegen jener in Athen mit dem griechischen Kollaborations-Premier.

Bulletin Nr. 4

BERLINER GESELLSCHAFT FÜR FASCHISMUS- UND WELTKRIEGSFORSCHUNG

Bericht des Vorstandes zur Jahreshauptversammlung am 4. Februar 1995

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir berichten heute über die Entwicklung unserer Gesellschaft seit dem Februar 1994.

1. Wissenschaftliche und andere Veranstaltungen

Die Gesellschaft hat seit Februar 1994 eine wissenschaftliche Konferenz und acht Vorträge mit Diskussion bzw. Werkstattgespräche durchgeführt: Dies waren

⇒ am 5. Februar 1994 die Konferenz „Unfreie Arbeit im deutschen Faschismus – Probleme der Arbeitsverfassung des „Dritten Reiches“: Von der Dienstverpflichtung zur ‚Vernichtung durch Arbeit‘“,

⇒ am 8. März 1994 der Vortrag von Dieter Skiba über „Das NS-Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR – Entstehung – Struktur – Bestand“,

⇒ am 12. April 1994 der Vortrag von Gerhart Hass über „Die Blockade Leningrads – 50 Jahre danach“,

⇒ am 10. Mai 1994 der Vortrag von Günther Wieland über „Die Verbrechen der deutschen Okkupanten im II. Weltkrieg vor der deutschen Justiz“,

⇒ am 7. Juni 1994 der Vortrag von Werner Röhr über „Kollaboration mit den Achsenmächten im II. Weltkrieg – Landesverrat oder patriotische Tat?“,

⇒ am 13. September 1994 der Vortrag von Kurt Finker über „Der 20. Juli 1944 – Militärputsch oder Revolution?“,

⇒ am 4. Oktober 1994 der Vortrag von Gerhard Armanski über „Das Konzentrationslager im NS-Terrorssystem“,

⇒ am 8. November der Vortrag von Gerhard Botz über „Die Struktur der Mitgliedschaft der NSDAP in Österreich“

⇒ und am 6. Dezember 1994 der Vortrag von Martin Seckendorf über „Griechenland in den Neuordnungsvorstellungen der deutschen Okkupanten“.

[94:] Außerdem konnte die Gesellschaft am 30. Mai 1994 den Ergänzungsband I von „Europa unterm Hakenkreuz“ unter dem Titel „Okkupation und Kollaboration“ öffentlich vorstellen. Das Buch präsentierten der Präsident des Bundesarchivs, Friedrich Kahlenberg – zugleich Herausgeber des Bandes – und die Autoren Dietrich Eichholtz, Gerhart Hass, Fritz Petrick, Werner Röhr und Holm Sundhausen.

Der Rhythmus der monatlichen Veranstaltungen konnte auch in diesem Jahr durchgehalten werden. Mit vier Referenten aus der Gesellschaft selbst und vier Kollegen von außerhalb haben wir eine gute Proportion erreicht. Die Veranstaltungen, so z. B. von Hass, Wieland, Röhr, Finker und Botz trugen unmittelbar Werkstattcharakter, es ging um Forschungsprobleme bzw. Projekte, an denen die Kollegen gerade arbeiten. Wir glauben, daß die wissenschaftlichen Streitgespräche auch für die vortragenden Forscher selbst von unmittelbarem Nutzen waren. Der Werkstattcharakter und die lebendige

Streitkultur unserer Veranstaltungen dürfen jedoch nicht darüber hinwegsehen lassen, daß viel zu wenig Kollegen diese Veranstaltungen besuchen: Das trifft auch auf Mitglieder unserer Gesellschaft zu.

Die Thematik der Konferenz vom Februar 1994 war anspruchsvoll unter zwei Gesichtspunkten: Zum einen bietet das Thema nicht wenige theoretische Klippen in der Bestimmung „unfreier Arbeit“ und ihres Stellenwertes im entwickelten Industriekapitalismus. Zum anderen gibt es bereits zahlreiche empirische Untersuchungen zu einzelnen Feldern. Mehrere Konferenzen über Arten der Zwangsarbeit und unfreier Arbeit im deutschen Faschismus, zur Praxis einer „Vernichtung durch Arbeit“ haben in den letzten Jahren stattgefunden. Unsere Tagung bot zu beiden Aspekten anspruchsvolle Beiträge. Angesichts unserer bescheidenen Kräfte konnte es nicht darum gehen, den Umfang des Forschungsfeldes auszuschöpfen. Eine Wiederholung früherer Tagungen war zu vermeiden. In den zwei grundlegenden Referaten von Dietrich Eichholtz und Karl Heinz Roth ging es vor allem darum, historisch wie systematisch die schrittweise Installation eines Systems unfreier Arbeit im deutschen Faschismus zu rekonstruieren und dessen Stellenwert und Funktionen zu begreifen. Von den vorgestellten Ergebnissen empirischer Forschung seien hier Probleme der Frauenarbeit im Kriege (vorgestellt von Rüdiger Hachtmann) und die Rolle des Volkswagenkonzerns bei der Durchsetzung und Ausweitung unfreier Arbeit (erörtert von Manfred Grieger) benannt. Grieger bewies drei Schwerpunktaussagen: Dieser Konzern hatte einen außerordentlich [95] hohen Anteil an ausländischen Zwangsarbeitern, er rekrutierte bereits sehr früh Zwangsarbeiter und er ragte ebenfalls bei der Nutzung von Häftlingen aus den Konzentrationslagern hervor. Doch insgesamt war VW hinsichtlich der Zwangsarbeit weder Muster noch Ausnahme.

Eine anregende Wirkung der Konferenz ging von den Debatten über die grundsätzliche Bestimmung unfreier Arbeit aus, über die Frage, ob Zwangsarbeit effektiv sein könne und ob sie überhaupt mit dem Industriekapitalismus kompatibel oder eher dysfunktional für ihn sei.

Die Konferenz machte aber auch deutlich, daß die wissenschaftliche Basis der Gesellschaft für so anspruchsvolle Aufgaben noch nicht ausreichend tragfähig ist. Der Ausfall von Referenten wie Miroslav Kárný oder Edith Raim konnte nicht ausgeglichen werden. Zweifellos war die Art und Weise der Kritik und Polemik in der kontroversen Diskussion, die zugleich Erkenntnis und Freude brachte, ein gutes und produktives Beispiel für wissenschaftliche Streitkultur. Ein Bericht über diese Konferenz ist im BULLETIN 3 abgedruckt.

Unsere Veranstaltungen waren öffentlich. Ihr wissenschaftlicher Charakter, ihre thematische Spezifik und ihr Anspruch zielen auf Teilnehmer, die an Forschungsergebnissen und Kontroversen zu diesen Themen wie an deren politisch – historischen Zusammenhängen interessiert sind und mit Sachkenntnis Anteil nehmen. Doch wir erreichen von diesem Personenkreis in und um Berlin nach wie vor noch zu wenige. Wir schlagen vor, auch im bevorstehenden Jahr den monatlichen Rhythmus der Veranstaltungen beizubehalten und sie je nach Kraft und Gelegenheit durch weitere oder speziellere zu ergänzen. Für die Bildung von Arbeitskreisen oder anderen Zirkeln im Rahmen der Gesellschaft ist zur Zeit noch keine ausreichende Grundlage vorhanden. Wir sind dabei, wissenschaftliche Forschungsprojekte durch Mitglieder der Gesellschaft zu erarbeiten und dafür Sponsoren zu suchen.

Was die monatlichen Vorträge und Werkstattgespräche angeht, so schlagen wir vor, im kommenden Jahr die Proportion zwischen Referenten aus unseren Reihen und Gastreferenten nach Möglichkeit beizubehalten. Als Orientierung sollte gelten:

[96:]

1. Zunächst geht es in den Veranstaltungen darum, Forschungsgegenstände, Forschungsergebnisse, Projekte und Forschungsprobleme unserer Mitglieder in Vorträgen und Werkstattgesprächen vorzustellen und zu debattieren.
2. Verstärkt streben wir an, wichtige auswärtige Forschungsprojekte und -richtungen mit ihren Vorhaben, Resultaten und Problemen bei uns vorzustellen. Die Möglichkeit dazu ist durch die finanziellen Voraussetzungen natürlich beschränkt.

3. Perspektivisch sollen stärker solche Gegenstände ausgewählt werden, die bisherige Desiderata tilgen, zu denen neue Erkenntnisse gewonnen werden konnten und die grundlegende und integrative Fragestellungen aufwerfen. Dazu wären besonders die wissenschaftlichen Jahreskonferenzen geeignet.

4. Die Gesellschaft ist überparteilich, ihr gehören Vertreter unterschiedlicher politischer und wissenschaftlicher Standpunkte an. Wir wollen Meinungsstreit, Kontroverse und Polemik noch stärker ausprägen, um sowohl wissenschaftlich anregend und produktiv zu wirken als auch die politischen Wirkungsmöglichkeiten wissenschaftlicher Faschismus- und Weltkriegsforschung zielstrebig zu nutzen.

Im letzten Jahr haben wir es etwas besser als zuvor vermocht, Berichte über unsere wissenschaftlichen Veranstaltungen in Fachzeitschriften zu publizieren. Diese sind zum Teil noch einmal im BULLETTN nachgedruckt worden, so daß über fast jede Veranstaltung der Gesellschaft mindestens ein Text publiziert worden ist. Wenn sich inzwischen auch mehr als drei Mitglieder sich an solchen Publikationen beteiligen, so sollten wir doch unbedingt die Einbeziehung weiterer anstreben.

Für das erste Halbjahr 1995 möchten wir gern über die Februarkonferenz hinaus noch weitere Veranstaltungen den Problemen des Übergangs vom Krieg zum Nachkrieg 1945 widmen. Dabei sollen neueste Forschungsergebnisse bzw. laufende Projekte der Kollegen vorgestellt werden. Rainer Fröbe wird anhand seiner Archivfunde über die Straßburger Konferenz sprechen, auf der NS- und Wirtschaftskreise sich auf ein wirtschaftliches Überleben nach der Niederlage vorbereiteten. Werner Stang wird mit weiteren beteiligten Kollegen Fragen des Projektes „Brandenburg 1945: Vom Krieg zum Nachkrieg“ vorstellen. Unsere Bemühungen, nach Moskauer und Berliner Archiven auch die Zentrale Ludwigs[97:]burg und das Münchner Institut für Zeitgeschichte vorzustellen, haben bisher noch zu keinem Erfolg geführt.

Wir bitten alle Mitglieder, ihre Wünsche und Vorschläge für eigene Vorträge bzw. für andere Veranstaltungen der Gesellschaft dem Vorstand mitzuteilen. Des weiteren bitten wir um Vorschläge, welche zu erwartenden Publikationen wir öffentlich vorstellen sollten. Auch für eine eventuelle Jahrestagung 1996 (Januar/Februar) suchen wir noch ein Thema.

2. Zur Mitgliederentwicklung

Die bisher zu verzeichnende Entwicklung hat 1994 sich abgeschwächt fortgesetzt. Mit dem Stand vom 1. Januar 1995 gehörten unserer Gesellschaft 31 Mitglieder an, also drei mehr als vor einem Jahr. Weitere Kollegen haben ihr Interesse an einer Mitgliedschaft geäußert. Von diesen 31 Mitgliedern sind 21 aus Berlin, Potsdam oder Umgebung. Zwei unserer Mitglieder leben in Österreich, einer in den USA. Für unsere Kollegen aus Bochum, Freiburg, Greifswald, Hamburg und Jena, aus Graz und Klagenfurt und aus Washington ist es zweifellos schwierig, an den Veranstaltungen und an der Tätigkeit der Gesellschaft hier in Berlin teilzunehmen. Doch gerade von ihnen nehmen manche sehr aktiv Anteil und haben bereits mehrere Veranstaltungen gestaltet bzw. mitgetragen. Nicht wenigen unserer Mitglieder fällt es auch aus Alters- oder Krankheitsgründen schwer, regelmäßig teilzunehmen. Wir möchten sie alle bitten, sich in diesem Falle möglichst aktiv an der Gestaltung der Publikationen der Gesellschaft, vor allem des BULLETINs zu beteiligen. Von den Mitgliedern aus Berlin und Potsdam beteiligen sich manche überhaupt nicht oder nur finanziell an unserer Tätigkeit.

Für eine produktive Entwicklung und eine wirkungsvollere Tätigkeit unserer Gesellschaft sind wir aber noch zu wenige. Dabei ist es nicht allein die absolut zu geringe Zahl, sondern die nicht ausreichende Zahl der Mitglieder aus Berlin und seiner Umgebung. Wir müssen Augenmerk und Anstrengungen *aller* Mitglieder darauf richten, diesen Zustand zu verändern. Unsere Bemühungen um eine engere Kooperation insbesondere mit Kollegen an den vier Universitäten in unserer Nähe, aber auch an den anderen thematisch verwandten Instituten und Einrichtungen, sind in diesem Jahr nicht allzu erfolgreich gewesen. Es ist uns auch trotz [98:] mancher Aktivität nicht ausreichend gelungen, aus dem Kreis der Berliner und Potsdamer Kollegen weitere für unsere Tätigkeit zu interessieren. Dies hängt sicher damit zusammen, daß der größere Teil unserer Mitgliedschaft aus der DDR kommt und

bei nicht wenigen Kollegen aus dem westlichen Berlin Vorbehalte, Berührungängste, Gleichgültigkeit oder Desinteresse stark sind. Wir haben die paradoxe Situation, daß der Gesellschaft zeitweise drei Historiker aus Bochum angehörten, aber nur einer aus Westberlin. Wir bitten aber alle Mitglieder, in der aktiven Suche nach einer Erweiterung der Basis der Gesellschaft nicht nachzulassen. Es geht uns sowohl darum, Teilnehmer unserer Veranstaltungen oder künftige Mitglieder zu gewinnen, als auch um Referenten. Wie bereits vor einem Jahr gesagt, möchten wir bei Wissenschaftlern, die über uns verwandte Gegenstände arbeiten, bei Lehrern, Publizisten etc., die sich damit beschäftigen, bei Antifaschisten, die ihre politische Haltung historisch und theoretisch untermauern wollen Interesse an unserer Gesellschaft wecken. Wir müssen uns noch starker bemühen, Forscher zum antifaschistischen Widerstand und zu faschistischen Bewegungen der Gegenwart zu gewinnen und uns an die vier Universitäten und dort vor allem an die jüngeren Kollegen wenden.

Unsere Absichten sind daher zunächst darauf gerichtet,

⇒ jene Historikerkollegen heranzuziehen, die uns bereits auf früheren Projekten bekannt sind, bzw. von denen uns bekannt ist, daß sie nach wie vor an solchen Forschungsthemen arbeiten bzw. interessiert sind;

⇒ jene Teilnehmer an unseren Veranstaltungen als Mitglieder zu gewinnen, die sie regelmäßig besuchen und ihnen aktiv Interesse entgegenbringen;

⇒ die Kommunikation mit jenen Kollegen zu verbessern oder herzustellen, die an gleichen oder verwandten Themen arbeiten;

⇒ jene in verschiedenen Organisationen tätigen Kollegen, die sich gründlicher mit Faschismus und Antifaschismus, deutschen Vorherrschaftsansprüchen und den Weltkriegen in diesem Jahrhundert auseinandersetzen wollen, über unsere Veranstaltungen zu informieren und ihr Interesse dafür zu wecken.

3. Zur Rechts- und Finanzsituation

Die Rechtssituation der Gesellschaft ist unverändert. Wir sind anerkannt gemeinnützig, jede an uns übergebene Spende ist steuerabzugsfähig. Wir bitten alle [99:] Mitglieder, nach möglichen Spendern – auch kleinerer Summen – mit Ausschau zu halten. Bisher hat aber der Status der Gemeinnützigkeit noch nicht zu einem Umschlag in der Finanzsituation der Gesellschaft geführt, d.h. wir finanzieren uns bisher ausschließlich aus Beiträgen. Wir haben 1994 die 1993 erfolglose Bitte an die Banken nicht wiederholt. Der Vorstand hat sich 1994 an den Berliner Senat/Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung gewandt, und eine institutionelle Förderung beantragt. Unser Antrag wurde jedoch zurückgewiesen. Um dennoch im Bemühen um eine institutionelle Förderung nicht nachzulassen, wandten wir uns Ende 1994 an den Wissenschaftsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses. Ein von uns vorgeschlagenes Gespräch mit den Fraktionsvertretern im Ausschuß hat noch nicht stattgefunden, so daß unser Antrag bereits durch das Hinausschieben aus dem Haushaltsjahr 1995 herausgefallen ist. Der Vorstand wird diese Bemühungen auch 1995 fortsetzen.

Wir bitten alle Mitglieder mit uns zu prüfen, welche Wege zur finanziellen Unterstützung der Gesellschaft im In- und Ausland mit einer gewissen Erfolgsaussicht beschritten werden könnten. Ein möglicher Weg wäre auch die Gewinnung von fördernden Mitgliedern.

Der Vorstand gibt sich keinen Illusionen darüber hin, daß die Abweisung durch öffentliche Träger wie durch private Sponsoren nicht unabhängig von den Gegenständen unserer Tätigkeit ist. Mit der Bitte um eine finanzielle Unterstützung der Februarkonferenz haben wir uns sowohl an die Berliner als auch an die Brandenburger Landesregierung gewandt. Beide lehnten eine finanzielle Unterstützung ebenso ab wie von uns angeschriebene Stiftungen.

4. Kooperationen und Kommunikationen

An der vor einem Jahr geschilderten Situation hat sich nur wenig geändert. Wir erhalten wir regelmäßig Programme und Irrfonnationen einiger Einrichtungen, so des Aktiven Museums Faschismus und

Widerstand, der Hellen Panke u.a. und senden ihnen unser Programm. Doch der Versand unserer Einladungen an verschiedene Vereine hat sich als wenig wirksam erwiesen, wichtiger erscheint die Veröffentlichung der Halbjahresprogramme in historischen Fachorganen und vor allem eine Ankündigung in der Tagespresse. Viele Teilnehmern unserer Veranstal-[100:]tungen erfuhren von diesen aus der Presse. Der Vorstand hält es für zweckmäßig, ein Vorstandsmitglied speziell mit der Öffentlichkeitsarbeit zu betrauen.

Mit der Umwandlung des BULLETINs haben wir einen wesentlichen Schritt in eine größere Öffentlichkeit gewagt. Allerdings ist die Auflage noch zu gering, um sich finanziell zu tragen. Deshalb bitten wir alle Mitglieder energisch nach möglichen Abonnenten im In- und Ausland Ausschau zu halten und diese zu werben. Mit dem Bulletin erreicht die Gesellschaft eine im Vergleich zu unseren wissenschaftlichen Veranstaltungen erweiterte Öffentlichkeit. Es eröffnet neue Kommunikationsmöglichkeiten, die wir nutzen sollten. Denn es hat sich mehrfach gezeigt, daß es in der Information über unsere Gesellschaft mehr bewirkte als unsere vorherigen Schreiben. Wir sollten daraus den Schluß ziehen, Kommunikationen und Kooperationen stärker über den Austausch von Materialien, Publikationen etc. anzustreben und zu nutzen. Wir bitten deshalb alle Mitglieder, nach ihren Möglichkeiten am Bulletin mitzuarbeiten und ihm durch Beiträge und Informationen einen hohen Gebrauchswert und eine gute Qualität zu verschaffen. Wir danken allen Mitgliedern, die durch ihre Beiträge zum bisherigen Gelingen des BULLETINs beigetragen haben und insbesondere der Redakteurin, Frau Dr. Brigitte Berlekamp.

Die Kontakte, Kommunikationen und Kooperationen bleiben unzureichend, wenn sie nur vom Vorstand und von einigen Mitgliedern gesucht und für die Gesellschaft wahrgenommen werden. Deshalb möchten wir an dieser Stelle noch einmal alle bitten

⇒ ihre Vorträge, Podiumsdiskussionen, Konferenzteilnahme etc. zu nutzen, um auf Existenz und Tätigkeit der Gesellschaft aufmerksam zu machen, dort selbst als ihr Mitglied oder ihr Vertreter aufzutreten und bei Gelegenheit auch anzustreben, die Gesellschaft offiziell als Mitveranstalter auszuweisen, wenn ein Mitglied die Veranstaltung wesentlich trägt;

⇒ ihre persönlichen Kontakte zu nutzen, um Referenten und Teilnehmer für unsere Veranstaltungen und Leser für das BULLETIN zu werben;

⇒ Informationen, die für alle Mitglieder oder die Gesellschaft von Bedeutung sein könnten oder zum Abdruck im BULLETIN geeignet sind, weiterzugeben.

[101:]

5. Vorstandstätigkeit

Der Vorstand hat im abgelaufenen Jahr regelmäßig getagt. Vorrangig war die Veranstaltungsplanung. Laufend hatten wir mit jenen Problemen zu tun, die wir bisher nicht lösen konnten:

⇒ mit der Frage der Erschließung von Finanzquellen;

⇒ mit den Möglichkeiten und Schwierigkeiten, die Mitgliedschaft der Gesellschaft und den Teilnehmerkreis unserer Veranstaltungen zu erweitern und insbesondere Beziehungen zu den Universitäten zu entwickeln;

Zunehmendes Gewicht in der Tätigkeit des Vorstandes erlangte die Planung und Vorbereitung von Publikationen. Unter der Redaktion von Brigitte Berlekamp konnten BULLETIN 3 und 4 veröffentlicht werden. Der beim Verlag Westfälisches Dampfboot vertraglich gebundene Konferenzband über „Herrschaft und Alltag“ wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 1995 abgeschlossen werden. Die Arbeit an letzterem leidet jedoch u. a. daran, daß Zusagen von Mitgliedern über Beiträge, auf deren Grundlage mit dem Verlag vertragliche Abmachungen getroffen werden konnten, zurückgezogen wurden.

6. Nächste Aufgaben

1. Vorrang hat das Veranstaltungsprogramm, d.h. die Auswahl von Themen und Referenten und die Gestaltung von Veranstaltungen mit einem hohen Informationsgehalt, theoretischem Anspruch, lebendiger Diskussion und wissenschaftlicher Streitkultur.

2. Unentbehrlich und immer dringlicher ist die Erschließung von Finanzquellen für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft, d.h. auch für die räumlich-gegenständlichen Voraussetzungen unserer Tätigkeit, für wissenschaftliche Veranstaltungen mit Gästen von außerhalb sowie für die Publikationsvorhaben der Gesellschaft.

3. Die Mitgliederbasis der Gesellschaft muß erweitert werden und die Beziehungen zu verwandten Einrichtungen müssen weiter ausgebaut werden.

4. Die für die Vorstandsmitglieder anfallenden Aufgaben müssen breiter verteilt werden. Innerhalb oder außerhalb des Vorstandes können bestimmte, regel-[102:]mäßig anfallende Aufgaben wirklich nur dadurch gelöst werden, daß ein Mitglied sie verantwortlich Obernimmt Das betrifft

⇒ die Schriftführung;

⇒ die Öffentlichkeitsarbeit;

⇒ die Erschließung von Finanzquellen.

5. Die zur Vorbereitung der Publikationsvorhaben der Gesellschaft erforderlichen Arbeiten müssen ebenfalls breiter verteilt werden.

Die gegenwärtige Konzentration der anfallenden Arbeiten auf Mitglieder des Vorstandes führt zu Überlastung und Einseitigkeit und muß perspektivisch geändert werden. Wir danken allen Mitgliedern für ihren Einsatz im abgelaufenen Jahr sehr herzlich, ganz besonders Frau Dr. Margarethe Piesche, die selbständig unsere Finanzangelegenheiten betreut, und Frau Dr. Brigitte Berlekamp, die über die Vorstandsmitarbeit hinaus die Publikationen der Gesellschaft besorgt.

[103:]

Wissenschaftliche Konferenz der Gesellschaft

KAPITULATION UND BEFREIUNG DAS ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGES IN EUROPA

am 3. und 4. Februar 1995 in Berlin.

Tagungsort: Kulturhaus Prenzlauer Berg (Turmzimmer des Kulturamtes)

Dimitroffstraße 101 (Ecke Greifswalder Str.), 10405 Berlin

(erreichbar über S-Bahnhof-Greifswalder Str. oder Prenzlauer Allee)

Tagungsgebühr: 40 DM

Tagungsprogramm

(Änderungen vorbehalten)

SEKTION I: 3. Februar 1995, 10.00 Uhr

Das Kriegsende aus konkret sozialgeschichtlicher Sicht

10.15 Uhr

– Prof. Dr. Hieronym Szczegola (Zielona Gora): Vom Rückzug der Wehrmacht über die sowjetische Militärverwaltung zur polnischen Verwaltung- das Kriegsende in Niederschlesien

– Dr. Lars Lamprecht (Greifswald): Stettin zwischen März und August 1945

– Dr. Fritz Petrick (Greifswald): Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945

– Diskussion

Mittagspause

13.30 Uhr

– Prof. Dr. August Walz (Klagenfurth): Sozialgeschichtliche Aspekte des Kriegsendes in Slowenien, Kärnten und Friaul

– Dr. Martin Moll (Graz): Sozialgeschichtliche Folgen des Kriegsendes in Österreich

– Dr. Brunello Mantelli (Turin) – angefragt: Italien 1944-47. Eine besondere Mischung von Niederlage, Befreiung und Sieg und ihre Ergebnisse in der Gesellschaft des Landes

– Diskussion

[104:]

15.30 Uhr

– Dr. Werner Stank (Potsdam): Brandenburg 1945 – der Übergang vom Krieg zum Nachkrieg

– Dr. Almuth Püschel (Potsdam): NS-Terror in den letzten Wochen des Krieges

– Dr. Klaus Scheel (Berlin): Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Berlin und der Provinz Brandenburg – sozialgeschichtliche Aspekte

– Prof. Dr. Dietrich Eichholtz (Berlin): Die brandenburgische Wirtschaft am Ende des Krieges

– Sektionsdiskussion

SEKTION II: 4. Februar 1995, 10.00 Uhr

Der Übergang vom Krieg zum Nachkrieg: Irreversible und reversible Konsequenzen der Niederlage Deutschlands

10.00 Uhr

– PD Dr. Wolfram Wette (Freiburg): „Sonderweg“ und „Normalität“: Die Zäsur von 1945 im Lichte neuer Geschichtsinterpretationen

– Prof. Dr. Gerhart Hass (Berlin): Kontroversen zur Wertung des 8. Mai 1945 in der Geschichtsschreibung der DDR und der BRD

– Diskussion

11.30 Uhr

– Dr. Dr. Kar! Heinz Roth (Hamburg): Nachkriegsplanungen in der deutschen Wirtschaft und ihre Umsetzung

– Rainer Fröbe (Hannover): NS-Vorbereitung auf die Niederlage – die Straßburger Konferenz

– Diskussion

Mittagspause

14.30 Uhr

– Dr. Hans Umbreit (Potsdam): Die Befreiung Frankreichs und die Konsequenzen der deutschen Kapitulation für die französische Nachkriegsgeschichte

– Prof. Dr. Enzo Collotti (Florenz): Die deutsche Kapitulation in Norditalien und ihre Bedeutung für die Nachkriegsentwicklung Italiens

– Diskussion

– Prof. Dr. Gerhard Botz (Salzburg): Die Bedeutung des 8. Mai 1945 für die Entwicklung Österreichs

[105:]

- Prof. Dr. Ryszard Nazarewicz: Die Bedeutung des 8. Mai 1945 für die Entwicklung Polens
- Prof. Dr. Werner Röhr (Berlin): Ende der Nachkriegszeit – Aufhebung der Resultate des Zweiten Weltkrieges?

Abschlußdiskussion

[106:]

Veranstaltungen der Gesellschaft im 1. Halbjahr 1995

1. Freitag, den **3. Februar 1995** – Sonnabend, den **4. Februar 1995**, jeweils 10.00 Uhr: Wissenschaftliche Konferenz

„Kapitulation und Befreiung – Das Ende des II. Weltkrieges in Europa“

Kulturhaus Prenzl. Berg (Turmzimmer des Kulturamtes) Dimitroffstr. 101, 10405 Berlin

Teilnahmegebühr: 40 DM (Rentner, Studenten, Arbeitslose die Hälfte, Mitglieder frei)

2. Dienstag, den 7. März 1995, 15 Uhr

Vortrag von Ute EHRICH (Berlin):

„Vom Propagandaministerium verschmäht – Beim Reichssicherheitshauptamt willkommen? Das Institut für Zeitungswissenschaft der Universität Leipzig 1933-1945“

3. Dienstag, den 11. April 1995, 15 Uhr

Werkstattgespräch mit Dr. Martin MOLL (Graz):

„Rechtsetzung im „Führerstaat“ – Edition und Interpretation von Hitlers zivilen Erlassen und Anordnungen 1939-1945“

4. Dienstag, den 16. Mai 1995, 15 Uhr

Vortrag von Rainer FRÖBE (Hannover):

„NS-Vorbereitungen auf die Niederlage: Die Straßburger Konferenz“

5. Dienstag, den 13. Juni 1995, 15 Uhr

Werkstattgespräch mit Dr. Werner STANG (Potsdam):

„Brandenburg 1945 – Übergang vom Krieg zum Nachkrieg“

Alle Vorträge und Werkstattgespräche finden in der

Gedenkstätte Deutscher Widerstand, I 0785 Berlin, Stauffenbergstr. 13-14, Saal C, statt.

[107:]

Aus dem Inhalt der letzten Hefte:

BULLETIN 1 – 1993

- Berichte über wissenschaftliche Veranstaltungen der Gesellschaft
- Satzung der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V.
- Bericht des Vorstandes an die Jahresmitgliederversammlung 1993

BULLETIN 2 – 1994

- Werner Röhr: Herrschaft und Alltag. Ein Bericht

– Brigitte Berlekamp: Veröffentlichungen der Mitglieder der Gesellschaft in den Jahren 1992 und 1993

– Bericht des Vorstandes an die Jahresmitgliederversammlung 1994

BULLETIN 3 – 1994

– Werner Röhr: Gewittersturm über Warschau – Politische Akzente des Aufstandes 1944

– Tagungsberichte

– Martin Moll: Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung in Graz eröffnet

[108:]

Vorankündigungen

Im VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPBOOT, Münster erscheint im Frühjahr 1995 der Band
Bulletin Nr. 4

TERROR, HERRSCHAFT UND ALLTAG IM NATIONALSOZIALISMUS

Probleme der Sozialgeschichte des deutschen Faschismus.

(Arbeitstitel)

Er wird

1. Projekte und Ergebnisse regionaler Sozialgeschichte zu fünf Regionen vorstellen,
2. Streitfragen der Sozial- und Wirkungsgeschichte des Terrors und der Propaganda der faschistischen Diktatur diskutieren und
3. Konzepte und Forschungsprobleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus erörtern.

Der Band wird Beiträge von Gerhard Paul (Flensburg), Waller Struve (New York), August Walz (Klagenfurt), Dietrich Eichholtz (Berlin), Werner Bramke (Leipzig), Kurt Pätzold (Berlin), Sibylle Hintze (Berlin), Wolfgang Jacobeit (Fürstenberg), Werner Röhr (Berlin), Alf Lüdtker (Göttingen), Karl Heinz Roth (Hamburg), Michael Schneider (Bonn), Horst Handke (Berlin) und weiteren Autoren enthalten.

ISBN 3-929586-44-4

ca. 68,- DM

Der Band eröffnet die

SCHRIFTEN DER BERLINER GESELLSCHAFT FÜR FASCHISMUS- UND WELTKRIEGSFORSCHUNG

[109] Voraussichtlich im Sommer 1995 erscheint

Deutsche Kriegswirtschaft und „Generalplan Ost“

Vorträge vor der Berliner Gesellschaft zur Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1994

mit Beiträgen von Berthold Puchert, Dietrich Eichholtz, Klaus Drobisch, Kurt Pätzold, Karl Heinz Roth, Günter Wieland, Paul Heider, Gerhart Hass, Werner [110:] Röhr, Kurt Finker, Gerhard Armanski, Gerhard Botz, Martin Seckendorf und einem Archivbericht von Klaus Scheel.